

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 18. August 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV, Nr. 1984.

Zum Protokoll der Gewerkschaftskonferenz.

IV.

Man hat in Parteikreisen oftmals darüber geklagt, daß von all den hitigen Parteidiskussionen doch nichts übrig bleibe als höchstens in der Brust der Beteiligten ein Stachel der Erbitterung und unter den Massen ein steigender Widerwille gegen solches „Literatengezänk“. Diese Auffassung ist übertrieben, aber nicht ohne berechtigten Kern. Keineswegs alle Diskussionen sind praktisch ergebnislos, geschweige denn überflüssig gewesen. Aber manche Debatten trugen in der Tat mehr zur Verwirrung als zur Klärung bei. Und das war jedesmal dann der Fall, wenn man, statt einen festen Standpunkt einzunehmen und ihn mit sachlichen Argumenten zu verteidigen, sich selbst zwar als verfolgte Unschuld aufspielte, dem Gegner aber gleichzeitig die tollsten Auffassungen unterstellte. Aus der Diskussion über die Wichtigkeit und Unrichtigkeit bestimmter Ansichten und Grundsätze wurde dann ein mühsiger Streit um Worte, der natürlich — gerade wegen seiner Fruchtlosigkeit — persönliche Erbitterung auslöste.

Wir für unser Teil möchten dazu beitragen, daß mit diesem System der Parteidiskussion endlich einmal gebrochen wird. Wir halten es für nötig, mit klaren und klaren Worten auszusprechen, wie wir zu den einzelnen Fragen stehen. Denn sich diese Auffassung nicht mit der anderer Genossen — nun gut, so wollen wir unsere beiderseitigen Gründe vortragen und die Partei entscheiden lassen, zu welcher Auffassung sie sich bekennt. Haben wir also in unseren vorhergehenden Artikeln in der Hauptsache — freilich auch nicht ohne die Heraushebung unserer tatsächlichen Auffassungen — nachgewiesen, welche uns untergeordneten Ansichten wir nicht vertreten, so wollen wir nunmehr zu einer positiven Darlegung der Auffassungen übergehen, von denen wir im Interesse der modernen Arbeiterbewegung wünschen, daß sie zur Gemeinverständlichkeit aller Teile dieser modernen Arbeiterbewegung werden möchten.

Auf der Gewerkschaftskonferenz stellte der mit dem einleitenden Referat über die Frage „Partei und Gewerkschaften“ betraute Genosse Müller folgende Forderungen auf:

Dabei (bei der Erzielung eines Einvernehmens) aber kann es sich unter keinen Umständen um ein Unterordnen der Gewerkschaften handeln, man muß vielmehr die Parteininstanzen dazu erziehen — gestatten Sie mir den Ausdruck —, daß sie anerkennen müssen die Gewerkschaftsbewegung als einen Machtfaktor und zwar als einen gleichberechtigten, vollberechtigten Machtfaktor. Bringt man uns diese Erkenntnis entgegen, behauptet man das in der Presse, dann halte ich die Verständigung für möglich. Vor allem die Anerkennung unserer Gleichberechtigung ist die erste Vorbedingung für ein besseres Einvernehmen. Diese Anerkennung, d. h. die Anerkennung der Gleichberechtigung und Vollbürtigkeit hat zur notwendigen Folge die Anerkennung und Respektierung unserer Beschlüsse, unserer Urteile, unserer Beschlüsse. Auch das muß einmal betont werden. Diese Anerkennung erfordert weiter die Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Bedingungen, vor allem der gewerkschaftlichen Möglichkeiten.

Leider ging Müller in seinem Referat auf diese Thesen nicht näher ein. Sein Vortrag zersplitterte sich, statt in großen Grundlinien das seinem Ideal entsprechende Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften zu veranschaulichen, in eine Kleinigkeit und systemlose Aufzählung wirklicher oder eingebildeter Sünden irgendwelcher Parteigenossen gegen die Gewerkschaften. Und da die Debatte einmal in dies Fahrwasser gebracht worden war, vermochten auch die Diskussionsredner das von Müller Versäumte nicht mehr nachzuholen.

Müller verlangt die Anerkennung der Gewerkschaften als eines gleichberechtigten, vollberechtigten Faktors des proletarischen Klassenkampfes, die Respektierung ihrer Beschlüsse und Beschlüsse, und schließlich die Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Bedingungen und Möglichkeiten.

Wenn die Forderung der Gleichberechtigung der Gewerkschaften nichts anderes bedeuten soll als die Anerkennung der Tatsache, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit ebenso wichtig und wertvoll ist wie die praktische Gegenwartigkeit der Partei im Parlament, in den Gemeinden usw., so bedarf es keiner vielen Worte. Diese Gleichberechtigung ist selbstverständlich, sie wird von allen Mitgliedern der Partei anerkannt! Ebenso wenig besteht irgend eine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die agitatorische und organisatorische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften ebenso hoch zu bewerten ist, wie die Werbetätigkeit für die politische Organisation. Der Posten eines Gewerkschaftsbeamten ist nicht minder verdient, verantwortungsvoll und ehrenvoll als der eines Parteibeamten. Die Spezialisierung des Arbeitsgebietes bringt es zwar mit sich, daß — auf der einen wie auf der anderen Seite — wohl einmal die besonderen Eigentümlichkeiten und Schwierigkeiten der einen oder anderen Tätigkeit erkannt werden, aber die Gleichberechtigung und Vollbürtigkeit der Gewerkschaften steht außer allem Zweifel!

Nun aber besteht die sozialdemokratische Bewegung keineswegs ausschließlich in der Organi-

sation der praktischen Gegenwartigkeit, wie sie Parlamentarismus und Kommunalpolitik repräsentieren. Diese Tätigkeit bildet nur einen integrierenden Bestandteil der Bewegung, für die ja Parlamentarismus, Parteiorganisation, Parteipresse usw. nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zwecke der Umwälzung der gesamten bürgerlichen Gesellschaftsordnung bilden. Ueber all den genannten Betätigungsmitteln der sozialdemokratischen Bewegung, über der ganzen praktischen Gegenwartigkeit stehen die prinzipiellen Forderungen des Sozialismus, steht die sozialistische Theorie, die uns die Gesetze der historischen Entwicklung enthüllt und uns lehrt, die praktische Gegenwartigkeit den geschichtlichen Entwicklungsstadien anzupassen. Eine Parteibetätigung, die sich emanzipieren wollte von der Theorie und den Prinzipien, in der die Tendenz siegte, die vermeintlichen Forderungen und Vorteile des Tages den prinzipiellen Forderungen voranzustellen, eine solche Parteitätigkeit würde die Preisgabe dessen bedeuten, was man bisher unter sozialdemokratischer Politik verstand.

Die durch die Partei ausgeübte politische Aktion sucht durch ihre Arbeit innerhalb der gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften die Interessen der Arbeiterklasse wahrzunehmen: sie bekämpft die Steuerbelastung des Proletariats und ihre Ursachen, die kapitalistische Großmanns- und Profitgier, die militaristische Welt- und Kolonialpolitik samt ihren Mitteln, den Militarismus und Marinismus. Sie sucht auch direkt die ökonomische Lage der Arbeiterklasse durch gesetzliche Festlegung einer Maximalarbeitszeit, durch Arbeitererleichterung und vernünftigen Ausbau der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung zu heben. Sie geht auf allen Gebieten der drückenden Klassenherrschaft zuleibe, durch Befehlzung der Beamtenwillkür, der Klassenjustiz, der Praktiken des Staates als Arbeitgeber usw. Die gewerkschaftliche Aktion erstrebt im Rahmen der Verfassungsorganisation die Verkürzung der Arbeitszeit, die Erhöhung der Löhne, die Durchführung hygienischer Schutzmaßnahmen für die Arbeiter. Und noch: die Gewerkschaften sind die berufensten Organe zur Überwachung der sozialen Gesetzgebung und der Gewerbeinspektion, ihnen fällt schließlich auch die Anregung und sachverständige Mitwirkung an der sozialpolitischen Tätigkeit der politischen Partei zu.

So ist die Tätigkeit von Partei und Gewerkschaften gleich vielseitig, gleich bedeutsam, gleich wichtig! Und es gehörte viel bornierte Spezialistenpedanterie dazu, die politische Aktion über die gewerkschaftliche oder umgekehrt die gewerkschaftliche über die politische stellen zu wollen.

Aber wie die politische Aktion doch noch etwas Uebergeordnetes anerkennen muß, die sozialistische Prinzipien, die sozialistische Theorie, so kann sich auch die Gewerkschaftsbewegung, sofern sie darauf Anspruch erhebt, auf dem Boden des sozialistischen Klassenkampfes zu stehen, nicht von den sozialistischen Prinzipien, der sozialistischen Theorie emanzipieren! So notwendig, so unentbehrlich, so außerordentlich verdienstlich die gewerkschaftliche Gegenwartigkeit ist, sie hat im letzten Grunde nicht minder als die politische Partei ihre Tätigkeit den von der sozialistischen Theorie aufgestellten Grundbedingungen des proletarischen Klassenkampfes anzupassen!

Man hat gesagt: Gewerkschaftskampf ist schlechthin Klassenkampf. Das ist aber ebenso wenig der Fall, wie eine politische Arbeiterpartei, die nicht auf dem Boden des Sozialismus stände, eine Massenkampfpartei wäre! Sie würde zweifellos die Interessen der Arbeiterklasse in mancher Beziehung wahrnehmen, aber systemlos, unmethodisch, immer unter Anerkennung der kapitalistischen Existenzbedingungen und deshalb im letzten Grunde auch völlig unwirksam. Denn die Emanzipation der Arbeiterklasse ist eben nur möglich durch Befreiung der kapitalistischen Produktionsweise. Und das eine Gewerkschaftsbewegung, die nicht vom sozialistischen Geiste getragen wird, keinen Klassenkampf im sozialistischen Sinne darstellt, das beweist ja nicht zuletzt die Ablehnung der Massenkampfindee durch Leute wie Keir Hardie, die von ihr deshalb nichts wissen wollen, weil sie im „Massenkampf“ der englischen Trade-Unions keinen gesellschaftsumwälzenden Faktor erblicken!

Die Gewerkschaftsbewegung an sich ist also kein Klassenkampf. Wohl aber stellt sie dann einen überaus wichtigen Faktor im proletarischen Klassenkampfe dar, wenn sie sich gleich der politischen Arbeiterbewegung als einen integrierenden Bestandteil des Sozialismus, der Sozialdemokratie betrachtet. In diesem Falle wird ihr kein einsichtiger Sozialdemokrat die volle Ebenbürtigkeit neben der politischen Bewegung absprechen wollen!

Erfreulicherweise ist ja auch das Gefühl von der Zusammengehörigkeit der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie unter den Gewerkschaftlern lebendig. Nicht nur die Bömelburg, Simon, Boehsch usw. betonten das, sondern besonders auch der Vertreter der Handels- und Transportarbeiter, Genosse Dreher, der ausführte:

Genosse Kloth hat sich auf die Ausführungen von Sidney Webb bezogen; der hat geschrieben, daß die Art der englischen Gewerkschaftsführer, wohl gemerkt, der aus konservativen Anschauungen hervorgegangenen aristokratischen Gewerkschaftsführer, dahin gehe, das Bestehende bestehen zu lassen, daß sie nicht gesonnen seien, in den Klassenkampf einzutreten. Und

man kommt Kloth und sagt, daselbe wäre auf Deutschland anzuwenden. (Kloth: Das habe ich nicht gesagt!) Es ist ein altes Sprichwort: Wer den Dichter will verstehen, muß in Dichters Lande gehen. Man soll nicht das, was Sidney Webb über die konservativen englischen Gewerkschaftsführer geschrieben hat, auf die modernen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Deutschlands anwenden. Wir sind in ganz anderen Anschauungen erzogen worden, wir sind absolut keine Zünftler. Die Debatte über die Grenzstreitigkeiten hat ja gerade gezeigt, daß bei uns das Zünftertum am stärksten bekämpft wird, das Zünftertum, das in England großgezogen ist.

In der Tat, solange die sozialdemokratischen Grundanschauungen der Gewerkschaftsführer für die gewerkschaftliche Praxis in Deutschland maßgebend sind, sind wohl einzelne Abirrungen vom Wege, aber keine schweren und grundsätzlichen Verstöße gegen die sozialistischen Prinzipien denkbar.

Die Frage der Raifeier und des Massenstreiks bilden nun ein praktisches Exempel für den Geist der Gewerkschaften. Und wir hoffen, daß der Geist des Idealismus und Sozialismus, der bisher in den Gewerkschaften gelebt hat, sich auch künftig gerade in der Stellungnahme der Gewerkschaften zu diesen Fragen bekunden wird. Gewiß haben die Gewerkschaften ein Recht, von der Partei Rücksicht auf die „gewerkschaftlichen Bedingungen und Möglichkeiten“ zu verlangen. Das ist aber in der Frage der Raifeier auch durch die Fassung der Raifeierresolutionen geschehen, die es in die Hand der Gewerkschaften selbst legten, sowohl in Rücksicht auf die Pflege des proletarischen Idealismus als auch in Rücksicht auf die Durchführbarkeit der Arbeitsruhe den Umfang der Arbeitsruhe selbst zu bestimmen. Und was den Massenstreik anlangt, so verlangt auch hier die Partei wirklich nichts Ungehörliches, wenn sie von den Gewerkschaften erwartet, daß sie bei einer Bedrohung der wichtigsten politischen oder gewerkschaftlichen Existenzbedingungen den Grad proletarischer Einsicht und proletarischen Kampfesmut beweisen werden, der von einer im sozialistischen Geiste erzogenen und zu erziehenden Arbeiterklasse unbedingt erwartet werden muß!

Die russische Revolution.

Die „liberale“ Regierung.

Petersburg, 17. August. (Russ. Korr.) Stolypin nimmt zahlreiche Ernennungen bekannter Reaktionäre für hohe Posten vor. Kozell, Vizegouverneur von Saratow während der Oktoberunruhen, von bösem Renommee, wird Chef der beländlichen Kanäle Stolypins. Noch schlimmer ist die Ernennung des Generals Solowjew, gewesenen Gouverneurs von Ufa, der wegen furchtbarer Brutalität angeklagt und seines Postens enthoben wurde, zum Gouverneur von Astrachan.

Petersburg, 17. August. (Herold-Bureau.) Aus vollkommen zuverlässiger Quelle wird mitgeteilt, daß Finanzminister Solowjew in den Semstwo-Männern nur regierungsfeindliche, oppositionelle und radikale Elemente sieht. Er hat den Semstwow daher jegliche Kredite verweigert und wird ihnen nur die ihnen vom Staate zukommenden vier Millionen bewilligen. Daß er den Semstwow die diesjährigen Zahlungen stundet, dazu ist er nur dadurch veranlaßt worden, daß sie im entgegengelegten Falle einfach nicht zahlen würden. Die Situation der Semstwow ist vielfach beärgert, daß sie nicht einmal die eigenen Angestellten bezahlen können.

Der „Russ. Kurier“ meldet:

Nach einer Ermittlung des Ministeriums des Innern befinden sich von 87 Gouvernements und Gebieten 5 in normalem friedlichen Zustande, 40 im Kriegszustande, in 27 Gouvernements ist ein außerordentlicher und bei 15 verstärkter Schutz eingeführt.

Schredschüsse für den Zaren.

Nach dem „Russ. Kurier“ sind am 18. August zu Astrachan Schüsse, das der Zar an diesem Tage plötzlich aufsuchte, um einigen militärischen Veranlassungen beizuwohnen, von einigen Soldaten Schredschüsse mit scharfen Patronen abgegeben worden. Im Militär soll nämlich die Ansicht verbreitet gewesen sein, der Zar wolle eine Militärdiktatur proklamieren. Die Schüsse hätten ihm zeigen sollen, daß selbst die Garde damit nicht einverstanden sei. Die von der Militärverwaltung eingeleitete Untersuchung habe ein umfangreiches Material geliefert, das streng geheim gehalten werde. Der Aufenthalt der Zarenfamilie in Astrachan werde wegen des Vorfalles abgeklärt.

Warschau.

Nähere Meldungen über den furchtbaren Bluttag liegen heute nicht vor. Die „Russ. Korresp.“ bringt ein Telegramm, wonach es bei den Unruhen auch zu einem Pogrom gekommen zu sein scheint. Der Zustand sei entsetzlich; die arme Bevölkerung sei am meisten betroffen.

Andere Meldungen lauten:

Warschau, 18. August. (Von einem besonderen Korrespondenten.) In der Vorstadt Wolowa explodierte heute vor einer Prozession von aus Rokino zurückkehrenden Pilgern eine Petarde. Von einer vorbeimarschierenden Militärabteilung wurde hierauf in der Richtung auf die Prozession geschossen, wobei zehn Personen verwundet wurden.

Warschau, 17. August. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Im Laufe des vorgestrigen Tages wurden, wie nunmehr feststeht, bei den verschiedenen Zusammenstößen 28 Polizisten und 15 Privatpersonen getötet und 18 Polizisten und etwa 100 Privatpersonen verwundet.

Die Insertions-Gebühr

Gebühr für die sechsgehaltene Annoncensätze oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Krieg den Zarenhergen.

Odesa, 17. August. In ein Eisenbahndepot wurde eine Bombe geschleudert, wodurch ein Inspektor und vier Polizisten auf der Stelle getötet wurden. Einem Kassenboten wurden auf offener Straße 14000 Rubel geraubt. Zwei verwundete Anarchisten sind der Tat verdächtig verhaftet worden.

Odesa, 17. August. In Blosa, wo gestern durch eine Bombe fünf Polizisten getötet wurden, sind auf ein verabredetes Zeichen alle Polizisten, die sich auf der Straße befanden, getötet oder verletzt worden.

Odesa, 17. August. General Kaufman, der fortgesetzt Drohbriefe erhält, hat beschlossen, seine Wohnung nicht mehr zu verlassen.

Straßenbahnverkehr in Riga.

Riga, 17. August. Die Bediensteten der hiesigen Straßenbahn sind wegen wirtschaftlicher Forderungen in den Ausstand getreten.

Brandstiftungen.

Frankfurt a. M., 17. August. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Odesa: Aus dem hiesigen Bahnhof überfielen gestern sieben Anarchisten den Eisenbahninspektor und nahmen ihm 5000 Rubel weg. Sie töteten dann und warfen unter die sie verfolgenden Polizisten eine Bombe, durch die ein Polizist getötet und ein anderer verwundet wurde. Es gelang jedoch, drei der Anarchisten zu verhaften.

Odesa, 17. August. Eine aus acht Mann bestehende Räuberbande überfiel auf offener Straße den Eisenbahnbeamten Suchanow, raubte ihm mehrere Tausend Rubel. Verfolgt, warf die Bande mehrere Bomben, welche glücklicherweise nicht explodierten. Sie gab dann mehrere Revolvergeschosse ab, wodurch zwei Personen verletzt wurden, worauf mehrere Räuber festgenommen und einer getötet wurde. Im übrigen herrscht in Odesa seit einigen Tagen völlige Ruhe.

Kostroma, 16. August. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Gestern abend überfiel zehn Best von hier eine Bande junger Bauern mehrere Sommerwohnungen. Während einige Besitzer sich mit Geld loskauften, wurde die Wohnung eines anderen verwüstet und die Frau des Inhabers mißhandelt. Die deutschen Bewohner der Stadt zogen fort.

Den Hensern entkommen.

Petersburg, 17. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Ministerium des Innern erhielt die Nachricht, daß heute vormittag in einer Entfernung von 227 Werst von Petersburg auf der Warschauer Eisenbahn der von der Regierung der Schweiz wegen Teilnahme an dem Raubüberfalle auf die Moskauer Kreditgesellschaft ausgelieferte Wjelenzow sich aus dem Fenster des von Warikau kommenden Zuges hinausstürzte. Einer der ihn bewachenden Gendarmen sprang sofort nach. Trotzdem Wjelenzow sich starke Verletzungen zugezogen hatte, gelang es ihm, sich in den Wald zu flüchten. Soldaten durchsuchen gemeinsam mit den Bauern den Wald.

Ein Verlust der Revolution.

Velingsfors, 19. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der hiesige Generalgouverneur erhielt von dem Gouverneur von Wasa die Mitteilung, daß in der vergangenen Nacht von der Polizei und von Zollbeamten 90 Werst von Kiloistad am Neeresufer 180 Gewehre und 24000 Patronen beschlagnahmt worden seien.

Die Agrarbewegung.

Die Agrarbewegung in Zentral-Rußland hatte im Sommer 1906 eine neue Gestalt angenommen. In zahlreichen Gebieten sind stromdurchgeföhrte weite Strecken umfassende ländliche Streiks ausgebrochen. Die gesamte Bauernbevölkerung eines Bezirks forderte genau festgesetzte sehr hohe Löhne für die Landarbeiter. Streikbrecher wurden gewaltsam entfernt und die Großgrundbesitzer blieben auf dem Trockenen. Der ursprüngliche Zweck der Streiks bestand meistens darin, den Großgrundbesitzern die Weiterführung der Wirtschaft ganz unmöglich zu machen und dadurch auf friedliche Weise ohne Ergebnisse die Bodenreform zu erzwingen. In vielen Orten wurde von den Gutsbesitzern Militär zu Hilfe gerufen; es geschah mehrmals Zusammenstöße mit Bauern; in einigen Gegenden, wie in mehreren Kreisen des Gouvernements Woroneß, ging die friedliche Agrarbewegung in eine gewaltsame über, Herrenhöfe wurden eingekerkert. Im großen und ganzen gelang es nicht, den passiven Widerstand der streikenden Bauernbevölkerung zu brechen. Mit großer Besorgnis wurde von den Großgrundbesitzern der Zeit der Erntearbeiten entgegengesehen; würde das Korn auf den Herrengütern ungemäht zugrunde gehen oder würden Bauern es sich gewaltsam aneignen? Das letztere ist mehrmals tatsächlich eingetroffen. Die Streikbewegung aber nahm meistens eine neue Gestalt an: es wurden zwischen Gutsbesitzern und Bauern Einverständnisse erzielt und solche Löhne für die Landarbeiter festgesetzt, welche die früheren um das Dreifache überstiegen, aber für die Herren nicht unerträglich waren.

Eine der Gegenden, wo die Streikbewegung am strammsten vor sich ging, war der Kreis Koslow (Gouvernement Tambow). Die liberale Moskauer Zeitung „Swobodnaja Schisn“ Nr. 10 bringt ausführliche Angaben über den Verlauf der Erntearbeiten im Kreise Koslow. Die organisierte Streikbewegung hatte die Nachtstunden mehr erschröckt, als die früheren Elementarbrüche der Volksleidenschaften. Militär wurde in die Dörfer geschickt, einflußreiche Bauern auf den Gemeindeversammlungen verhaftet usw. Es blieb aber alles ohne Erfolg. Der ursprüngliche Zweck, nämlich das Verjagen der Herren durch den Streik, wurde zwar nicht erreicht; als Ergebnis der Bewegung wurde aber ein sehr hoher Gewinn für die Bauernschaft erzielt. Der Lohn für die Arbeiter auf einer Desjätine hatte früher 5 Rubel betragen, durch den Streik wurde er bis 15 Rubel erhöht. Der Tageslohn hing von 50 Kop. bis 1 Rub. 10 Kop. für die Männer, und von 30 Kop. bis 60 Kop. für die Frauen. Für die Patraks (Gefinde) stieg der Lohn von 60 Rubel jährlich bis 15 Rubel monatlich (mit Befristigung seitens des Herren). Bei der Durchführung des Streiks ist nicht alles einwandfrei geschehen; zwischen verschiedenen Dörfern sind Zwistigkeiten ausgebrochen, und die Frage, wer auf diesen oder jenem Gute arbeiten solle, wurde bisweilen durch Schlägereien entschieden; innerhalb der einzelnen Dörfer wurde gestritten, wer die Arbeiten übernehmen solle; bisweilen wurden die Arbeiten von den Bauern in der Reihenfolge ausgeführt, die reichsten Bauern (die früher nie Lohnarbeiten übernommen hatten) beteiligten sich auch an den gegewärtig so vortrefflichen Arbeiten, die ärmern (die früher beständig bei den Gutsbesitzern gearbeitet hatten) fühlten sich beeinträchtigt; die Herren benutzten diese Zwistigkeiten, um die Löhne herabzusetzen. Im ganzen aber verlief die Bewegung in begeistelter Stimmung und mit überraschendem Erfolg. — So weit die „Swobodnaja Schisn“.

Die Hungernöte.

Aus der Provinz gehen den Petersburger Blättern fast täglich Nachrichten zu, daß die Bauern hungern, erkranken und unter furchtbaren Qualen sterben. Die kasansche Filiale des Komitees der kaiserlichen Freien ökonomischen Gesellschaft hat eine Mitteilung des „Dobrotazy Wel“ zufolge jede Dorsung aufgegeben, die Genehmigung zur Eröffnung von Speisekassen zu erhalten und hat sich daher dazu entschlossen, der Bevölkerung die Verpflegung in Naturalien nach dem Maßstabe auszubehändigen, daß der Aufwand pro Hter monatlich 1 Rubel 20 Kopeken (2,50) beträgt. Die Bauern des Gouvernements Kamarka zogen in früheren Winterjahren stets nach dem benachbarten Uralgebiet, indes sind dort die Löhne so stark gefallen, daß sich der eingewanderte Einzelarbeiter wohl ernähren, nichts aber für seine Familie ersparen kann. Hierzu tritt noch die Frage der Ernährung des Viehes, für das kein Futter vorhanden ist.

Der Korrespondent des Blattes hat eine Bauernhütte in einem hungernden Dorfe aufgesucht, in welcher er einen Greis und eine Frau vorfand, die vier Tage nichts genossen hatten. Sie klagten darüber, daß ihnen die Waunen schwellen und der Leib, aber der Tod sich noch nicht einstellen will. Als man ein Stück Weisbrot vor

den Greis hinlegte, wollte er seinen Augen nicht trauen, daß er wirkliches Brot vor sich sehe, und noch weniger glauben, daß er das Brot essen dürfe. Als man auch der Frau das Brot reichte und sie den Versuch machte, es zu essen, stellte sich heraus, daß der Storch schon zu weit bei ihr vorgeschritten war. Sie konnte vor starken Schmerzen nichts mehr essen, aber ihr Blick hastete mit wahnsünniger Blicke auf den Greis.

Zahlreiche verlorunte halb kelleidete Bauern streifen an den Ufern der Wolga umher und suchen nach Arbeit. Eine derartige Gruppe von Bauern aus Stimbusk hatte sich nach Wstrachan durchgeschlagen und beschloß, da sie keinen anderen Ausweg vor sich sah, ihre Frauen in den britischen öffentlichen Häusern zu 20 Rubel (32 R.) pro Frau zu verpachten. Dieses entsetzliche Geschäft schloßen sie schriftlich ab und verpflichteten sich zu einem Keugel, wenn sie aus irgend welchen Gründen von ihrer Abmachung zurücktreten sollten.

Die Depeschen der offiziellen russischen Agentur bringen neue Nachrichten von der wachsenden Not; im Süden, in den Gouvernements Jekaterinoslaw, Kostawa und anderen beginnt das bereits geschmaltene Getreide auf dem Felde zu faulen, da anhaltendes Regengüsse jede Erntearbeit unterbinden, ebenso auch in anderen Gouvernements. Damit verschlechtert sich die Lage der Hungertags um ein weiteres.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. August.

Die Verantwortlichen des Vertuschungssystems.

Das Organ des Herrn Erzberger, das Stuttgarter „Deutsche Volksblatt“, beröfentlicht in seiner Dienstagsnummer einen Artikel, dessen Spitze sich ganz unverkennbar gegen sehr hochbeamtete Personen richten. In diesem Artikel wird ausgeführt, das „Berliner Tageblatt“ hätte vor einigen Tagen auch darauf hingewiesen, daß Vooplau schon vor längerer Zeit und besonders in einer Eingabe vom 22. November 1904 den Herrn Reichskanzler auf die einer Abhülle dringend bedürftigen Mifstände innerhalb der Kolonialverwaltung hingewiesen habe. Das sei richtig. Denn in der genannten Angabe des damaligen Geheimen Sekretariatsassistenten an den Herrn Reichskanzler heiße es nach zudoriger Anführung sehr schwerwiegender Tatsachen wörtlich:

„Als Angehöriger des Deutschen Reiches halte ich mich nicht nur für berechtigt, sondern sogar direkt für verpflichtet, Eurer Excellenz, als dem verantwortlichen Reichskanzler, Vorstehendes und erforderlichenfalls weiteres anzuzeigen, da die beregten Handlungen und Unterlassungen in unsern gemeinegährlichen Verbrechen gleich zu achten sind, als sie Gut und Leben unserer Landleute gefährden und bereits schwer geschädigt haben. Das deutsche Volk hat seine Angehörigen und sein Vermögen zu besseren Zwecken nötig, als daß es beides der Selbstsucht und den Verdreherrnissen einzelner zum Teil von Regierungsbeamten direkt protegierten, unehrenhafter Beamten objekt. Der Wunsch Friedrichs des Großen in seinem politischen Testament für Preußen, das letzteres stets mit Gerechtigkeit, Weisheit und Nachdruck regiert werde, daß es durch die Würde der Gerechtigkeit gefestigt, mit Rücksicht auf die Finanzen der am besten verwalte und durch ein Heer, das nur nach Ehre und edlem Ruhme strebt, allezeit der am besten verteidigte Staat sein möge usw.: Dieser Wunsch gilt jetzt selbstverständlich auch für das Deutsche Reich. Um diesen Wunsch des deutschen Volkes aber zu erfüllen, ist wie Eurer Excellenz wohl nicht zweifelhaft sein wird, in der Kolonialverwaltung eine Reformation an Haupt und Gliedern, d. h. in der Kolonialabteilung hier wie in den Schutzgebietsverwaltungen erforderlich. Es ist in dieser Zeit allgemeiner Unzufriedenheit und Gärung doppelt notwendig, daß Eurer Excellenz mit den erwiehenen unsfähigen und selbst verdreherischen Elementen im Beamtenkorps aufzuräumen. In dem ich von einem bisher schlecht unerrichteten Reichskanzler an einem besser zu unterrichtenden Reichskanzler appelliere, rufe ich: viderant cancellarius no quid detrimenti res publica capiat!“

Auf diese Eingabe des durch seine amtliche Information über die koloniale Mifswirtschaft authentisch informierten Beamten erfolgte — so versichert das Organ des Herrn Erzberger — nichts. Es sei denn, daß man den Versuch gemacht habe, diesen Beamten — für geistesgestört zu erklären!

Das „Deutsche Volksblatt“ schreibt nämlich weiter:

„Ein jeder, zumal derjenige, welcher Beamtenverhältnisse kennt, wird bei einer solchen ungewöhnlichen und eindringlichen Vorstellung des Geheimen Sekretariatsassistenten Vooplau an seinen höchsten Dienstvorgesetzten, den Reichskanzler, berechtigterweise fragen, was der Reichskanzler hieran getan hat. Die Antwort ist leider die, daß der Reichskanzler auf diese Vorstellung des Vooplau, wie auf frühere nicht weniger dringende Vorstellungen desselben nichts veranlaßt: weder gegen die von Vooplau schwer beschuldigten namhaft gemachten hochstehenden Beamten, noch gegen den so überaus schwere Anschuldigungen erhebenden Vooplau. Demersit sei hierbei, daß die Erklärung des verstorbenen Staatssekretärs v. Nichtshofen im Reichstage am 14. Dezember 1905, daß die größte Wahrscheinlichkeit dafür bestand, daß Vooplau an Querulantenwahn litt, und daß der erste Arzt, der Vooplau — für die vom Auswärtigen Amte beabsichtigte zwangsweise Pensionierung — untersucht hatte, in der Tat seinen Geisteszustand für nicht normal erklärt hat“ — den amtlich feststehenden Tatsachen direkt widerspricht. Denn wie aus den Vooplau selbst zugestellten amtlichen Protokollen hervorgeht, ist weder von der Behörde bei Vooplau Querulantenwahn vermutet, geschweige als wahrscheinlich angenommen, noch jemals von dem betreffenden Arzt der Geisteszustand Vooplaus für nicht normal erklärt worden. Der betreffende Arzt hat vielmehr von vornherein und zwar schriftlich und an Eidesstatt dahin sich geäußert, daß „eine Störung der Geistestätigkeit bei Vooplau nicht vorhanden ist“. Erst als am 28. Januar 1905 Dr. Müller-Sagan, welchem als Reichstagsabgeordneten, d. h. als einem nach der Reichsverfassung versehenen Vertreter des deutschen Volkes und Kontrolleur der Verwaltung Vooplau sich anvertraut und von seinen vielen unbeachtet gelassenen Vorstellungen an den Reichskanzler Kenntnis gegeben hatte, letzteren mit Bezug auf die Beschuldigungen Vooplaus persönlich interpellierte, da versprach der Reichskanzler dem Abgeordneten eine sofortige Untersuchung der von Vooplau zur Sprache gebrachten Mifstände. Tatsächlich beauftragte der Reichskanzler den Ober der Reichstagskanzlei v. Loebell „critissime mit Feststellung des Sachverhaltes und weiterem Vortrag in dieser Angelegenheit“. Das Ergebnis der Feststellung des Sachverhaltes und des, wie man annehmen muß, stattgefundenen Vortrages v. Loebell beim Reichskanzler war nun aber — man denke hierbei an die im Reichstage wie in der letzten Zeit durch die Presse bekannt gewordenen Kolonialspandale! — daß, das lediglich gegen Vooplau wegen Vertuschung der Amtsverwaltung das Disziplinarverfahren auf Dienstentlassung eingeleitet wurde, weil er von dem nunmehr bekannt gewordenen, wie von anderen, von der Behörde nicht beseitigten Mifständen dem Abgeordneten Dr. Müller-Sagan and, wie sich herausstellte, auch dem Abgeordneten Koczen deshalb Kenntnis gegeben hatte, damit diese den Reichskanzler zu der erforderlichen Remedur veranlaßten!“

Man ist ja durch die Kolonialspandale an starken Tabak gewöhnt worden — aber diese Enttüllungen eröffnen denn doch den Einblick in ein Vertuschungssystem, wie man es kaum hätte für möglich halten sollen!

Auffallenderweise hat bis jetzt die „große“ Zentrums- presse diesen Kapitalfall totgeschwiegen! Und dabei klagt dieselbe Presse darüber, daß die Kolonialverwaltung nur den kleinen Sündenböcken zu Leibe gehe! —

Zum Breslauer Blutbadprozeß

schreibt die „Breslauer Volkswacht“:

„Jetzt haben wir die Anklagefrist gelesen, haben auf 76 Großfolioseiten die vom Staatsanwalt und von Jürke „mittelten“ Ergebnisse der „Beweisaufnahme“ der Voruntersuchung studiert, haben mit wachsendem Erstaunen nach Argumenten gesucht, die die Angeklagten als Verbrecher, als Anführer, als Terroristen, als — ja als was denn noch? erscheinen lassen könnten. Alles umsonst. Das Ergebnis einer 17 wöchentichen Untersuchung ist so mager wie Poddbielskis Fell did ist.“

„Alles war ein grauer Spul. Ein häßlicher Traum. Ein daherschießendes Gespenst. Ein Roman das Ganze.“

Zu dieser Anschauung kommt, wer Geduld dazu hat, das den 48 noch übrig gebliebenen Anklageseiten soeben zugegangene 76 Seiten lange Elaborat des Staatsanwaltes und des Herrn Jürke zu studieren. Wir hatten die Geduld. Wir, die wir jenen denkwürdigen Abend am Stregauerplatz selbst mit erlebt, die wir die Wutspuren noch an unfernen Stiefeln sehen, die wir die verlorenen Revolvergehäse der gegen Wehrlose — kämpfenden“ Polizisten noch bei uns tragen — wir haben mit Eifer studiert, wie die Anklagebehörde jenes Niederschlagen und Niederschlagen braver Arbeiter, Frauen und Kinder bewertet.“

Es war nur ein Roman. Was da die Zeitungen von Taten der Polizisten gemeldet — alles nicht wahr! Was die Hunderte von Augenzeugen der empörten Öffentlichkeit mitgeteilt — alles nicht wahr! Was uns die zerstochenen Opfer und Flüchtlinge selbst erzählt — alles nicht wahr! Ja, was wir selbst auf den blutenden Körpern der Opfer als Spuren von Säbelhieben gesehen, was uns damals das Blut in den Adern erstarren ließ, was wir in den Operationszimmern der Ärzte und Krankenhäuser mit eigenen Augen erblickt — alles, alles nicht wahr! Ein Roman, nichts weiter! Ein grausames Phantastemalbe...

So erzählt uns die Anklagefrist. Ach: Das befreiende Gerächter ganz Deutschlands möchten wir hören, wenn wir das Elaborat hier abdrucken! Wie werden die Graf Pfeil, Präsident Dienke o tutti quanti dem Staatsanwalt gratulieren, daß das Gegef hindert, das zu tun! Und doch: wie töricht von ihnen! Bleibt doch den Verfassern des Dokuments nur eine „Galgensfrist“, nur eine „Keine Ewigkeit“. In wenigen Wochen wird das grelle Licht der öffentlichen Gerichtsverhandlung die letzten Schleier zerreißen und der aufstrebenden Welt zeigen, was die finsternen Schreihuben der Jürke und Hensel bisher als großes, nicht einmal den Verteidigern der Angeklagten zugängliches Geheimnis gehütet, gehegt und gepflegt...

Von dem fälschlichen „Ergebnis der Ermittlungen“ dürfen wir leider nichts mitteilen. Dagegen ist es mindestens ebenso interessant, zu erfahren, was alles — nicht in der Anklagefrist steht.

Kein Wort davon, wer dem Vieswald die Hand abgehakt hat, kein Wort davon, wer den Arbeiter, der einen alten Greis schlugen wollte, niedergestoßen, kein Wort davon, wer stehende von hinten zerstoßen, kein Wort davon, wer die 74 Schritte lange Blutlache verschuldet, kein Wort davon, wer den Tod des Arbeiters Bauch herbeigeführt, kein Wort davon, wer auf Frauen und Kinder eingewand, kein Wort davon, wer gedroht, dem Kinde, das eine Mutter an der Popenstraße auf dem Arme trug, den Kopf abzuhauen zu wollen, kein Wort davon, wie Polizisten blindlings in die fliehenden Massen gehauen, kein Wort davon, daß lange, lange Stunden vor dem „Strawal“ ungezählte Polizisten durch ihr Vetsachen der Arbeitswilligen die Menge gereizt, kein Wort davon, daß lange vor dem 19. April die Säbel geschliffen und die Revolver angeschafft worden waren, kein Wort davon, was auf der Polizeiwache die Ursache jenes entsetzlichen Schreckens war, das noch heute Hunderten in den Ohren gellt, kein Wort davon, daß sogar Arbeitswillige, Beamte und bürgerliche Blätter die alleinige Schuld an der furchtbaren Schlacht der Polizei zugehoben, kein Wort davon, daß sogar die, die zur Ruhe mahnenten, grausam mißhandelt wurden — kurzum: Das Wesentliche an der ganzen Affäre existiert für den Staatsanwalt nicht!

Dafür aber führt er eine stattliche Kolonne von 118 Zeugen, meist Polizisten und Arbeitswillige, auf, die bezeugen sollen unter Anrufung Gottes des Allmächtigen und Allwissenden, daß Grausames am 19. April begangen worden ist und gerochen werden muß an den — Opfern des Blutbades!...

Der Prozeß wird einen kolossalen Umfang annehmen. Von der Verteidigung dürften noch mindestens 100—150 Entlastungszeugen geladen werden, die die Wahrheit unverhüllt und unrückwärts los zu sagen bereit sind und hoffentlich dazu beitragen werden, das Spinnwebewebe staatsanwaltschaftlicher Anklagekunst radikal zu zerreißen und den Urhebern des „Romans“ ihre Dokumente in Feyen zerrissen zu Füßen zu legen.

Und dann werden wir weiter sehen.“

Deutsches Reich.

Wird Kob gegangen werden?!

In Wilhelmshöhe findet heute eine Konferenz Wilhelms II. mit Hilow statt. Unmittelbar vor dieser Konferenz tauchte nun die Behauptung auf, daß das Schicksal Poddbielskis bereits entschieden sei. Das „Reich“ wollte wissen, daß der Kaiser Herrn v. Poddbielski aufgefördert habe, seinen Abschied einzureichen. Auch die Antwort Poddbielskis weis es bereits mitzuteilen.

Diese Nachricht erhielt dadurch eine gewisse Bestätigung, daß auch die agrarische „Dtsche Tagesztg.“ ankündigte, daß Herr v. Poddbielski „in den nächsten Tagen“ sein Rücktrittsgesuch einreichen werde. Ja, dieses Blatt nannte bereits zwei Kandidaten für den vakanten Posten, und zwar den früheren Leiter der Reichskanzlei, jetzigen Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Herrn v. Conrad, und den Grafen Schwerin-Löwis, den Präsidenten des preussischen Landwirtschaftsrates. Der erste wäre dann der Kandidat des Reichskanzlers, der zweite der Kandidat der Agrarier.

Demgegenüber meldete das zuweilen halboffizielle Scherblatt:

Eine Reihe hiesiger Parteiblätter hat gestern abend die Nachricht verbreitet, der Kaiser habe den Landwirtschaftsminister von Poddbielski aufgefordert, sein Entlassungsgesuch einzureichen. Demgegenüber ermächtigt und der auf seinem Gute Dalmin weilende Herr Minister, mitzuteilen,

„daß ihm bis zur Stunde weder von einer solchen Auforderung seiner Majestät etwas bekannt sei, noch daß er sein Abschiedsgesuch eingereicht habe.“

Danach wäre die erwähnte Nachricht vorläufig als eine der Entwicklung der Dinge vorausseilende Kombination zu betrachten, die in der Gespanntheit der Lage ihre Erklärung findet.

Das „Berl. Tagebl.“ schreibt in seiner heutigen Abendnummer:

Die Frage, ob Herr v. Bobbelski preussischer Minister bleibt, dürfte noch heute entschieden werden, wenn sie zu dieser Stunde nicht schon entschieden ist. Bis in die letzten Tage hinein waren die Anhänger des Landwirtschaftsministers eifrig am Werke, um Stimmung für ihn zu machen. Kreise, die das Ohr des Kaisers haben, ist Herr v. Bobbelski als der Vertreter des offenen, mannhaften Wortes vor Königsthronen gerühmt worden als derjenige, der nicht wie andere sich bemühe, die Dinge im offiziellen Nebel erscheinen zu lassen, sondern der stets die Dinge so schildere, wie sie seien. Danach ist auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die jüngste von reaktionärer Seite ausgestreute Meldung von dem bevorstehenden Rücktritt des Herrn v. Bobbelski durch tatsächliche Erwägungen veranlaßt worden ist, durch Erwägungen, die auf Stimmungen und Gefügensheiten des Kaisers berechnet waren. Ob diese Freiheiten die gewünschte Wirkung haben werden, dürften die nächsten Stunden lehren.

Diese Vermutungen zeigen wieder, von welchen eigenartigen Umständen bei uns das Bleiben oder Gehen eines Ministers abhängig ist! —

Die Agrarier kämpfen um ihren Bod!

Die „Deutsche Tages-Zeitung“ legt sich heute abend in Sperr- und Fettdruck für ihren Liebling Bod und andere Lieblinge ins Zeug. Sie schreibt:

Wir haben schon in der Morgennummer kurz angedeutet, daß wir keinen tatsächlichen Grund erkennen könnten, der den Landwirtschaftsminister veranlassen sollte, jetzt sein Abschiedsgesuch einzubringen. Seine indirekten Beziehungen zu der Firma Toppelskirch u. Co. können den Anlaß nicht bilden. Denn wenn das Vorhandensein dieser Beziehungen seine Berufung zum Staatssekretär und nachher zum Minister nicht hinderte, so könnte sie dadurch nicht zum Hindernis der Weiterführung des Amtes werden, daß sie in einem Teil der Presse mit großer und häßlicher Gehässigkeit neuerdings besprochen worden sind.

Nur dann würde die Sachlage geändert sein, wenn in den Beziehungen des Ministers zur Firma v. Toppelskirch u. Co. sich in den letzten Jahren etwas geändert hätte. Es sind nun ja einige Änderungen erfolgt. Die Geschäftanteile des Ministers sind auf seine Gattin übergegangen; es ist die Gütertrennung vollzogen worden. Dadurch ist sein Verhältnis aber selbstverständlich nur unbedenklicher und noch korrekter geworden. (Welch gekünstelte Reivertät!)

So liegen die Dinge; und wenn sie so liegen, dann können wir durchaus nicht einsehen, wie das indirekte Verhältnis des Ministers zur Firma v. Toppelskirch u. Co. ihn bestimmen sollte, sein Abschiedsgesuch einzubringen, oder wie dadurch die maßgebende Stelle veranlaßt werden könnte, ihn dazu aufzufordern. Die Entlassung und Berufung der Minister ist ausschließlich Sache der Krone. Es würde eine Annäherung und auch eine Unflughet sein, dareinreden zu wollen. Das aber darf und muß gesagt werden, daß die Verabschiedung des Landwirtschaftsministers jetzt vor dem Abschluß der Untersuchung gegen den Major Fischer als ein Triumph der Presse aufgefaßt werden müßte, deren Hege sich in den letzten Tagen nicht nur den Landwirtschaftsminister, sondern noch höhere Stellen zum Ziele genommen hat. Nur dann würde eine andere Auffassung Platz greifen, wenn, — was wir nicht wissen und nicht glauben, — Dinge bekannt geworden sein sollten, die das Verhältnis des Ministers zu Toppelskirch u. Co. in einem anderen Lichte erscheinen lassen würden.

Man sieht, wie sehr den Brot- und Fleischwucherern ihr geliebter Bod aus Herz gewachsen ist. Man sieht auch, wie sehr sie den Reichstanzler — denn auf ihn zielt offenbar die Anspielung auf „die noch höheren Stellen“ — als einen der Jünger betrachten!

Wir sehen dem ganzen Schauspiel höchst gelassen zu. Wird Bod gegangen — nun, so erhält der Toppelskirch-Standal dadurch ein interessantes Relief. Bleibt Bod, so bleibt eben ein Kompagnon der Monopol-Makler-Firma Toppelskirch am ministeriellen Ruder. Und sind beide Lösungen nicht unangenehm! —

Herr Haffe, der Volksfreund.

Vor längerer Zeit hatte der „Vorwärts“ bereits ein köstliches politisches Geständnis des ehemaligen national-liberalen Reichstagsabgeordneten und jetzigen Reichstagskandidaten für den 10. sächsischen Wahlkreis niedriger gehängt. Es lautete:

„Eine gewisse Geistesbildung verträgt sich eben nicht mit der ausschließlichen Beschäftigung einer geistlos-dümmen, mechanischen, schweren und schmutzigen Arbeit. Man sucht soviel nach den Gründen der Landflucht. Der tiefste Grund derselben liegt in der strengen Durchführung der allgemeinen Volksschulpflicht und etwa gar noch der allgemeinen Verpflichtung zum Besuche der Fortbildungsschulen.“

Wer soll also in Zukunft die schweren und schmutzigen Arbeiten verrichten, die die auf Arbeitsteilung beruhende Volkswirtschaft doch nun einmal braucht? Wir sind in Deutschland bisher gedankenlos an dieser Frage vorbeigegangen. Man muß sich endlich darüber klar werden, daß sie nur eine ganz bestimmte Anzahl von Möglichkeiten zur Lösung zuläßt.

Entweder wir halten einen bestimmten Teil unseres eigenen Volkes auf unserer niedrigsten Stufe der Arbeiterorganisation der Gesellschaft, dann aber auch der Kultur fern, und wir verzichten dann auf die Graftsamkeit, diesen Teil des Volkes durch eine hohe Volksschulbildung mit den Ansprüchen auf eine höhere Lebenshaltung auszustatten. Diese Art der Lösung in einem Staate, dessen Grenze gegen die Einwanderung abgeschlossen ist, wäre die wünschenswerteste vom Massenstandpunkt aus betrachtet.

Unsere sächsischen Genossen haben diesen offeneren Ausdruck jetzt gebührendermaßen ausgegossen. Sie sind der Ueberzeugung, daß Herr Haffe mit seiner Ansicht, es sei nur ein Akt herrenmenschlicher Warmherzigkeit, wenn die nun einmal nach der göttlichen Weltordnung des Kapitalismus zum Arbeitsvieh prädestinierten Proletarier auch auf der Stufe tieferer geistiger Kultur gehalten werden, bei den proletarischen Wählern am 22. Oktober, dem Tage der Wahl, wenig Gegenliebe finden werde. Das ist in der Tat nur allzu wahrheitsgemäß!

Herr Haffe hat freilich nur die Motive ausgeplaudert, die für die National-Liberalen bei ihrem Kompromiß in Sachen der Schulverpflanzung bestimmend waren! —

Verlegenheitsauskünfte.

Der „Post“ ist unsere Annäherung ihrer arbeitserfindlichen Auslastung in Sachen der christlich-sozialen Arbeiterkandidaten begrifflicherweise recht unangenehm. Sie sucht sich heute durch allerlei Ausreden aus der Patzche zu ziehen. So schreibt sie:

Was nun die Frage der Arbeiterkandidaturen an sich betrifft, so scheint auch die Sozialdemokratie nicht gerade sehr von dem Vorzuge derselben überzeugt zu sein. Wie läme es sonst, daß sie in ihrer Reichstagsfraktion so verschwindend wenig Arbeiter zählt, aber so zahlreiche Mentors, aus ihrem Stände ausgestohene und noch nicht ausgestohene Rechtsanwält, jüdische Literaten und dergleichen. Bei der Sozialdemokratie stehen Raten und Worte in dieser Beziehung in höchstem Widerspruch. Wir dagegen verfahren solche Heuchelei und sprechen es offen aus, daß wir das systematische Bestreben, ausschließlich nach Vertretern einer be-

stimmten Klasse für den Reichstag zu kandidieren, für verkehrt halten. Es kommt im allgemeinen weniger auf die Berufstellung des Abgeordneten an als auf seine politische Anschauung und Einsicht. Daß aber in dieser Beziehung die Kreise von Geist und Bildung den Kreisen der Handarbeiter gegenüber im allgemeinen überlegen und somit als Volksvertreter mehr geeignet sind, weil sie infolge reicherer Erfahrung und vielseitigerer Geistesbildung einen weiteren, aber die speziellen Verhältnisse ihres Standes mehr hinausreichenden Blick besitzen, bedarf kaum eines Hinweises. An diesen unbestreitbaren Tatsachen kann kein sozialdemokratischer Protest, und sei er noch so wütend, etwas ändern.“

Der Hinweis auf die schwache Vertretung im Verufe tätiger Handarbeiter in der sozialdemokratischen Fraktion ist recht unglücklich. Denn der Essener Aufruf der christlich-sozialen Arbeiter trägt sich ja gerade darauf, daß jetzt infolge der Diäten die in der Reichstag gewählten Arbeiter ihren Beruf aufgeben und sich berufsmäßig der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterinteressen widmen könnten! Und daß das Gros der sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder dem Kreise der Handarbeiter entstammt, ist ja oft nachgewiesen worden. Um so schlimmer, daß nicht auch die so arbeitervreundlich sich gebärdenden bürgerlichen Parteien durch Gewährung einer fraktionellen Entschädigung auch Arbeitern die Ausübung eines Reichstagsmandats ermöglichen!

Im übrigen braucht nur festgestellt zu werden, daß die „Post“ gestern ihre Warnung vor den Arbeitervertretern nicht mit dem angeblich geringeren Bildungsgrad, sondern damit begründete, daß auch christliche Arbeitervertreter in sozialpolitischen Fragen mit den Sozialdemokraten an einem Strange ziehen würden! —

Das gemeinste und unanständigste Blatt. Die „Freisinnige Zeitung“ weiland Eugen Richters hält darauf, daß ihr dieser wohlverdiente Ruf nicht verloren geht. Zur Weidung der „Sächs. Arbeiterzeitung“ von der bevorstehenden Verabschiedung des Genossen Parvus schreibt das würdige Organ des deutschen Wasserstiefel-Freistins:

Der sozialdemokratische Schriftsteller Helfhand, der sich früher in Deutschland aufhielt und unter dem Namen Parvus schrieb, verweilt seit einiger Zeit in Rußland. Zweifellos um für sich Reklame zu machen, hat er der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ ein Telegramm geschickt, daß er beabsichtige, demnächst nach Sibirien zu verziehen zu werden.

Eine elendere Rohheit ist wohl nicht auszubedenken. Seit vielen Wochen ist Genosse Parvus Gefangener in der fürchterlichen Bastille des Zarismus, der Peter Paul Festung; die Verabschiedung nach dem Totenhaus Sibirien steht ihm bevor. Was dem sicheren Mänschen ging er nach Rußland, weil die Pflicht ihn rief. Leben und Freiheit setzte er mutig aufs Spiel. Und der Krieg hat ihn verlohren. . . .

Und angeführt dieses erhebenden, erschütternden Beispiels von Mannestreu und Mannesmut, von Hingabe, von Opferbereitschaft, da wagt es ein Blatt des deutschen Freistins zu schreiben: „... wahrscheinlich, um für sich Reklame zu machen...“!

Wie muß es im Hirn und Herz des elenden Buben aussehen, der das schreiben konnte! Ist er schließlich nicht mehr zu bedauern als zu verachten, dieser Repräsentant deutschen freigeistigen Bürgertums?

„Staatsbürger-Zeitung“ und „Reich“, das edle Geschwisterpaar, haben übrigens dem Gefangenen des Zarismus auch einige Fehlschritte versehen zu müssen geglaubt. Sie erklären:

Es ist nicht unsere Art, über menschliches Unglück zu spotten, aber die deutschen „Genossen“, die in Rußland verhaftet und bestraft werden, können kein Mitleid verlangen, denn sie haben doch lediglich die Suppe anzuschmecken, die sie sich selber eingebrockt. . . .

Wo und wann haben wir das Mitleid der Städterippe verlangt? Wir danken für das Mitleid der deutschen Gefinnungsgenossen der russischen Hooligans. Mögen sie sich nur so unmeniglich geben, wie sie vermögen. Es gibt das immerhin einen ganz hübschen Kontrast, wenn man sie später einmal wieder mit zum Himmel erhobenen Augen plärren hört: „Liebet eure Feinde!“ —

Husland.

Schweiz.

Die Massenbewegungen aus Zürich.

Zürich, 16. August. (Fig. Ver.) 31 Arbeiter wurden gleichzeitig mit unserem Genossen Hauth von der Regierung aus dem Kanton Zürich ausgewiesen. 16 Italiener, 13 Deutsche und drei Oesterreicher und zwar wegen „Streikunruhen“. Von der Ausweisung irgend eines ausländischen Bourgeois wird nichts berichtet. Dagegen soll die Ausweisung weiterer Proletarier in Aussicht stehen.

Von dem Wüten und der Wache der Züricher Kantonsregierung ist jedes brave Patriotenherz entzückt, den Ausgewiesenen werden von der „guten“ Presse noch die obligaten Fehlschritte verlesen und in ihrer Begeisterung fordert die „Neue Züricher Zeitung“ zum Unterzeichnen des Initiativbegehrens betreffend die den Lesern des „Vorwärts“ bekannte Buchausvorlage auf. Die Ausgewiesenen wandern nun weiter und verlässigen überall den traurigen Ruhm der toten Bourgeoisrepublik Zürich.

Während aber die Regierung die Massenbewegung der begehrtlichen und kritischen „Schwaben“ und „Schwaben“ (schweizerische Schimpfwörter für Italiener und Deutsche) vornimmt, reisen die Agenten der Züricher Unternehmer in Deutschland und Italien, um mit schwerem Geld Streikbrecher einzufangen, also zufriedene „Lämmer“ und „Schwaben“ zur hinteren Tür wieder hineinzuverfrachten. Wahrscheinlich eine Komödie der Irrungen, eine Tragikomödie.

In der „Begründung“ der Ausweisung unseres Genossen Hauth leistet sich die Regierung folgende Staatsweidheit, nachdem sie erst erzählt, daß Hauth nur bis 1907 die Toleranzbewilligung erteilt worden sei, immer in der Meinung, daß im Falle nicht Wohlverhaltens die Bewilligung jederzeit und ohne weiteres wieder entzogen werden könne. Im Laufe der Jahre hat dann Emil Hauth seine frühere ruhige, private Tätigkeit aufgenommen und ist in die Öffentlichkeit getreten, indem er Redakteur des „Vollrecht“ wurde, wo er zurzeit an erster Stelle als verantwortlich zeichnet. Dieses „Vollrecht“ nimmt nun aber in der letzten Zeit eine Haltung ein, welche in hohem Grade geeignet ist, die Arbeiter gegen alle übrigen Bürger des Staates aufzuheben, sie mit Haß und Bitterkeit zu erfüllen und in ihnen, soweit sie keine andere Zeitung als das „Vollrecht“ zu lesen pflegen, die Meinung zu pflanzen, als ob im Kanton Zürich die Arbeiter minderen Rechtes seien als alle anderen Staatsangehörigen. Die Behörden, vor allem der Regierungsrat, werden in unanständiger Weise angegriffen, persönlich besudelt und ihnen bei ihren Amtshandlungen unflätigste, niedere Motive untergeschoben.

Vor allem in der Angelegenheit der seit einigen Wochen ausgedrohten Arbeitseinstellung hat das „Vollrecht“ eine Haltung eingenommen, welche im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung aufs tiefste zu bedauern ist. Für diese Haltung des „Vollrecht“ muß in erster Linie dessen erster Redakteur Hauth verantwortlich gemacht werden. Es ist daher angemessen, die Toleranzbewilligung ihm zu entziehen und ihn des Kantons Zürich zu verweisen. Der Regierungsrat beschließt: „Dem schriftlosen Redakteur Emil Hauth wird die vom Polizeivorstand der Stadt Zürich bis Ende 1907 erteilte Toleranzbewilligung entzogen und ihm der weitere Aufenthalt im Kanton Zürich binnen 14 Tagen zu verfallen, ansonst

polizeiliche Ausweisung erfolgt. Ohne Erlaubnis des Regierungsrats darf Hauth nicht mehr in den Kanton Zürich zurückkehren.“

Von irgend einem „Vergehen“ unseres gemäßigtesten Genossen ist mit keinem Worte die Rede. Die Kritik an der Regierung, den übrigen Behörden und ihren Handlungen ist erlaubt, aber sie wird nicht gern gesehen, man möchte sie am liebsten verbieten, und dem Ausländer gegenüber geschieht es auch, indem man ihn ausweist. Freilich geht darum die Kritik doch weiter und nun erst recht.

Der am Sonntag in Zürich stattfindende außerordentliche Parteitag der Sozialdemokratie des Kantons Zürich wird sich mit dem Streikverbot und der Frage der Obstruktion in der Verwaltung und Gesetzgebung beschäftigen. —

Frankreich.

Kulturkampf.

Paris, 16. August. (Fig. Ver.)

Die zweite Enzyklika des Papstes über das Trennungsgesetz ist schärfer als die erste. Pius X. verdammt nicht nur neuerlich die von den gesetzgebenden Versammlungen der französischen Nation geschaffene Ordnung der kirchenpolitischen Verhältnisse, sondern er sagt seiner Verurteilung der Kultusassoziationen die Erklärung hinzu, daß auch die Form einer gleichzeitig legalen und kanonischen Assoziation unannehmbar sei. Diese Entscheidung ist wirklich überaus reichend, da man nicht nur in den französischen Regierungskreisen, sondern auch in den gemäßigten katholischen Kreisen geduldet hat, der Papst würde den Ausweg wählen, die Kirchengemeinden nach außen hin als gelegentlich konstituierte Kultusassoziationen organisieren zu lassen. Besonders peinlich wirkt die Enzyklika im niederen Alter, der sich schon ganz darauf eingerichtet hatte, die staatlichen Pensionen zu beziehen und nun vom Vatikan zum unerbetenen Mönchertum berufen wird.

Die Enzyklika widerspricht der politischen Berechnung so sehr, daß manche Interpreten mit aller Anstrengung friedlichere Töne aus ihr herauszuhören bemüht sind. So wird insbesondere darauf hingewiesen, daß manche Wendungen den Wunsch der Kurie auszudrücken scheinen, mit der Republik ein Uebereinkommen zu treffen, das nur die Unannehmlichkeiten des Gesetzes anhöbe. Aber ganz abgesehen davon, daß es der Würde der souveränen französischen Nation wenig anstünde, ihre Gesetze nachträglich der Zensur Roms zu unterwerfen, so ist es doch vor allem das Prinzip des Gesetzes selbst, die Forderung des Staates, die weltliche Ordnung unabhängig von der geistlichen zu ordnen und die religiösen Vereinigungen gleich den anderen staatlichen Säuglingen zu unterwerfen, die den verdamnenden Spruch des Papstes erweist hat. Hier ist ein Ausgleich nicht möglich, sondern nur eine Untertwerfung.

Was wird nun geschehen? Nach dem Trennungsgesetz müssen die Kultusassoziationen bis zum 11. Dezember 1906 konstituiert sein. Sind sie es nicht, werden die beweglichen und unbeweglichen Güter der Kirchen den kommunalen Wohltätigkeitsanstalten in den betreffenden Bezirken zugewiesen. Die Kirchengebäude aber werden zur freien Verfügung des Staates, des Departements und in den meisten Fällen der Gemeinde gestellt. Die Kirchen können also gesperrt oder sie können auch bestimmten anderen Vereinigungen für ihre Zwecke zur Verfügung gestellt werden, etwa schismatischen oder freidenkerischen Verbänden. Natürlich stellt der Staat auch alle Gehaltsleistungen an die bisherigen Rupnieher des Kultusbudgets ein, er zahlt den Geistlichen keine lebenslänglichen oder zeitweiligen Pensionen.

Wird es die Kirche wirklich darauf ankommen lassen, daß der Gottesdienst unterbrochen und die ganze kirchliche Organisation erschüttert wird? Sicher beruht das zur Schau getragene Selbstbewußtsein mancher freidenkerischen Radikalen auf einer Unterschätzung der wirksamen kirchlichen Einflüsse auf die Massen. Man darf aber der Zusammenfügung der neuen Kammer dann doch nicht übersehen, daß das Verhältnis der Parteien in der Wählerschaft dem Stabilitätismus keineswegs so günstig war und daß die ausgesprochen reaktionären Parteien ein reichliches Drittel aller Stimmen vereinigt haben. Von der Macht der Geistlichkeit auf die Frauen ganz zu schweigen. Jedenfalls haben die Kirikalien auch genug Gemeindevormaltungen in den Händen, um der Regierung von da aus Schwierigkeiten zu machen. Allerdings, um einen Religionskrieg für die Kirche siegreich zu beendigen, dazu ist die religiöse Glut der heutigen Menschheit doch nicht stark genug.

Der Papst hat in dieser Erkenntnis vom gewaltsamen Widerstand abgesehen. Er gebraucht schließlich sogar die zweideutige, die Möglichkeit der Anpassung an das Gesetz einschließende Wendung, daß die Bischöfe alle Mittel, die das Recht allen Bürgern zuerkennt, anwenden sollen, um den religiösen Kultus zu organisieren. Meint der Papst wirklich nur die Ausübung des Kultus im privaten, den staatlichen Organen entzogenen Kreis? Auf diese Art fände die Kirche über kurz oder lang in ein Sektentum zurück, das des großen, für die stammesfeindlichen Massen bestimmten dekorativen Apparats entbehrt und dem sicheren Verfall entgegenzinge.

So unser Pariser Korrespondent. Er beurteilt also die Enzyklika etwas anders, als wir gestern getan haben. Sie ist nach seiner Meinung doch eine Fanfare, eine Kriegserklärung. Das wird sich vielleicht in Paris besser erkennen lassen als hier. Uns wollte es scheinen, als sei der Satz von der eventuellen Gestaltung der verführerischen Bildung von geistlichen, kanonischen Charakter tragenden Gesellschaften eine Hinterlist, durch die die Kurie doch zu einer Anpassung an das Gesetz zu gelangen hoffe. Und wir halten das auch heute noch nicht für ganz ausgeschlossen. —

Paris, 17. August. Die Blätter beschäftigen sich noch andauernd mit Besprechungen der päpstlichen Enzyklika. Unterrichtsminister Briand erklärte einem Interviewer, das Gesetz werde keinerlei Veränderungen erfahren, da es den Wünschen einer so großen Mehrheit der Bevölkerung entspreche. Sollte dem Gesetze erster Widerspruch bereitet werden, so habe der Papst die Kirche in eine schlimme Lage gebracht. Vor Einführung des Gesetzes habe der Minister sowohl die Möglichkeit eines Widerstandes als auch die Annahme des Gesetzes seitens des Papstes ins Auge gefaßt und entsprechende Maßnahmen vorgesehen; unter diesen befänden sich einige, welche der Kirche eine unangenehme Ueberraschung bereiten könnten. Aber er wolle noch immer in der Enzyklika des Papstes nur eine Paradekundgebung erblicken und er sei überzeugt, daß Pius X. geheime Instruktionen an die Bischöfe ergeben lassen werde, so daß er schließlich doch die dem Gesetze entsprechenden Kultusgenossenschaften akzeptieren würde. Briand erklärte noch, er werde bei Zusammentritt der Kammer die Situation darlegen. —

Italien.

Ein offizieller Kommentar zur Trennungsenzyklika. Aus Rom wird vom 17. August gemeldet: Der „Dierbatoro Romano“ veröffentlicht einen halbamtlichen Kommentar zur Enzyklika des Papstes, worin er sagt, im großen und ganzen habe der Papst erklärt, daß es Pflicht der Katholiken sei, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen. —

China.

Eine verfuht- und teilweise Verfälschung? Einer Meldung der Londoner „Morning Post“ aus Shanghai zufolge beabsichtigt der Generalgouverneur Juanschikal, versuchsweise in der Provinz Tschili eine konstitutionelle Regierung einzuführen.

Die Nachricht klingt sonderbar. Bestätigt sie sich, und fällt dem Generalgouverneur nicht noch gegen das Ende die Zentralregierung

In den Arm, so hätten wir das Schauspiel, daß in China und Persien Fortschritte im staatlichen Leben gemacht werden, während in Preußen das — Dreiklassenystem gefestigt wird! —

Amerika.

Donville (Illinois), 16. August. Die Konferenz der republikanischen Partei des Kongresswahlkreises von Illinois hat einstimmig beschlossen, den jetzigen Präsidenten des Repräsentantenhauses, Joseph W. Cannon, als Kandidaten für die Präsidentschaft der Unionsstaaten aufzustellen.

New York, 17. August. Cannon erklärte in einer Rede, der Zolltarif müsse bleiben, besonders da die Arbeiter dadurch Vorteil hätten. Cannon widmete den letzteren den Hauptteil seiner Rede, zweifellos im Hinblick auf Compers Agitation gegen die Republikaner. (Zell. 31.)

Aus der Partei.

Der italienische Parteitag.

Rom, 17. August. (Privattelegramm.) Das Referendum über den Parteitag ergab für Rom 519 Stimmen, für Modena 436. Der Parteivorstand beschloß auf Antrag mehrerer Abteilungen, den Kongress bis zum 7., 8. und 9. Oktober zu vertagen.

Zum Parteitag in Mannheim nahm am Donnerstagabend die Mitgliedschaft Altona des Parteibereichs für den 8. und 10. Schleswig-holsteinischen Wahlkreis Stellung. Redakteur Emil Fischer erhellte eingehend die Tagesordnung des Parteitages und befaßte sich auch mit der Haltung der auf der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände als Redner aufgetretenen Abgeordneten in bezug auf die Beschlüsse des Jenaer Parteitages zur Frage des Waffenstreiks. In der Diskussion wurden alleseitig die auf dieser Konferenz geäußerten Ansichten einer eingehenden Kritik unterzogen, indem man sich auf den Boden der in Jena gefaßten Beschlüsse stellte. Der „Hirtenbrief“ der Abgeordneten des 6., 8. und 10. Schleswig-holsteinischen Wahlkreises entsprache keineswegs den Intentionen der Parteigenossen, was offen ausgesprochen werden mußte. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß die Altonaer Parteigenossen nur die Beschlüsse des Parteitages in Jena in der Frage des Waffenstreiks für sich als bindend anerkennen und jede „Auslegung“ derselben zurückweisen.

Eine Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Hamburg tagte am Donnerstagabend in Lütjes Etablissement in Hamburg. Den einzigen Punkt der Tagesordnung bildete der Bericht der Pressekommision, den wir schon ausführlich wiedergegeben haben. Gegen die prinzipielle und taktische Haltung des „Hamb. Echo“ wurden Einwände nicht erhoben. Gestreift wurde auch die Frage der Verlegung und des Neubaus unseres Parteigeschäfts. Auf die Dauer sind die Räume in der Fehlandstraße zu eng, so daß sich ein Neubau nicht wird ungehen lassen. Es handelt sich aber nun darum: Wo soll später das Parteigeschäft errichtet werden? Gegen das seinerzeit ventilirte Warmbeker Projekt sprechen zu viele Gründe, vor allem die bedeutende Entfernung vom „Pulschlag der Großstadt“ und der Verkehrseinrichtungen. — Dann wurde die Wahl der Mitglieder zur Pressekommision vollzogen.

Zum Mannheimer Parteitag. Es wird bekannt, so schreibt die „Volksstimme“, daß — nach dem Vorbruch der Mannheimer Stadtgewaltigen in der Lokalangelegenheit des Parteitages — nun auch in Heidelberg staatsbehaltende Kräfte am Werke sind, um die für einen Abend der Parteitagsperiode geplante festliche Beleuchtung des Heidelberger Schlosses zu hintertreiben. Man sieht, das „liberale“ Baden geht nach dem Ruhme des reaktionären Altonaer, dessen Regierung im vorigen Jahre bekanntlich dem Jenaer Parteitag den Besuch der Leuchtenburg unmöglich machte. Im übrigen brauchte der Parteitag nicht zu trauern, wenn die mehr speibürgerlichen, als künstlerischen Naturgenuss entprechende bengalische Schlossbeleuchtung wegfiel. Ein Nachmittags im Heidelberger Grünen ist unendlich schöner und geschmackvoller, als die Illumination der Ruine.

Doktrinelles, Gerichtliches usw.

Die russische Schandwirtschaft in deutscher Haut. Die Magdeburger „Volksstimme“ meldet:

Als Herr Stolypin, der russische Ministerpräsident, die Duma nach Hause geschickt hatte, erließ er an die Gouverneure ein Rundschreiben, in dem er verschiedene Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der „Ordnung“ empfahl. Die „Volksstimme“ druckte dieses Rundschreiben ab und gab ihrer Vermutung über die Aufnahme, die es in Russland finden werde, Ausdruck, indem sie Stolypin als „reif für die rächende Bombe“ bezeichnete. Darin steht nun die Magdeburger Staatsanwaltschaft die Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung (§ 111 des Strafgesetzbuchs), und sie beabsichtigt, Anklage gegen unseren Redakteur, den Genossen Wittmaack, zu erheben.

Die preussische Justiz sollte doch eigentlich an dem Königsberger Prozeß genug haben!

Der empfindliche Stadtrat. Der Rat der Stadt Chemnitz hat Strafantrag gestellt gegen den Verantwortlichen der „Volksstimme“, Genossen Mendel. Durch eine Notiz in Nr. 143 des Chemnitzer Parteiblattes fühlt sich der Rat in seiner Ehre schwer gekränkt. Jedemfalls geht der Strafantrag vom Oberbürgermeister Dr. Wed. aus, von dem in der Notiz gelagt wird, er betone bei Gelegenheit mit iliger Selbung, daß den ärmeren Mitbürgern Wohlwollen gezeigt wird. Daran knüpfte sich eine Kritik, in der es u. a. hieß, daß man die Reden und die sozialpolitischen Taten der Besühenden richtig zu beurteilen verstehen müsse.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftliche Unterrichtskurse.

Vor uns liegt das Programm der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse, die, von der Generalkommision veranfaßt, am kommenden Montag ihren Anfang nehmen. Wir sehen daraus, daß die Gewerkschaftsbewegung bereits die vom Genossen Bringmann vermittelte Theorie hat; natürlich nicht in dem Sinne, daß sie eine andere Gesellschaftslehre aufstellt, als die bahnbrechenden Theoretiker des Sozialismus sie fanden. Aber eine Theorie der Gewerkschaftstaktik ist natürlich vorhanden und muß vorhanden sein, wenn nicht der Gewerkschaftsführer planlos von Fall zu Fall sich mit den Verhältnissen abfinden soll, ohne festes Ziel vor den Augen, ohne die Wirkung seiner Maßnahmen übersehen zu können.

Wie wir das Programm der Unterrichtskurse vor uns sehen, scheint es wohl geeignet, der Gewerkschaftsbewegung Segen zu bringen. Es schafft nicht neue Waffen im Kampfe mit dem Kapitalismus, aber es schärft die vorhandenen, macht sie schneidiger in der Hand der Kämpfer und die Kämpfenden gewandter in ihrer Handhabung.

Genosse Legien wird reden über: Geschichte und Theorie der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Paul Umbreit über: Die gegnerischen Gewerkschaften in Deutschland. Eduard Bernstein behandelt: Die Gewerkschaftsbewegung im Auslande. Ueber Versicherungs-gesetzgebung sprechen Gustav Bauer und Robert Schmidt. Den Arbeiterschutz behandelt abermals Umbreit. Ueber den gewerblichen Arbeitsvertrag spricht Kagenstein, über Rational-

ökonomie Max Schippel, über Kartelle und Unternehmervereinigungen Richard Calver, Max Schippel wird außerdem in die Statistik einführen und Johannes Sassenbach in die Gewerkschaftliche Literatur.

Gewissermaßen programmatisch für den geistigen Inhalt der Kurse scheint uns der Punkt 10 des Legien'schen Vortrags-turfs zu sein, den wir deswegen wiedergeben.

Er lautet:

Die Theorie der Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaften haben ihre Aufgaben innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu erfüllen. — Sie wirken in ihren Bestrebungen dahin, daß die Produktion (der Fabrikbetrieb) vom Absolutismus zur Konstitution und schließlich zur Demokratie kommt. — Indirekt wirkt so ihre Tätigkeit auch auf die Demokratisierung des Staatsorganismus hin. — Die Gewerkschaften können offiziell als geschlossene Organisation keiner politischen Partei angehören. — Sie sind aber bei Erreichung ihrer Zwecke auf die Mitwirkung der sozialdemokratischen Partei angewiesen und haben deshalb diese Partei als ihre politische Vertretung anzuerkennen und zu unterstützen.

Das aus dem Programm der Kurse.

Es ist ein für die Arbeiterbewegung erfreulicher Fortschritt, daß fast genau in demselben Moment Partei und Gewerkschaften das Bedürfnis nach theoretischer Vertiefung im deutschen Proletariat so sehr empfinden, daß beide sich entschlossen haben, ihm Rechnung zu tragen. Wir begrüßwünschen beide zu diesem Schritt!

Berlin und Umgegend.

Zum Streik bei der Pafefahrt.

Die Streikenden lieferten gestern, Freitagmorgen, ihre Sachen wie Uniformen, Marken und dergl. bei der Gesellschaft ab und zwar abteilungsweise, wie verabredet. Zur Verwunderung der Streikenden mißfiel sich auch da die Polizei hinein und wo zwanzig oder dreißig beisammen waren, da war sie mitten unter ihnen und verlangte, daß sich ein solcher Trupp in drei Teile, die Mitterstraße entlang bewege, sodas man glauben konnte, die Arbeiter seien Staatsbürger zweiter Klasse, wenn nicht gar Verbrecher. Auf dem Hofe der Pafefahrt hatten die Arbeiter die Augen offen und konnten wahrnehmen, daß die Versicherungen der Gesellschaft, der Betrieb werde bald wieder im besten Gange sein, recht unbergeründet sind. Es herrscht gegenwärtig eine große Unsicherheit im Betriebe, die für die Kundenschaft oft geradezu abschreckend ist. Ein Kollisionsfall traf auf dem Hofe ein und wurde gefragt, wo er seinen Wagen habe: „Auf'm Bahnhof“, so antwortete er kurz, und fügte zornig hinzu: „Warum habt Ihr mir nicht gesagt, daß ich hier Streikarbeit tun soll; jetzt holt Euch Eure Sachen selber!“ — Manchen der Streikenden wurden gute Worte gegeben und bedauert, daß Leute, die viele Jahre so treu im Dienste standen, plötzlich zu streiken anfangen; aber es ließ sich niemand bedören. — Von verschiedenen Seiten haben die Streikenden gute Binde bekommen, daß es im inneren Betriebe sehr schlecht bestellt sei, was natürlich immer ihren guten Mut noch stärkte. Sie wissen alle, daß sie nur noch eine Weile ausharren müssen.

A. Werner berichtete in der letzten Versammlung über die Verhandlungen der Kommission der Kollisionsher und der Spediteure, die am Vormittag in der Burgstraße zusammengetreten war. Den Vorsitz führte Kommerzienrat Jacob. Der Zentralverband machte seine Forderung geltend, daß die Zwangsabrolung von den Bahnhöfen für die Pafefahrt nicht statthaft sei und Maßregeln dagegen ergriffen werden würden. Herr Jacob erklärte, daß die Spediteure kein Interesse daran hätten, der Pafefahrtsgesellschaft Dienste zu leisten und sie erkennen die Forderung des Zentralverbandes als berechtigt an, soweit die Pafefahrt selbst in Betracht kommt. Dagegen werden Aufträge, die direkt von der Kundenschaft der Pafefahrt kommen, erfüllt werden und man werde sich bemühen, die Aufträge auch gut auszuführen aus Geschäftsinteresse. Die Unterhandlungen dauerten zwei Stunden, und es kam auch die Rede auf die schwarzen Listen. Man hatte nämlich die Arbeiter damit schreden wollen, daß sie nirgends eine Stellung finden würden. Die Spediteure wollten aber von schwarzen Listen nichts wissen, obgleich die Pafefahrt es wünschte. Darüber haben die Streikenden so eine eigene Meinung. Sie glauben auch nicht an die schwarzen Listen, denn sie haben die Erfahrung gemacht, daß Leute von der Pafefahrt gern genommen werden. Sie waren bei der Pafefahrt? na, da können Sie ja arbeiten, heißt es nicht selten. Es ist bekannt, wie schwer die Leute da arbeiten müssen. Ein Vertreter der Hausdiener und Pader brachte den Streikenden die Versicherung der Sympathie und vollen Unterstützung von seiten seiner Organisation, was mit Befriedigung aufgenommen wurde. —

Die Bautischer haben in den letzten Wochen in allen vier Organisationsbezirken Berlins Brandentversammlungen abgehalten, teils um über die Abschaffung von Mißständen im Verufe, besonders des Zwischenmeisteriums, zu beraten, teils um Vorbereitungen zur Tarifbewegung zu treffen. Die Branchenversammlung für den 1. Bezirk, die am Donnerstag im Hofjäger-Palast in der Hasenheide stattfand, war so zahlreich besucht, daß der große Saal fast bis auf den letzten Platz besetzt war. Der Branchenleiter Reiche sprach über die Frage: Wie stellen wir uns zu den Frühlingsmeistern in unserem Verufe? Es handelt sich hierbei um „Meister“, die in Stahl, Röhre, Kessel oder in anderen unzuverlässigen Räumern für andere wirkliche Arbeitgeber Arbeit, wenn nicht zu geringem, so doch zum selben Preise herstellen, wie die Gesellen in der Werkstatt. Sie geben noch Leim und andere Zutaten darauf und ihr einziger besonderer Vorteil sind die Holzabfälle. Besonders lästig und schädlich ist diese Konkurrenz den Werkstattarbeitern dadurch, daß jene Leute meistens gerade die Arbeiten erhalten, woran am meisten verdient wird, für die Werkstattarbeiter aber nur die minder vorteilhafte Arbeit übrig bleibt. Es gibt allerdings auch Zwischenmeister, die in eigenen Werkstätten an 20 und mehr Gesellen beschäftigen und den Tarifvertrag anerkennen haben. Gegen sie vorzugehen, liegt im allgemeinen keine Ursache vor. Es müßte jedoch verlangt werden, daß städtische Arbeiten von den Unternehmern ausgeführt werden, die sie übertragen erhalten. Allgemein war aber die Versammlung der Ueberzeugung, daß mit den eigentlichen „Frühlingsmeistern“ ausgeräumt werden muß. Ebenso stimmten alle Diskussionsredner dem Referenten darin bei, daß der Tarif, der zum Januar abläuft, dringend der Verbesserung bedarf. Die Branchenkommission hat bereits einen bis ins kleinste ausgearbeiteten Entwurf fertiggestellt, der noch den Vertrauensmännerungen und Branchenversammlungen zur Begutachtung vorgelegt werden wird. Ferner sind Werkstattfragebogen ausgegeben worden, die gewissenhaft ausgefüllt, bis Sonnabend wieder abgeliefert werden sollen. Die Versammlung befaßte sich dann mit der Frage einer besseren Regelung der Abschlagszahlung bei der Affordarbeit. Es wurde hierbei allgemein erklärt, daß die üblichen Sätze von 27 und 30 R. die Woche bei den teuren Lebensverhältnissen keineswegs mehr ausreichen und mindestens 33 und 35 R. gezahlt werden müssen, was bei der andauernd guten Konjunktur auch nicht schwer zu erreichen sein wird und allgemein verlangt werden soll. — Schließlich wurde es in der Versammlung scharf gerügt, daß einzelne Kollegen — es sind freilich nicht viele mehr — noch immer statt des „Vorwärts“ die „Morgenpost“ und dergleichen Blätter halten.

Der Verband der Schmiede hat, wie gestern berichtet, die Streitigkeiten mit den Innungsmeistern über den Arbeitsnachweis in der Mulackstraße durch einen Vergleich zu erledigen geschafft. Am Donnerstagabend hatte der Gesellenauschuß mit dem Innungsvorstand eine gemeinsame Sitzung und machte entsprechende Vorschläge nach den Beschlüssen der letzten Versammlung. Der Innungs-

vorstand lehnte alle Vorschläge ab und am nächsten Donnerstag wird eine Versammlung der Gesellen endgültige Entscheidungen in dieser Angelegenheit treffen. Verbandsstreue Schmiede dürfen nur den Arbeitsnachweis in der Stralauerstraße 48 benutzen.

Achtung, Freiseurgehilfen!

Die Differenzen bei Quiff, Löwestr. 26 und Preutschad, Lübbenerstr. 28, sind beigelegt. Die Firma Friedrich, Charlottenburg, Rehringstr. 29, ist für unsere Mitglieder bis auf weiteres gesperrt. Verband der Freiseurgehilfen Deutschlands, Zweigverein Berlin und Vororte. J. A.: Paul Viere.

Zur Erklärung. In Nr. 100 des „Vorwärts“ teilt Herr Kaczinski, Emdenerstraße 10, mit, daß seine Gehilfen im Zentralverband organisiert sind. Demgegenüber erklären wir, daß Herr Kaczinski die Forderungen der Gehilfen bei uns weder unterchriftlich anerkannt hat, noch, daß „sein“ Gehilfe bei uns Mitglied ist.

Die vom Lokalverband gesperrten Geschäfte gelten auch für unsere Mitglieder als gesperrt. Verband der Freiseurgehilfen Deutschlands, Zweigverein Berlin und Vororte. J. A.: Paul Viere.

Erklärung. Gegenüber der Erklärung des Meisters Kaczinski, Emdenerstr. 10, halten wir das aufrecht, was in dem Artikel der Nr. 185 des „Vorwärts“ gelagt ist. Die Firmen in derselben Nummer bleiben nach wie vor für Freiseurgehilfen gesperrt. Nur da sind organisierte Gehilfen beschäftigt, wo die Kontrollkarte vorhanden ist. Verband deutscher Barbiers, Freiseure und Perückenmachergehilfen Berlins. Schillingstr. 15/16.

Achtung! Textilarbeiter! Der Streik in der Teppichfabrik Proben u. Sohn scheint jetzt eine Wendung zu nehmen. Die Firma versendet an ihre Arbeiter und Arbeiterinnen ein Zirkular, worin dieselben ermahnt werden, wieder zur Arbeit zurückzukehren, natürlich unter den alten Bedingungen. Auch würden die Arbeiter, wenn sie bis Sonnabend die Arbeit nicht aufgenommen haben, als entlassen betrachtet und die Papiere auf dem Amtsbureau niedergelegt werden. Nach erfolgter Aufnahme will man angehtlich unterhandeln. Diese Tricks sind schon von anderen Unternehmern angewandt worden, so daß wir aus Erfahrung wissen, wohin man damit zielt. Ist es erst gelungen, die Arbeiter dadurch lospfücken zu machen, so ist der Ausgang des Lohnkampfes ein zweifelhafter. Will man seitens der Firma unterhandeln, so sind die Arbeiter gerne bereit dazu; aber gerade die ablehnende beleidigende Haltung der Firma ist der Ausgangspunkt des Kampfes gewesen. Besonders bemüht ist man, durch Inserate in der „Berliner Morgenpost“ tüchtige geübte Arbeiter und Arbeiterinnen heranzuloden. So haben sich denn einige dazu Auserkoren besonders berufen gefühlt, den Betrieb zu retten. Besonders ein Meister scheint sich besondere Kunst erwerben zu wollen; vielleicht bleibt der wohlverdiente Lohn nicht aus. Durch Inserat verlangt man geübte und tüchtige Leute bei hohen Löhnen. Glaub man etwa, es sind hohe Löhne, wenn man Leute mit 8 bis 12 R. entlohnt. Es würde sich empfehlen, wenn man von seiten der Firmenleiter einmal einen Versuch macht, mit solch hohen Löhnen auszukommen, dann erst würde man ein Bild der heutigen Lebenshaltung bekommen und die Schlagworte, hohe Löhne, würden bald verschwinden. Es gilt also vor allen Dingen, den Zugang fernzuhalten; dazu bedarf es der Mitwirkung aller Arbeiter und Arbeiterinnen. Vom Ausgang dieses Kampfes hängt die Existenzfrage aller hiesigen gleichartigen Berufscollegen und Kolleginnen mit ab.

Zentralverband deutscher Textilarbeiter.

Deutsches Reich.

Warnung. Da der Streik bei der Firma Rheinische Möbelstoffweberei vorm. Dahl u. Quinsche, Barmen, welcher schon fünf Wochen währt, noch nicht beigelegt ist, aber der Schanzmacherverband im In- und Auslande durch Annoncen und Agenten Streikbrecher zu werben sucht, ersuchen wir alle Kollegen, ein offenes Auge darauf zu haben und bitten alle arbeiterfreundlichen Blätter des In- und Auslandes um Abdruck dieser Zeilen. Alle Anfragen sind zu richten: an das Streikbureau, Barmen, Restaurant Hildebrand, Allee 42.

Achtung! Schuhmacher. Der Streik in der Schuhfabrik von Dorndorf u. Comp. zu Breslau dauert unverändert fort. Verhandlungen haben zu keinem Resultat geführt. Die Streikenden haben das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen und werden lehen, ob die Firma dort erscheint. Die Haltung der Ausständigen ist musterhaft. Sollte die Firma einen weiteren ablehnenden Standpunkt einnehmen, wird die Organisation den Zweigbetrieb in Waldheim ins Bereich ihrer Betrachting ziehen müssen. Von den Streikenden sind keine abgefallen. Vor Zugang wird gewarnt. Zentral-Verband der Schuhmacher.

Ausland.

Der Röhrenarbeiterstreik in Budapest ist beendet. Zwischen den ausländischen Arbeitern und den Verwaltungern der Röhren ist eine Vereinbarung zustande gekommen. Die Arbeiter nehmen heute früh in allen Röhren die Arbeit wieder auf.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

In gefährlicher Situation.

Wien, 17. August. (W. Z. B.) Die „Wiensche Zeitung“ meldet aus Brüssel. Vor 7 Tagen wurden in dem Vorort Uccle durch den Einschlag eines Brunnens 3 Arbeiter verführt. Diese 3 Arbeiter sind noch am Leben. Auf die Zeichen, die ihnen gesien durch Klopfen gegeben wurden, vernahm man deutliche Antwortzeichen.

Umwandlung der Todesstrafe in zwanzigjährige Zwangsarbeit.

Sewastopol, 17. August. (W. Z. B.) Der Oberkommandierende der Schwarzmeeresflotte hat bei vier Angeklagten, die wegen der Unruhen im Oktober zum Tode verurteilt worden waren, die Todesstrafe in zwanzigjährige Zwangsarbeit umgewandelt, im übrigen aber die gefällten Urteile bestätigt.

Risani Nowgorod, 17. August. (W. Z. B.) In das Kontor der Reedereigesellschaft Stabeja drangen heuteabend sechs mit Revolvern bewaffnete Personen ein, übermächtigten den diensthabenden Polizeibeamten, raubten aus der Kasse 10 000 Rubel und entflohen mit dem Gelde. Einer der Beteiligten ist mit einem Teil des Geldes geflohen, von den anderen hat man keine Spur. Der Gouverneur hat die Bildung von ständigen Kosakenwachabteilungen zum Schutze der Kasse angeordnet.

Verheerendes Erdbeben in Südamerika.

New York, 17. August. (Auf deutsch-antlantischem Kabel.) Hier eingetroffene Kabelmeldungen besagen, daß Balparaiso (Chile) durch ein Erdbeben heimgeschickt worden ist. Viele Personen seien getötet und viele verletzt. Alle Gebäude seien beschädigt und in allen Teilen der Stadt wütheten Feuerbrünste. Die Kabelverbindungen nach den südamerikanischen Punkten seien zerstört; nur die Verbindung via Lissabon sei offen.

New York, 17. August. (Auf deutsch-antlantischem Kabel.) Die Central Southamerican Telegraph Company hat die Verbindung mit Balparaiso wieder hergestellt. Ein hier von dort eingegangenes Telegramm besagt, daß Teile der Stadt die ganze Nacht hindurch brannten und daß Hunderte von Menschen unter Trümmern begraben seien.

Die Parteipresse zum Protokoll der Gewerkschaftskonferenz.

Sächsische Arbeiterzeitung:

Das Protokoll ist von hoher Bedeutung, von so hoher Bedeutung, daß wir die Frage, ob seine Veröffentlichung durch den Parteivorstand im Widerspruch zum ausdrücklichen Beschluß der Gewerkschaftsvorstände zu billigen ist, ganz zurückgestellt haben müßten. Wie die Situation sich gestaltet hätte, hätten die Verbände selbst getrost ihre Bedenken zurückstellen und die Veröffentlichung selbst vornehmen sollen, denn wenn auch vielerlei Einzelnes in dem Protokoll vorhanden ist, was die Redner nur für den internen Kreis, wo das Wort natürlich weniger abgewogen wird als in öffentlicher Aussprache, bestimmt hatten und was je außerhalb dieses Kreises einermöglichen anders vorgelesen hätten, so ist doch das Wesentliche, was gesagt worden ist, so wichtig und bedeutsam, daß seine Veröffentlichung keinerlei Interessen der Arbeiterbewegung und speziell der Gewerkschaftsbewegung verletzen kann. Es ist ein besonderer Fall, daß derartige, nur für den engsten Kreis gemachte Ausführungen in die Öffentlichkeit gelangen. Der besondere Fall aber eröffnet den Einblick in das innerste Denken und Empfinden der Zentralverbandsleiter, in die Stimmungen und Vermutungen, die bei einem großen Teil von ihnen seit langem herrschen, ohne doch nach außen hin sich deutlich zu betonen und Geltung zu verschaffen. Es ist aber nicht gut, es ist nicht das Zeichen eines gesunden Zustandes, wenn solche Stimmungen und Vermutungen im Verborgenen bleiben. Indem das Protokoll von diesen Stimmungen und Meinungen der Zentralverbandsleiter alien Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern Kenntnis gibt, ist es geeignet, bedeutsam dazu beizutragen, daß Klarheit und Wahrheit in die jetzige Situation der deutschen Arbeiterbewegung gebracht wird. Freilich wird dies nur möglich sein, wenn man allseitig den guten Willen zeigt, die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung zu fördern.

Die Bedeutung, die wir der Konferenz beimessen, würde ihre nicht zutommen, wenn wir den Maßstab an sie anlegen wollten, ob und wiefern sie zur Fortführung oder Vertiefung der allgemeinen Theorie der Arbeiterbewegung etwas beigetragen hat. Wäre dies die Absicht und der Zweck der Konferenz gewesen, so könnte ihr ein reichliches Ergebnis nicht zugesprochen werden. Eine systematische Darstellung der besonderen Aufgaben der Partei einerseits und der besonderen Aufgaben der Gewerkschaften andererseits, sowie der Beziehungen, die zwischen den beiderseitigen Aufgaben bestehen und beide Bewegungen zu einer einheitlichen Arbeiterbewegung mit dem Ziel des Sozialismus verknüpfen, eine solche Darstellung ist nicht irgendwie versucht worden. Soweit aber diese Fragen der theoretischen Grundlegung immerhin gestreift wurden, sind nur recht unzureichende und widerspruchsvolle, zum Teil unklare und bedenkliche Bemerkungen gefallen. Bringmann war es, der auf die Grundursachen der unersöhnlichen Auseinandersetzungen eingehen wollte und theoretische Vertiefung der Gewerkschaftsbewegung forderte, doch er selbst hat zu diesem Zweck in seiner Rede kaum etwas beigetragen. Bringmann geht von einigen Aeußerungen Kautskys aus, die beweisen sollen, daß Kautsky „den Kampf an sich“ als das wesentlichste Moment der Gewerkschaftsbewegung auffasse, während die Gewerkschaften den Kampf nur als „ein Mittel zu dem Zweck, die Lage der Arbeiter zu verbessern“ ansehen. Aus diesen „grundtätlich verschiedenen Auffassungen“ müßten schließlich die Auseinandersetzungen entstehen. Die Gewerkschaftsbewegung gehe nicht in dem Sinne in der Sozialdemokratie auf, wie es Kautsky meine. Die Antipositivität gegen die Gewerkschaftsbürokratie rühre aber daher, daß die Gewerkschaften sehr stark geworden und bedeutende Erfolge erzielt, sich aber nicht im Sinne der Kautsky-Theorie entwickelt hätten. Wie immer aber es um die Aeußerungen Kautskys und die Widersprüche steht, die ihm Bringmann vorwirft — worüber ja Kautsky selbst seine Ansicht äußern wird —, so kann jedenfalls davon keine Rede sein, daß ein tiefgehender Gegensatz zwischen sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaftsbewegung in der Auffassung über die Frage „Kampf an sich“ oder „Kampf als Mittel zum Zweck“ besteht. Ebenjowenig wie die Partei ihren eigenen Kampf als Kampf um seiner selbst willen führt, sondern als Mittel zum Zweck, die Lage der Arbeiter zu verbessern, ebenjowenig müßte sie den Gewerkschaften zu kämpfen ausschließlich um des Kampfes willen, weil dieser Kampf das Proletariat diszipliniere und moralisch hebe. Meinungsverschiedenheit kann nur darüber bestehen, in welchem Maße und in welchem Tempo es innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsweise und unter den besonderen Verhältnissen eines jeden einzelnen Landes möglich ist, durch den Kampf, sowohl den politischen wie den gewerkschaftlichen, die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern. Meinungsverschiedenheit besteht ebenso darüber, wie hoch die Erfolge, die durch den politischen Kampf und durch den gewerkschaftlichen Kampf innerhalb des Kapitalismus zu erreichen sind, eingeschätzt werden sollen. Gemessen an dem Elend der Arbeiter, sind selbst die geringen Erfolge, die in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in sozialpolitischen Einrichtungen erzielt wurden, beträchtlich zu nennen. Gemessen an den Zielen der Arbeiterbewegung freilich sind sie nur als winzige zu bezeichnen.

Aus diesen Meinungsverschiedenheiten entstehen mit Notwendigkeit Diskussionen, aber weder bedingen sie ohne weiteres die peinliche Art und Methode der Polemik, über die Klage geführt wird, noch bedeuten sie eine „grundtätlich verschiedene Auffassung“ zwischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung. Gingen stellt dann Genosse Bringmann seinerseits Behauptungen auf, die, wörtlich genommen, allerdings eine grundtätlich verschiedene Auffassung gegenüber der allgemeinen Parteiauffassung bezeugen. Er sagt: „Wer nämlich auf dem Boden der radikalen Gruppe der Partei stehe, der kann keine gewerkschaftliche Theorie anerkennen, der kennt nur eine Theorie des politischen Kampfes“. Diese Ausführung, die von mehrfacher „Sehr richtig!“ begleitet wurde, erweckt den Schein, als glaube Bringmann an eine gewerkschaftliche Theorie außerhalb der Theorie des Klassenkampfes. Geht hat gegen diese Auffassung mit Recht Widerspruch erhoben. Für den Sozialdemokraten gibt es gewiß eine Theorie der besonderen gewerkschaftlichen Aufgaben, doch diese Theorie würde die eines sozialpolitisch eingetragenen Sozialreformers bleiben, wenn sie nicht die Aufgaben umfaßt, welche die Gewerkschaftsbewegung zur Selbstführung und Begründung einer von der kapitalistischen Ausbeutung freien Gesellschaftsordnung zu lösen hat. Würde Bringmann auf eine gewerkschaftstheorie dieser Art sinnen, so wäre seine Aeußerung ein sehr bedenkliches Symptom der Kurzerwartung, der Absicht, die Gewerkschaftsbewegung in der Verfolgung nächster Gegenwartsaufgaben verlassen zu lassen. Diese Auffassung können wir jedoch dem Genossen Bringmann wiederum nicht beimessen, da er nach jener befremdlichen Aeußerung und im Widerspruch zu ihr schließlich erklärt, daß nach seiner festen Ueberzeugung „über kurz oder lang der scheinbare Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft verschwinden wird“. „Tatsächlich“, fügt er hinzu, „gibt es ja zwischen Partei und Gewerkschaften im besten Sinne des Wortes keine Auseinandersetzungen, sondern es handelt sich nur um Auseinandersetzungen zwischen gewerkschaftlichen und politischen Führern“, und noch mehr: es sei zu zeigen, „daß die Gewerkschaftsbewegung sich ebenfalls in der Richtung bewegt, in der sich die Sozialdemokratie bewegen soll. Dieser erfreuliche Schluß läßt aber nicht vergessen, daß Bringmann eine Reizung zeigt, die gewerkschaftlichen Erfolge sehr stark und die sozialistischen Ziele sehr schwach zu betonen. Wir müßten diese Ausführungen machen, weil wir den Grundgedanken vor jeder Verdunkelung und Abschwächung geschützt sehen wollen, daß die Sozialdemokratie die Gewerkschaftsbewegung nicht unter

anderen als sozialistischen Gesichtspunkten betrachten kann. Die Gewerkschaftsbewegung hat ihre besondere Arbeitsgebiete, das sie in ihrer Weise und mit ihren Mitteln bearbeitet. Auf diesem Gebiete ist sie selbständig und voll berechtigt. Die Gewerkschaftsbewegung hat sich, in Deutschland auch schon aus Gründen der reaktionären Gesetzgebung bezüglich der Frauen und Kinder-jährigen, von Parteipolitik fernzuhalten. Sie würde aber ihre Arbeit nur unzureichend betreiben können, wenn sie nicht das Ziel aller klassenklaren Arbeiterbewegung im Auge hat: die Befreiung der Arbeiterklasse vom Lohnsystem. Gerade dadurch, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht darauf angewiesen ist, lediglich an den nächstliegenden Aufgaben zu arbeiten, sondern daß sie diese Tätigkeit stets unter dem Gesichtspunkt der vollen wirtschaftlichen Befreiung der Arbeiter betrachtet, erreicht sie ihre ganze Bedeutsamkeit und ihre Ebenbürtigkeit mit der politischen Organisation.

Unser Dresdener Parteiorgan kündigt in der Einleitung dieses Artikels an, daß ihm folgen sollen Ausführungen über die Themat: Die Verstimmmungsmomente. Der politische Massenstreik, Die Gleichberechtigung der Gewerkschaften und die Zusammenarbeit in gemeinsamen Fragen.

„Leipziger Volkszeitung“ (Schlußartikel):

Es ist richtig, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses in Sachen des politischen Massenstreiks in einer Reihe von Parteiblättern angegriffen worden ist. Gemeindefreier als sie alle hat Genosse Bömelburg den Beschluß kritisiert, indem er auf der Geheimkonferenz erzählte, er sei kein eigentlicher Veranlasser gewesen, und zwar habe er sich dabei von der Erwägung leiten lassen, daß nach Lage der Dinge eine offizielle Stellungnahme zum politischen Massenstreik nicht zu vermeiden sei, aber daß nicht wieder, im Moment höchster Begeisterung, wie zu Paris im Jahre 1889 — Genosse Bömelburg meint den damaligen Beschluß wegen der Maffei — ein Beschluß gefaßt werden dürfe in einer Frage, die, wenn sie zu anderer Zeit erörtert worden sei, jedenfalls ganz anders entschieden worden wäre. Deshalb hat sich Genosse Bömelburg gefaßt, daß allen Gewerkschaften die Pflicht obliege, dafür zu sorgen, daß in Sachen des Massenstreiks nichts Ähnliches geschehe und kein einseitiger Beschluß gefaßt werde.

Hier haben wir ein besonders schlagendes Beispiel dafür, wie sehr die „Radikalen“ und „Theoretiker“ im Rechte sind, wenn sie sich dagegen wehren, daß die Gewerkschaften die für sie und die Partei notwendige Rücksicht auf die Einheit und Einheitslichkeit der Arbeiterbewegung aus den Augen verlieren. Nach seinem eigenen Geständnis legt Genosse Bömelburg voraus, daß die Partei sich für die Propagierung des Massenstreiks entscheiden werde, und aus Besorgnis vor dieser ihm peinlichen Wahrheitsähnlichkeit beantragte er beim Gewerkschaftskongress einen Beschluß, der die Propagierung des Massenstreiks verbietet. Er wollte dem Parteitag von vornherein einen Schlagbaum über den Weg legen, aus lauter Furcht vor dessen Einseitigkeit, und wirklich erreichte er dadurch auch eine „Zweifelhaftheit“, aber eine solche von der aller-schlüssigsten Art, indem die Beschlässe der Gewerkschaftskongress und des Parteitages nun nach zwei Seiten auseinanderklaffen.

Genosse Bömelburg hat bei diesem eigentümlichen Vorgehen eben vollständig die Rücksicht auf die Einheit und Einheitslichkeit der Arbeiterbewegung aus den Augen gelassen, also genau das getan, was von den „Radikalen“ und den „Theoretikern“ als eine, den Gewerkschaften auf einer gewissen Höhe ihrer Entwicklung drohende Gefahr bekämpft worden ist und selbstverständlich auch weiterhin bekämpft werden wird. Hören wir nun aber weiter! Nachdem er den „zweiseitigen Beschluß“ in Sachen des Massenstreiks herbeigeführt hatte, ist Genosse Bömelburg in einer Leipziger Versammlung gestreift worden, ob der Beschluß von Köln oder der Beschluß von Jena für ihn maßgebend sei. Auf diese Interpellation antwortete Genosse Bömelburg in der Geheimkonferenz nicht mit Ja oder Nein, sondern mit folgendem Ausbruch fäulischer Entrüstung: „Also wir haben uns in der Gewerkschaftsbewegung einfach unterzuordnen, andere bestimmen, und wir haben zu gehorchen.“ Nun hat bisher noch niemand verlangt, daß die Gewerkschaftsbewegung sich der Parteibewegung unterordnen soll, aber aus lauter Angst vor diesem Säuregeheimnis, das nur in seiner Phantasie lebt, verlangt Genosse Bömelburg, daß sich die Parteibewegung der Gewerkschaftsbewegung unterordnen solle. Wenn er als Mitglied eines Gewerkschaftsvorstandes dafür gestreift hat, daß einem von ihm gefürchteten Beschluß des Parteitages ein Schlagbaum vorgelegt wird, so preist er als Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion darauf, wenn der Parteitag nun doch diesen Beschluß faßt.

Wir haben dies Beispiel nicht hervor, weil es der Genosse Bömelburg in der Geheimkonferenz schlimmer als andere getrieben hat, und noch viel weniger trauen wir ihm zu, daß er sich bei seinem tatsächlichen Vorgehen von irgendwelchen hinterhältigen Absichten hat leiten lassen. Jeder Verdacht dieser Art liegt uns um so ferner, als Genosse Bömelburg seine Beweggründe nicht so offen dargelegt haben würde, wenn er nicht in seinem guten Rechte zu sein glaubte. Aber gerade deshalb ist der Fall Bömelburg ein so überaus durchschlagender Beweis dafür, daß sich in den leitenden Kreisen der deutschen Gewerkschaftsbewegung allmählich eine Strömung geltend macht, die objektiv darauf hinausläuft, die Gewerkschafts- und die Parteibewegung zu trennen und deshalb bekämpft werden muß, obgleich oder auch weil sie nicht die Schuld einzelner Personen ist, sondern nach den historischen Bedingungen der Arbeiterbewegung auf einem gewissen Höhepunkte der gewerkschaftlichen Entwicklung einzutreten pflegt.

Deshalb sind wir nicht optimistisch genug, um zu hoffen, daß sich der Genosse Bömelburg und die ähnlich wie er denken, nur der Gespensterfurcht vor den „Radikalen“ und „Theoretikern“ zu entschlagen brauchen, wonach jede Wolfe zerstreut sei. So leicht wird sich die Ausgleichung der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten nicht vollziehen. Aber wir sind noch weiter davon entfernt, der pessimistischen Ansicht zu huldigen, daß jemals eine dauernde Trennung zwischen Gewerkschaft und Partei eintreten könne. Das hieße die deutsche Arbeiterbewegung in einem Maße schädigen, das weder ihre gewerkschaftlichen noch ihre politischen Organisationen ertragen könnten. Einer solchen Trennung fehlen in Deutschland alle historischen Möglichkeiten.

So sicher die endliche Ueberwindung des gegenwärtigen Zwischenzustandes ist, so wird sie nicht so ganz leicht sein, wie wir an unserem Teile hoffen und wünschen möchten. Von formellen Palliativmitteln, wie eine Vertretung der Generalkommission im Parteivorstand und umgekehrt, kann man sich der Natur der Sache nach nie viel versprechen. Zunächst kommt es darauf an, den ärgerlichsten Stein des Anstoßes, den lassenden Zwiespalt zwischen den Beschlässen von Jena und Köln aus dem Wege zu räumen. Unter diesen Umständen ist es schon erfreulich, daß der Parteivorstand den Massenstreik auf die Tagesordnung des Mannheimer Parteitages gesetzt hat. Eine rege Propaganda für diesen Gedanken, der nun einmal unauströthbar in der deutschen Arbeiterklasse lebt, wird ihm auch die Massen der Gewerkschaften geneigt machen, wenn sie es nicht schon sind, wie wir trotz der Februar-konferenz anzunehmen die triftigsten Gründe haben.

„Hamburger Echo“:

Daß der Parteivorstand trotz des Widerspruchs der Generalkommission und der Mehrheit der Gewerkschafts-Zentralverbände die Veröffentlichung veranlaßte, war ein notwendiger Schritt, dessen Wirkung eine gute ist. Und zwar in zwei Richtungen.

Die vor der wörtlichen Veröffentlichung in der Presse und in Versammlungen als Aeußerungen von Teilnehmern an der Konferenz erwähnten Sätze finden sich in dem Protokoll nicht, sind also in dieser Form nicht gefallen. Somit hat die Veröffentlichung

einzelne Gewerkschaftsführer, wie auch die Gesamtheit der Konferenz von einem Odium befreit, das auf ihnen nach den schiefen Darstellungen, die unfontrollierbar in die Öffentlichkeit kamen, haften müßte.

Andererseits läßt sich aber aus dem Protokoll erkennen, daß bei einzelnen Gewerkschaftsführern sich eine Einseitigkeit herausgebildet hat, die bei der Beurteilung des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaften notwendig zu falscher Auffassung führt. Daß dies klarutage getreten ist und daß man also weiß, wo die Remede einzusetzen hat, das ist die zweite gute Folge der Veröffentlichung.

Wir wollen nicht in den Fehler verfallen, einzelne Aeußerungen, einzelne „Kraftausbrüche“ zu zitieren und daraus den Meinungs-ausdruck der Konferenz konstatieren. Wie müßlich es ist, mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten zu operieren, das erfahren nun bestimmte Konferenzteilnehmer selbst, z. B. durch die Konstatierung der „Leipziger Volkszeitung“, welche Verbindung es mit dem als Verweis für ihre Gewerkschaftsfeindlichkeit angeführten Satze hat. Und dieser Konstatierung werden sicherlich noch andere folgen.

Was und viel mehr als einzelne Aeußerungen interessiert, das ist der Geist, der die ganzen Verhandlungen durchweht.

Ein Sozialdemokrat sollte und müßte sich stets vor Augen halten, daß die sozialdemokratische Partei die Repräsentantin der gesamten Arbeiterklasse ist, während naturgemäß die Gewerkschaft bei aller Solidarität doch in erster Linie die Interessen der Arbeiter eines bestimmten Berufes wahrzunehmen hat, und daß auf diesen Zweck ihre Organisation wie ihre Taktik berechnet ist. Es kann der Fall eintreten, daß unter einer Parteiaktion, die eine Notwendigkeit für die Klasse ist, das spezielle Interesse eines Berufes, den die Gewerkschaft vertritt, zu leiden hat. Da ergibt sich dann natürlich ein Konflikt zwischen der Pflicht des Sozialdemokraten und der Pflicht des Gewerkschafters, ein Konflikt, der dem einzelnen, wenn er in führender Stellung ist, sehr schwere Stunden bereiten kann, der aber bei in Fleisch und Blut übergegangener sozialistischer Gesinnung keine Lösung immer zugunsten der Klasse finden wird. Dieser und Fragen solcher Art in der deutschen Arbeiterbewegung praktisch noch nicht hervorgetreten. Aber die Möglichkeit liegt vor, und es ist gerade der politische Massenstreik, der die Gewissensfrage bringen kann. Wenn man mit dem politischen Massenstreik rechnet, wenn man sich die Wahrscheinlichkeiten vor Augen hält, so ist sehr wohl der Fall denkbar, daß die Klasse in ihrer Gesamtheit durch den Vorstoß eine gewaltige Förderung ihrer gemeinsamen Interessen erzielt, daß aber daneben einzelne Berufe und ihre Organisationen, das heißt einzelne Gewerkschaften, im Kampf schwer geschädigt und für längere Zeit für ihre besonderen Interessen gewissermaßen außer Gefecht werden. Demnach ist es wohl verständlich, daß die Gewerkschaftsführer an die Frage des Massenstreiks mit schwerem Herzen herantreten und seine Einreichung in die Kampfmittel des Proletariats nicht eben enthusiastisch begrüßen. Niemand würde überfordert oder gar empört sein, wenn sie ihre sozialen Bedenken vorbringen; die Erörterung würde dazu führen, daß schließlich in aller Ehrlichkeit die besonderen Interessen hinter die allgemeinen Interessen zurückgestellt würden. So sollte es sein.

Leider ist aber dieser Gesichtspunkt auf der Konferenz nicht eingehalten worden. Von Anfang an beherrschte meist die Kleinlichkeit die Debatten. Ueber den springenden Punkt, nämlich über die Frage der Bedeutung des Massenstreiks für die Gewerkschaften, wurde nur so nebenher diskutiert, und auch dann nicht einmal mit förmlich sachlichen Argumenten; dagegen nahm das Klagen über die Partei und deren Stellung einen breiten Raum ein und der unbefangene Leser wird den Eindruck gewinnen, als ob einzelnen Personen aus den Kreisen der Gewerkschaftsbeamten die sozialdemokratische Partei zwar nicht als gegnerische Macht, aber doch als ein Verbündeter erscheine, dessen einzelne Schritte man mit größter Aufmerksamkeit übersehen müsse. Während die von der Parteipresse gelebte Kritik am Kölner Gewerkschaftskongress als ein Uebergreif getadelt wurde, hatte die Mehrheit der Konferenz kein Bedenken gegen das Auftreten der Generalkommission und der Gewerkschaftspresse im „Vorwärts“-Konflikt. Dabei aber betraf der Kölner Beschluß doch eine Angelegenheit, an der die gesamte Arbeiterklasse das allergrößte Interesse hat, während die Entlassung oder der Austritt einiger „Vorwärts“-Redakteure eine häusliche Angelegenheit der sozialdemokratischen Parteiorganisation ist, gerade wie die Befragung der Redaktion des „Korrespondenzblatt“ und der Generalkommission eine interne Angelegenheit der gewerkschaftlichen Organisation ist, die sich mit Recht jede Genehmigung Unberufenen verbieten würde.

Höchst unerwünscht ist auch die Art, wie in dieser Konferenz über einzelne Personen, die man zu Gewerkschaftsgegnern stempelte, abgeurteilt wurde, und zwar einfach auf Grund von Behauptungen, die kurzweg aufgestellt wurden, von denen die Betroffenen ohne die nachträgliche gegen den Willen der Konferenzteilnehmer erfolgte Veröffentlichung nichts erfahren hätten, gegen die sich zu wehren ihnen also keine Möglichkeit gegeben war.

Aber, wie gesagt, die Einseitigkeit in der Auffassung der Arbeiterbewegung ist es, die uns als bedenkliche Erscheinung aus dem Protokoll entgegentritt. Mag man dafür Entschuldigungsgründe in Menge finden können, so hilft das doch nicht darüber hinweg, daß diese Einseitigkeit schädlich wirkt, daß ihr gesteuert werden muß. Durch Beschlüsse allein aber kann das nicht geschehen. Wohl aber können, um ein auf der Konferenz gefallenes Wort zu variieren, die Gewerkschaftsmitglieder erzieherisch wirken, indem sie auch im Gewerkschaftsleben den Sozialdemokraten schärfer betonen, das Interesse der Klasse hervorheben und ihren Vertretern und Beamten deutlich machen, daß von ihnen allerdings pflichtgemäßige Sorgfalt in der Förderung der besonderen gewerkschaftlichen Bestrebungen verlangt wird, daß aber Engbergigkeit bei der Behandlung von großen, allgemeinen Fragen nicht angebracht ist.

„Fränkische Tagespost“ (Rürnberg):

(Nach einer längeren Einleitung, in der gezeigt wird, wie seit je die politischen Führer und Agitatoren für die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsleiter für die Partei gearbeitet haben):

„Und doch gibt es Differenzen zwischen Gewerkschaften und Partei! Man könnte der Vogel-Strauß-Politik geziehen werden, wollte man das Bestehen dieser Differenzen bestreiten. In einem 48 Seiten starken Hefte, das dem „Vorwärts“ in diesen Tagen beigelegt war, soll der atemmäßige Beweis dieser Differenzen niedergelegt sein. Von einer tiefen Erregung wurden breite Arbeitermassen um deswillen erfüllt, hauptsächlich deshalb, weil diese Differenzen ihnen und ihren Kollegen fremd sind, weil sie dieselben nicht fassen, nicht erklären können.“

Analysiert man das ganze große Protokoll der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände, so findet man vor allem ein bedeutungsvolles: Es gibt keine allgemeine Differenz zwischen Partei und Gewerkschaften! Es fehlte durchaus unter den Teilnehmern der Konferenz ein einheitlicher Standpunkt, eine gegen die Partei gerichtete allgemeine Tendenz. Selbst Reichhäuser vom Rudolfsdrucker-Verband bestritt, daß er sich als Sozialdemokrat fühle, daß er die Notwendigkeit der politischen Arbeiterbewegung einsehe; ein anderer Redner meinte, wenn es die Sozialdemokratie nicht gebe, dann müßte sie von den Gewerkschaften geschaffen werden. Zahlreiche Abfindungen in der Stellung zur Partei von der Reichhäuser bis zu denen von Moth (Buchbinder), Geber (Tabakarbeiter) u. a., finden sich da, ja selbst die Anführer so nahebedeuten in der Zentralleitung deselben Verbandes wirkende Genossen wie die Bömelburgs und Papirows decken sich nicht vollkommen. Während die einen erklären, sie könnten nicht für die Maffei in ihrem Gewerkschaftsblatte Propaganda machen, erklären andere sich als begeisterte Anhänger der absoluten Arbeitssache.

Es ist somit ein durchaus vergebliches Hoffen unserer Gegner, wenn sie meinen, daß das Protokoll im Interesse unserer Partei nicht veröffentlicht werden sollte, wenn sie sich Hoffnungen hingeben, daß jemals die deutsche Arbeiterschaft in zwei Teile auseinanderfallen könne, von denen die eine nichts als Gewerkschaftspolitik im Rahmen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung machen werde, während der andere Teil, mit dem man bald fertig werden könne, seine agitatorische und sonstige Wirksamkeit auf die Untergrabung der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung konzentrieren werde.

Der derartige sich vorpiegelnde, ist ein Träumer, der die deutsche Arbeiterbewegung nicht kennt. Die breiten Massen unseres Proletariats wissen, daß sie sowohl der gewerkschaftlichen wie der sozialdemokratischen Waffen benötigen, daß sie nicht auf eine verzichteten können. Nichts beweist dies besser als die Centralversammlungen unserer großen Zentralverbände nach dem allgemeinen Gewerkschaftskongresse zu Köln. Man hat da viel schärfer und sich weit mehr den Beschlüssen des Jenaer Parteitagess näher Stellung zu den Debatten in Köln genommen. Auch die Reise der Arbeiterbewegung des Jahres 1908 beweist, daß die Massen von einer Abwärtsentwicklung des Klassenkampfes nichts wissen wollen. Wer meint, daß das deutsche Proletariat eine Zurückdrängung sozialdemokratischer Zukunftziele zuließe, der kennt die deutsche Arbeiterbewegung überhaupt, die der letzten Jahre ganz besonders nicht.

Wir stehen den Debatten über Partei und Gewerkschaft sehr kühl gegenüber, weil wir keinen Grund zu der vielfach verbreiteten Unruhe und Schwarzseherei erkennen.

Das was aus Anlaß des Protokoll der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände sonst noch zu sagen ist, soll in einem weiteren Artikel erledigt werden.

„Offenbacher Abendblatt“.

Es ist gut, daß das alles einmal von der Feder heruntergeschrieben und zur Kenntnis aller Genossen gekommen ist; wenn die Gegner noch so viel Stupfergeld draus münzen, so können doch wir Erkenntnis gewinnen, die Goldes wert ist.

Nicht eben Gedankenreife, nicht wertvolle theoretische Erkenntnisse sucht man in dem Artikel, wiewohl auch in dieser Beziehung die Gewerkschaftler zeigen, daß sie in 18 Jahren etwas gelernt haben: Man lese das Protokoll vom Kölner Parteitag, besonders Legiens Rede, und vergleiche. Doch immerhin unterlaufen auch jetzt noch Oberflächlichkeiten und schiefe Behauptungen werden aufgestellt, die im Grunde von Gewerkschaftsführern sich wunderbar genug ausnehmen. Was soll man dazu sagen, wenn die bürgerliche „Frankf. Ztg.“ den Leipziger Staatsanwalt Böhm einfach verhöhnt hat wegen der Interpretation, die er dem sozialdemokratischen Begriffe einer Revolution angedeihen läßt, während parteigegenständigliche Gewerkschaftsführer der Böhme'schen Verwässerung sehr nahe kommen?! Und wie stark an Formeln kleben heißt es, wenn mit bekräftigendem Jurist unterstrichen wird, daß Auslands rechtsloses Proletariat erst wohlgeordnete Organisationen hätte schaffen müssen, ehe es den Kampf aufnahm: es klingt, wie wenn dem Frierenden erzählt wird, nur am Feuer könne er sich wärmen, da doch zunächst ihm darum allein zu tun sei, die Mittel zum Feueranzünden zu erlangen! Und wie kann ein Gewerkschaftsredakteur von der Vergebung Deinhardts herabsteigen zu der Platitude, die die Trefflichkeit des Letzteren im ungetrübten Verhältnis zum Einkommen einschätzt, wie kann er eine Redakteurs-„Solidarität“ fordern, die die eigene Erkenntnis selbst in so wichtigen Dingen wie der Reise preisgeben heißt, nur damit die Gewerkschaftsführer geduldet werden! Gefährlicher noch als diese leichtfertigen Behauptungen, die wiederholt schon totgeschlagen wurden, wie z. B. jenes Zitat aus der „Leipz. Volksztg.“... Es bleibt trotzdem noch so manches an diesem Parteiblatte, gegen was Gewerkschaftsführer sich weiden mögen; wir meinen von der Art, wie die neulich von uns wiedergegebene Rede des Redakteurs Seeger, der den Gewerkschaften Gleichberechtigung verweigert.

Doch diese Schiefheiten und Plaudereien sind nicht das Merkmal der geplogenen Aussprüche, sie wirken nur als falsche Töne in einer Eintracht, die die Einheit der Gesamtbewegung preist. Grundton: Partei und Gewerkschaften sind auf einander angewiesen, also sollen sie für und mit einander arbeiten! Nur freilich wird dieser Grundton in einer Weise variiert, die schließlich greulichste Disharmonie hervorbringen könnte; aus dem Zusammenarbeiten wird nämlich an einigen Stellen ein Unterordnen der Partei, die Partei soll die Beschlüsse der Gewerkschaften respektieren. Das hieße, wenn man es wörtlich nimmt, von der Partei fordern, daß sie abdankt. Denn davon, daß ihrerseits auch die Gewerkschaften Parteibeschlüsse respektieren sollen, kein Wort.

Doch man weiß, wie es gemeint ist und Seemann Müller hat das Wort dahin erläutert: Ueber alle größeren Fragen und Aktionen soll rechtzeitig eine Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaften herbeigeführt und es sollen dabei die gewerkschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigt werden. Eine Erklärung, der wir zustimmen und die wir weiter dahin festlegen möchten, daß die Leitung der Partei beträchtlichen Personenzuwachs erhalten und daß dieser Zuwachs den Kreisen leitender Gewerkschaftler entnommen werden soll, wobei zweckmäßig vor der doch wohl vom Parteitag zu vollziehenden Wahl die Vorläufe der beteiligten Kreise einzuziehen wären. Mit diesem Vorschlage ist keineswegs anerkannt, daß bisher die Partei gegen die gewerkschaftlichen Möglichkeiten verstoßen habe, auch nicht durch den Jenaer Beschluß, wie übrigens von mehreren Konferenzrednern ausdrücklich anerkannt wurde. Aber wir versprechen uns von diesem Eintritt erfahrener Gewerkschaftler in die Parteileitung neue Impulse für die Tätigkeit der Partei, woraus für Partei und für Gewerkschaften reicher Segen quellen kann. Trotz der Verbindung mit den Parteisekretariaten im Reich steht heute der Parteivorstand doch wesentlich unter dem Einflusse der Weltstadt mit ihrer leichter in Bewegung zu setzenden Arbeiterschaft; er gerät leicht in Gefahr, die Vorbildungen einer Massenaktion falsch einzuschätzen, ausichtslose Aktionen anzulegen, für aussichtslos die ungünstige Zeit zu wählen oder sie ganz zu verpassen. Wieviel mehr wäre die Einbeziehung gewerkschaftlicher Kräfte zu ständiger Mitarbeit vorzuziehen: sie haben Fühlung bis in die letzte Verästelung der Arbeiterbewegung und sie sind gewöhnt, mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen. Doch auch sie könnten und würden Gewinn davon tragen, wenn ihrem Aufgehen in der reinen Praxis ein Gegengewicht geboten wäre durch feste Orientierung auf die großen Zusammenhänge des gesellschaftlichen Organismus, von denen die Formen des Klassenkampfes nicht minder abhängig sind wie von der Stärke oder der Schwäche gewerkschaftlicher Organisationen. Schließlich wird es durch den engeren Zusammenfluß gelingen, breitere Gewerkschaftskreise für die Partei lebhafter zu interessieren, sie in unsere Parteiversammlungen zu bringen und zu bewußten Sozialdemokraten zu machen.

Endlich: es ist eine Hauptaufgabe der Leitung jeder Massenbewegung, Hemmungen und Reibungen möglichst auszuschalten — der Hemmungen und Reibungen hatten wir aber in den letzten Jahren übergenug. Ein hätte nicht unrecht, als er auf der Konferenz barlegte, gar leicht hätte bei vorausgehender Verständigung die Resolution vom Gewerkschaftskongress so ausgestaltet werden können, daß die ärgsten Reibungen vermieden wurden.

Daß die Partei abhängig von Gewerkschaften gegenüberstehe, mißtrauisch ihr Wachstum verfolge, ist völlig unhaltbar. Auch steht die Partei die Gesamtbewegung nicht in Gefahr, wenn ein Teil der Gewerkschaftsführer vom Klassenkampf vage Vorstellung hat: die Partei weiß zu gut, daß die Praxis schließlich die Erkenntnisfehler korrigieren wird. Wohl ist die Parteipresse berufen, auf die Fehler hinzuweisen, sie hat es auch im allgemeinen würdig getan. Unlameradhaftlicher Ton gegen Gewerkschaftler und haarspaltende Begriffsunterstellungen gab es doch nur vereinzelt. So trifft die Klage über Weisheit der Gewerkschaften in der Form, in der sie erhoben wurde, nicht zu. Und doch muß ihr abgeholfen werden, selbst auf die Gefahr hin, daß was manche die „Reinheit des Prinzipis“ nennen, vorübergehend beeinträchtigt werde. Marx hatte

prinzipiell recht mit seiner Programmkritik, doch Liebsteht war der Weisere, als er theoretische Feinheiten preisgab zugunsten der praktischen Einigung. Aeren wir von ihm!“

Internationaler Arbeiterkongress.

Frankfurt a. M., 15. August.

Dritter Verhandlungstag.

Zur Beratung stehen alle auf die Streikunterstützung bezüglichen Anträge. Dieselben lauten:

Deutschland und Oesterreich beantragen:

Bei größeren Abwehrkreisen und Aussperrungen, von denen mindestens 15 Prozent einer bundesangehörigen Reichs- resp. Landesorganisation betroffen werden, hat der internationale Sekretär einen Aufruf an alle Verbände zur Veranstaltung freiwilliger Sammlungen zu erlassen. Eingehende Gelder sind an den internationalen Sekretär zu senden. Organisationen, die selbst Streiks usw. zu unterstützen haben, sind von der Hilfeleistung an andere Bundesorganisationen befreit.

Das internationale Sekretariat hat alljährlich über seine Einnahmen und Ausgaben Bericht zu erstatten. Die Beiträge der Verbände sind spezialisiert anzugeben.

Frankreich und Belgien beantragen die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Ihr Antrag lautet:

Sofort nach dem Kongress sollen bei Streikfällen obligatorische Beiträge erhoben werden, wenn die Zahl der Streikenden über 15 Prozent des gesamten Mitgliederbestandes beträgt.

Reichsliste-Altenburg erklärt, daß sie sich mit der Frage eingehend beschäftigt haben und zu dem Resultate gekommen sind, daß sie die Errichtung einer internationalen Streikliste ablehnen, solange die in Brüssel gefassten Beschlüsse nicht zur Ausführung gebracht sind. Für diese internationale Kasse fehlt jede Grundlage. Dätte man jene Beschlüsse zur Ausführung gebracht, dann wäre die Grundlage vorhanden. Es fehlt und jede Statistik und Kontrolle.

Willibert-Paris erwidert, daß ein Irrtum in der Auffassung vorliege. Die Franzosen wollten keine Beitragserhöhung; nur die einlaufenden Gelder sollen nach wie vor dem internationalen Sekretär zugesandt werden, der sie den Streikenden der einzelnen Nationen zuerteilt. Er bittet nochmals, nicht aus der Höhe der geleisteten Beiträge auf die Leistungsfähigkeit der Franzosen zu schließen. Mit den Beiträgen, die die französischen lokalen Organisationen leisten, lämen sie sicher auf die Höhe der Deutschen und Oesterreicher. Eine genaue Darstellung dieser Leistungen werde nächstens in einer Broschüre erfolgen.

Reina-Ronza erklärt, daß die Italiener nicht die Gründung eines internationalen Streikfonds beantragen haben; er wünscht nur bessere Ausgestaltung der Streikunterstützung. Er schließt sich vollkommen den Ausführungen Reichsliste an. Doch bittet er, bestimmte Beschlüsse zu fassen, damit der Sekretär eine bestimmte Direktive habe. Jetzt werde die internationale Streikunterstützung viel zu lag gehandhabt. Die Folge sei, daß oft Streiks ins Blaue hinein inszeniert werden. Um dem vorzubeugen, schlägt er vor, daß fortan nicht von 15 Prozent an Streikunterstützung gewährt werde, sondern erst von 25 Prozent an. Außerdem soll die Unterstützung höchstens vier Wochen gewährt werden. Weitere Unterstützung solle nur mit Genehmigung der internationalen Kontrollkommission nach Anhörung der einzelnen Nationalorganisationen gewährt werden.

Rallaiou-Denton unterschreibt alles, was Reichsliste gesagt hat. Seiner Ansicht nach liegen ganz unüberwindliche Schwierigkeiten für die Gründung eines internationalen Streikfonds vor. Er hält es für ausgeschlossen, daß man zu einer Verständigung betr. die Höhe der internationalen Streikbeiträge komme, nachdem man in einzelnen Ländern noch nicht einmal zu einer einheitlichen Regelung der Streikbeiträge gekommen sei. Die Franzosen z. B., die in England arbeiten, können sich noch nicht einmal zum Uebertritt in die englische Hutmacherverorganisation entschließen. Wie es Arbeiter gibt, die auf Kosten anderer ihren Lebensunterhalt bestreiten, so gibt es auch Organisationen, die das gleiche tun. Deshalb müsse man bei Schaffung von internationalen Streikfonds sehr vorsichtig sein. In den Kämpfen mit dem Unternehmertum müßten sich die einzelnen nationalen Organisationen zunächst auf ihre eigene Kraft und Stärke verlassen. Im gegebenen Falle seien natürlich auch die Engländer bereit, ihre internationale Solidarität zu behnden.

Espanet-Paris will keine internationale Streikliste gegründet, sondern nur die Beiträge für Streiks bestimmt festgelegt wissen. Die jetzige Form der Unterstützung sei unzureichend, das könne er auf Grund seiner Erfahrungen bestimmt sagen. Weiter protestiert er gegen die Behauptung Rallaiou's, daß es Organisationen gebe, die auf Kosten anderer leben und leichtfertig Streiks inszenieren. Die internationale Solidaritätserklärung Rallaiou's sei sehr schön; aber es genüge nicht, daß man von Zeit zu Zeit einen Bruderluh austausche; es müsse auch etwas Reales dahinter sein, d. h. es muß auch Geld gegeben werden.

Rödel-Berlin hält die Gründung einer internationalen Streikliste für verfehlt. Der Vorschlag Reinas, einen Extrabeitrag von 5 Centimes bei Streiks zu erheben, sei nicht akzeptabel, da damit zu wenig einkomme. Zunächst müsse darauf gedungen werden, die früheren Beschlüsse durchzuführen und eine statische Grundlage für die Wünsche der Franzosen und Belgier zu schaffen. Vielleicht sei man dann auf dem nächsten Kongress besser in der Lage, über die Frage der Schaffung eines internationalen Streikfonds zu beraten.

Gloffet-Brüssel ist gegen die Erhöhung des Prozentsatzes von 15 auf 25 Prozent. Er sieht die Notwendigkeit einer solchen Erhöhung nicht ein. Frankreich und Belgien würden dann nie in die Lage kommen, Streikunterstützung zu bekommen.

Ricolas-Wäbenweil ist dafür, daß wenigstens für die kleinen Organisationen ein bestimmter Beitrag festgesetzt wird. Mit den Solidaritätserklärungen ist den kleineren Verbänden wenig geholfen.

In der Nachmittags Sitzung wird die Beratung der Anträge fortgesetzt. Oesterreich hat nachträglich noch den Antrag gestellt:

Bei größeren Abwehrkreisen oder Aussperrungen, von denen mindestens 25 Prozent der Mitgliedschaft einer Bundesorganisation betroffen sind, hat das internationale Bureau (Sekretariat und Kommission) alle bundesangehörigen Nationen sofort davon zu verständigen und zur Hilfeleistung aufzufordern. In ganz besonderen Fällen, in denen es sich nachweisbar um Sein oder Nichtsein der Organisation handelt, kann das internationale Bureau unter detaillierter Begründung des Beschlusses einen obligatorischen, pro Mitglied und Woche zu berechnenden Beitrag ausstatten.

Verbände, die selbst Streiks zu unterstützen haben, sind in solchen Fällen von der Verpflichtung zur Beitragsleistung befreit. Settrajal-Wien meint, der Streit drehe sich wohl mehr um die Frage, ob die Streikunterstützung obligatorisch oder fakultativ eingeführt werden solle. Er halte die obligatorische Einführung zurzeit nicht für durchführbar. Wir können den kleinen Verbänden nur die sichere Hilfe bei Streiks in Aussicht stellen, und das geschieht durch unseren Antrag. Er bittet, alle anderen Anträge abzulehnen und den österreichischen Antrag anzunehmen.

Bordet-Lyon erklärt, sich dem italienischen Antrag anschließen zu wollen. Am liebsten würden sie noch weiter gehen und einen internationalen Streikfonds schaffen. Der kleine Beitrag, den Reina zunächst festgesetzt wissen will, sollte die Deutschen nicht abhalten, dafür zu stimmen, da man später die Beitragsleistung zu erhöhen könne. Dagegen ist er nicht für Erhöhung der Streikbeteiligung von 15 auf 25 Prozent für die Gewährung der Unterstützung.

Ein Antrag Müller-Köln auf Schluß der Debatte wird gegen die Stimmen der Franzosen und Belgier angenommen.

Es kommt nun zur Abstimmung über die Anträge.

Bodrahali erklärt namens der Oesterreicher, daß sie ihren Antrag zugunsten des italienischen zurückziehen.

Zum Antrag der Italiener liegt noch ein Amendement der Franzosen und Belgier vor: den Prozentsatz von 15 nach dem Beschluß in Brüssel aufrecht zu erhalten. Der Antrag Reina lautet:

Unter Bezugnahme auf die in Brüssel gefassten Beschlüsse ist Streikunterstützung dann zu gewähren, wenn ein nationaler Verband vom Unternehmertum zu einem Streik provoziert wird oder wenn mindestens 25 Prozent der Verbandsmitglieder ausgesperrt sind. In diesem Falle hat der Verband das Recht, sich um Hilfe an das internationale Sekretariat zu wenden. Das Sekretariat erhebt in diesem Falle nach der Mitgliederzahl pro Mitglied und Woche 5 Centimes. Das Geld ist direkt an die kämpfende Organisation zu schicken. Die internationale Kommission ist verpflichtet, vor Ausschreiben solcher Beiträge die Unterlagen zu dem Streik zu prüfen. Die Streikunterstützung ist auf die Dauer von vier Wochen zu gewähren, aber erst nach vierzehntägiger Streikdauer. Längere Streikunterstützung bedarf der Zustimmung der internationalen Kommission und der nationalen Bundesverbände.

In namentlicher Abstimmung wird zunächst das Amendement der Franzosen und Belgier mit fünf gegen vier Stimmen bei einer Stimmenthaltung (Rumänien) angenommen. Darauf wird der Antrag der Italiener mit sieben gegen zwei Stimmen bei einer Stimmenthaltung (Rumänien) angenommen. Damit ist der Antrag der Deutschen abgelehnt.

Es kommen nun einige Anträge betr. die Reiseunterstützung zur Beratung. Rallaiou erklärt hierzu, daß sie der Einführung einer obligatorischen Reiseunterstützung nicht sympatisch gegenüberstehen, weil sich dieselbe in England nicht bewährt habe. Wenn aber ein fremder Hutmacher nach England komme und sich in Not befinde, werde er jederzeit unterstützt werden.

Reina-Ronza erklärt, daß auch sie der Sache keine Bedeutung beilegen. Sie seien auch nicht für die Schaffung einer obligatorischen Reiseunterstützung, wie die Franzosen; nur sollte beschlossen werden, daß nur die Mitglieder des internationalen Verbandes Reiseunterstützung bekommen.

Bordet-Lyon begründet die Notwendigkeit einer obligatorischen Reiseunterstützung, allerdings unter der Bedingung, daß nur Mitglieder des internationalen Verbandes die Unterstützung bekommen.

Ronzer-Bukarest hält die Debatte darüber für überflüssig, da doch schon der internationale Kongress in Brüssel einen dahingehenden Beschluß gefaßt habe.

Reichsliste-Altenburg bittet, doch kurzerhand den Vorschlag Reinas anzunehmen. Das genüge, da sich schon zweimal internationale Kongresse mit der Sache befaßt hätten. Schließlich komme es ja immer darauf an, wie dieser Beschluß ausgeführt werde.

Der Vorschlag Reinas wird hierauf mit einem Amendement der Oesterreicher per Affirmation einstimmig angenommen.

Es entsteht nunmehr eine längere Debatte über die Bestimmung des Sitzes des internationalen Sekretariats. Hierzu haben die deutschen Delegierten folgenden Antrag gestellt:

Kann der französische Verband keine genügenden Garantien bieten für die Ausführung der (früheren) Kongressbeschlüsse, so ist der Sitz des internationalen Sekretariats nach einem anderen Lande zu verlegen.

Reichsliste sagt, die schlimmen Erfahrungen, die man nicht nur nach Brüssel, sondern schon seit 1898 mit dem internationalen Sekretariat gemacht, hätten sie zur Stellung dieses Antrages veranlaßt. Nur wenn die Franzosen bindende Erklärungen abgeben, daß sie für die Zukunft die Garantie für die bessere Ausführung der Beschlüsse und der Geschäfte des internationalen Sekretariats übernehmen, könnten sie sich dazu verstehen, daß das Sekretariat in Paris bleibt.

Bordet-Lyon erklärt, daß man in Frankreich beschlossene habe, den Unzuständen dadurch abzuhelfen, daß man das nationale mit dem internationalen Bureau vereine und den nationalen Sekretär mit zur Erledigung der Arbeiten heranziehen wolle. Für die strenge Durchführung der Beschlüsse würden sie die volle Garantie übernehmen.

Reina-Ronza bedauert, nicht den Ausführungen der Franzosen zustimmen zu können. Die internationale Pflicht gehe über die nationale Bequemlichkeit. Aus diesem Grunde sei er für den Antrag der Deutschen. Die Aufgabe des internationalen Sekretärs bestehe nicht bloß darin, die Beschlüsse auszuführen, sondern auch neue Aufgaben zu erledigen. Deshalb sei es ganz gut, von Zeit zu Zeit den Sitz des Sekretariats zu verlegen.

Bodrahali-Wien sagt, nicht bloß die Nichtausführung der Beschlüsse, sondern auch die Differenzen, die in Frankreich herrschten und die lähmend auf die Tätigkeit des internationalen Sekretariats wirken, veranlasse sie, für den Antrag der Deutschen zu stimmen. Er beantragt, das Sekretariat nach Altenburg zu verlegen und Reichsliste mit der Ausführung der Geschäfte des internationalen Sekretariats zu betrauen.

Bordet-Lyon wendet sich nochmals gegen die Verlegung des Sekretariats. Was von Reina und anderen für die Verlegung gesagt worden sei, sei nicht durchschlagend. Er versichere nochmals, daß sie die Geschäfte des Sekretariats in gewissenhafter Weise ausführen werden.

Der Kongress beschließt hierauf, prinzipiell alle 6 Jahre das internationale Sekretariat zu verlegen. Der Antrag der Oesterreicher, das Sekretariat nach Altenburg zu verlegen, wird in namentlicher Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen. Die Deutschen hatten sich der Stimmung angeschlossen.

Schluß der Sitzung.

Die bayerische Offizierspieleraffäre vor Gericht.

Die Spielhölle in Dieze.

Landau, 17. August. (Telegraphischer Bericht.)

Die alte Festungsstadt Landau, die Metropole des pfälzischen Weinhandels, bildet heute den Schauplatz der ersten jener Gerichtsverhandlungen, die im Anschluß an die jüngst durch die deutsche Presse gegangenen Enthüllungen über das Leben und Treiben einer ganzen Anzahl Angehöriger der ersten Kreise Bayerns in München und anderen Städten noch werden verhandelt werden. Die Ursache, aus der heraus die Öffentlichkeit dazu gelangte, sich mit diesen bayerischen „Harmlosenklub“ einmal näher zu beschäftigen, bildete bekanntlich ein in Florenz unternommener Selbstmordversuch des Reichsrats Grafen Freyhing, der, ein leidenschaftlicher Spieler und ein Freund starker geistiger Getränke, sich in italienische industrielle Engagements eingelassen hatte, um seine finanziellen Verhältnisse zu rangieren. Das gelang ihm aber nicht, und die harten Vorwürfe seiner Verwandten ließen ihn dann zum Revolver greifen. Die im Anschluß an diesen Selbstmordversuch angestellten Ermittlungen ergaben, daß Graf Freyhing von dem im 8. Chevaux-leger-Regiment in Dieze stehenden Leutnant Kurt Wähe veranlaßt worden war, sich an einem Quecksilberbergwerk in Toskana zu beteiligen. Der Stein rollte dann weiter. In München gelangten die Schiedungen des Rittmeisters Freiherrn von Horn zur Kenntnis der Öffentlichkeit und die von Landau aus in Dieze betriebene Untersuchung förderte das Bestehen einer förmlichen Spielhölle zutage. Dieze ist ein kleines, etwa 6000 Einwohner zählendes Garnisonsstädtchen an der französischen Grenze, nahe bei Avricourt. Ähnlich wie in Forbach haben anscheinend auch in Dieze die Offiziere ihre freie Zeit beim Hazardspiel zugebracht. Die Folge war natürlich, daß viele junge Offiziere finanziell ruiniert wurden, so auch Kurt Wähe, der dann zu ungesetzlichen Mitteln seine Zuflucht nahm. Unter der Vorgespielung, er habe einen reichen Onkel, der alles begahen werde, machte er Spielschulden auf Spielschulden und gewann auch einige Kameraden, die Bürgschaft für ihn leisteten.

Wegen dieser und anderer unlauterer Mauther hat sich nun heute Leutnant Kurt Wähe vor dem Kriegsgericht der 3. Division

zu verantworten. Die zuerst gegen ihn erhobene Anklage wegen Fälschung von Wechseln und des Textes von Wechselkunden mußte mangels genügender Beweise niedergelassen werden. Dagegen wurde die Anklage erhoben wegen Betruges, der in der betragswidrigen Erhöhung der Wechselsummen bei in Blanko akzeptierten Wechseln, also im sogenannten Blankettmißbrauch erblickt wird. Die zuerst gegebene Annahme, daß

Herzog Ludwig,
ein Sohn des bekannten Augenarztes Herzog Karl Theodor in Bayern, in die Affäre Miße verwickelt sei, hat die Untersuchung nicht befähigt. Miße, über dessen Vermögen der Konkurs verhängt worden ist, wurde in Untersuchungshaft genommen, in der er sich noch befindet. Zu seinem finanziellen Dobbache mag auch viel ein Liebesverhältnis mit dem Mitglied eines Münchener Ueberbretts beigetragen haben.

Der ursprünglich als Verteidiger Mißes fungierende Rechtsanwalt Damm in München mußte dieser Tage zurücktreten, da ihm einerseits für den Bezirk des Kriegsgerichts der 3. Division die antwortliche Zulassung schied und er andererseits als ein wichtiger Zeuge in der ganzen Angelegenheit figuriert. Dem Angeklagten wurde darauf in dem Rechtsanwalt Gaud-Landau ein neuer Verteidiger gestellt. Miße ist der Typ des „schneidenden“ Leutenants. Die Figur ist die eines degenerierten Lebemanns. Als militärischer Verteidiger ist Oberleutnant Reuth anwesend. Geladen sind acht Zeugen, darunter die Schwester des Angeklagten und Herzog Ludwig von Bayern, der Sohn des Herzogs Karl Theodor von Bayern. Der Zuschauerraum ist überfüllt.

Bernehmung des Angeklagten Miße.
Miße, der am 1. Dezember 1888 in München als Sohn eines Lazarettinspektors geboren ist, war zuerst Fahnenjunker beim dritten Bataillon des Leibregiments und wurde dann Fähnrich. Seit dem 1. März 1905 ist er Leutnant beim 3. Gebau-Regiment in Dieuze. Die Anklage wirft ihm vor:

1. Unter der Vorspiegelung einer falschen Tatsache den Herzog Ludwig bezogen zu haben, ihm für ein Darlehen von 30.000 bis 35.000 M. Bürgschaft zu leisten.
2. Im Mai d. J. erneut unter Vorspiegelung einer falschen Tatsache vom Herzog Ludwig Bürgschaftsleistung für die Summe von 60.000 M. zu erlangen versucht zu haben.
3. Falsche dienstliche Meldungen gemacht zu haben.

Vom Verhandlungsführer aufgefordert, sich allgemein zur Anklage zu äußern, erklärt Miße, daß er nicht die Absicht gehabt habe, das Vermögen des Herzogs Ludwig zu schädigen, sondern daß er sich seiner Schuld bewußt sei. Die Tatsachen, die zur Anklage stehen, leugnet er nicht, bestreitet aber, bewußt die Unwahrheit gesagt zu haben. — Verhandlungsführer Kriegsgerichtsrat Menschel erörtert die mangelhaften Vermögensverhältnisse des Angeklagten. Der Angeklagte ist infolge seines störrischen Lebens in eine schlechte finanzielle Lage geraten und brandete, wie er sich selbst ausdrückte, um seine Schulden zu tilgen, eine geringere Summe, etwa 20.000 M., die er durch Wechsel aufnehmen wollte. — Verhandlungsführer: Das ist doch aber keine geringe Summe mehr. Hatten Sie irgend einen besonderen Anlaß, daß Sie Geld brauchten und welcher war es? — Der Angeklagte verweigert darauf die Aussage. — Verhandlungsführer: Also Sie wollten nur stotter leben. — Angekl.: Ja wohl. Der Angeklagte erzählt dann, daß ihm schließlich die Verhältnisse über den Kopf gewachsen seien und er vollständig die Kontrolle verloren

hatte. Er gab Wechsel einfach in Blanko aus und die Geldagenten füllten dann die Summe aus. Der Angeklagte erklärt dann weiter, daß er gehofft habe, seine Eltern und Verwandten würden ihm ausbilden. Er habe einen reichen Onkel gehabt, der ihm immer versprochen habe, zu helfen. Außerdem hatte er die Absicht, sich zu verheiraten. — Verhandlungsführer: Das kommt in zweiter Linie. Hat sich Herzog Ludwig Ihnen gegenüber sofort bereit erklärt, das Geld zu geben? — Angekl.: Ich habe Se. Königl. Hoheit meine Vermögensverhältnisse geschildert. Er sagte darauf, wenn sich niemand anderes finde, werde er mir helfen und mich nicht fallen lassen. — Verhandlungsführer: Se. Königl. Hoheit hat aber nicht allein aus kameradschaftlichem Gefühl so gehandelt, sondern hat sich bestimmt auf Ihre Angaben verlassen, daß Ihre Verwandten in guten Verhältnissen leben und auch zahlen würden. Sie haben doch Se. Königl. Hoheit bestimmt versichert, daß Sie das Geld zurückzahlen würden. — Angekl.: Se. Königl. Hoheit hat die Sache sehr leicht genommen und gesagt, er fürchte gar nichts. — Verhandlungsführer: Na, na! Was haben Sie nun als Sicherheit für die Forderungen angegeben? — Angekl.: Ich habe gesagt, daß ich

eine reiche Dame heiraten
würde, und wiederholt mitgeteilt, daß meine Eltern mir helfen würden. — Verhandlungsführer: Ihre Eltern sind aber gar nicht vermögend. Denn Sie sollten bei der Kavallerie dienen, da aber die Mittel nicht langten, traten Sie beim Gebau-Regiment ein. Der Verhandlungsführer richtet dann an den Angeklagten die Frage, ob er wirklich die Absicht gehabt habe, die Dame, deren Namen in der Verhandlung nicht genannt werden soll, zu heiraten. — Der Angeklagte bejaht die Frage und erklärt, daß er

das Vermögen der Dame auf 500.000 M.
geschätzt habe. — Verhandlungsführer: Weshalb wurde denn nun nichts aus der Heirat? — Angekl.: Ich erfuhr, daß das Vermögen doch nicht so groß

sei, wie ich annahm, außerdem war ich durch die fortwährenden Geldangelegenheiten und das Verfahren des Ehrenrats gegen mich so in Anspruch genommen, daß ich mich

der Dame nicht genügend widmen
konnte und so lockerte sich das Verhältnis. — Verhandlungsführer: Sie haben aber bei dem zweiten Betrugsversuch noch

seine Heirat als Sicherheit
angegeben. — Angekl.: Ich beabsichtigte, mich neu zu verheiraten. — Es werden sodann die Vermögensverhältnisse des reichen Onkels des Angeklagten erörtert. Der Verhandlungsführer hält dem Angeklagten vor, daß die Erbschaft, die auf ihn einmal nach dem Tode des Onkels entfällt, eine ziemlich kleine Summe sein wird, da sie in 28 Teile geht. Der Angeklagte erklärt, daß er den Onkel für einen mehrfachen Millionär hielt und daß dieser sich ihm gegenüber immer verpflichtet, für seine eventuellen Schulden aufzukommen. — Verhandlungsführer: Ihr Onkel hat in der Voruntersuchung energisch bestritten, Ihnen jemals ein solches Versprechen gegeben zu haben. — Es kommt dann zur Sprache, daß der Angeklagte hinter dem Rücken seines Onkels von seiner Tante mehrmals größere Summen bis zum Betrage von 10.000 M. erhalten hat.

Sodann werden die Geldgeschäfte des Angeklagten mit den Geldagenten verhandelt. Miße hat, nachdem Herzog Ludwig die Bürgschaft geleistet hatte, 40.000 Mark bei einem Geldagenten in München aufgenommen. — Verhandlungsführer: Wieviel haben Sie in Wirklichkeit von dem Geldagenten erhalten? — Angekl.: Etwa 31.000 Mark, davon habe ich dem Leutnant Vogel etwa 5.000 Mark abgetreten. — Der Angeklagte erzählt dann, daß sein Onkel bereits 80 Jahre und seine kranke Tante 79 Jahre alt sei und daß er deshalb

auf eine baldige Erbschaft rechnen
konnte. — Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Ott bemerkt demgegenüber, daß der Onkel ein sehr rüstiger Mann sei und noch ganz gut 10—15 Jahre leben könnte. — Der Angeklagte geriet wenige Wochen nachdem er die 31.000 Mark bekommen hatte, abermals in große Geldschwierigkeiten. Er wandte sich deshalb abermals an Herzog Ludwig in einem Briefe, in dem es hieß: „Ich habe ein neues Anliegen; aber ich kann Ihnen die erforderliche Mitteilung machen, daß die andere Angelegenheit für Sie erledigt ist.“ Die Anklage sieht hierin einen Betrugsversuch, da die andere Angelegenheit d. h. die 40.000 M. noch nicht bezahlt waren. Der Verhandlungsführer hält dem Angeklagten vor, daß die Behauptung, die andere Angelegenheit sei erledigt, doch eine falsche Vorspiegelung sei, worauf der Angeklagte erwidert, er habe dafür keine bestimmte Erklärung, die 40.000 Mark-Angelegenheit habe er aber mit der genannten Stelle im Briefe nicht gemeint. — Der Angeklagte fand dann Aufnahme in einem Münchener Krankenhaus. Da der erste Schuldschein in Höhe von 40.000 M., für den Herzog Ludwig Bürgschaft geleistet hatte, nicht eingelöst wurde, kam die ganze Angelegenheit

zur Kenntnis des Herzogs Karl Theodor
von Bayern, der seinerseits den Reichsrat v. Auer in das Münchener Krankenhaus zum Leutnant Miße schickte, um sich wegen der Beteiligung seines Sohnes an der Geldaffäre zu erkundigen. Am Tage vorher war aber bereits Prinz Ludwig bei Miße im Krankenhaus gewesen und hatte ihn gebeten, nichts zu verraten. Als deshalb Reichsrat v. Auer im Krankenhaus vorsprach, erklärte Miße, daß Herzog Ludwig an der ganzen Sache nicht beteiligt sei. Da der Angeklagte dem Herzog Ludwig versichert hatte, daß die 40.000 M.-Angelegenheit erledigt sei und er von dem Herzog eine neue Sicherheitsleistung von 60.000 M. verlangte, so wäre, wie der Verhandlungsführer dem Angeklagten vorhält, wenn die zweite Bürgschaft zu hande gekommen sein würde,

Herzog Ludwig um 100.000 M. geschädigt
worden. Es wird sodann der dritte Punkt der Anklage erörtert, der sich auf **falsche dienstliche Meldungen** bezieht. Die falsche Meldung soll dadurch geschehen sein, daß der Angeklagte vor dem Ehrenrat über die Höhe der Schulden falsche Angaben gemacht hatte. Der Angeklagte erklärte, daß er das nicht als falsche dienstliche Meldung angesehen habe. Damit ist die Bernehmung des Angeklagten beendet und es beginnt die Zeugenernehmung. Zeuge Mittmeister G. v. Kürnberg, der Vorsitzende des gegen den Angeklagten eingeleiteten Ehrenverfahrens war, erklärt, daß Miße vor dem Ehrenrat ausgesagt habe, er werde für alle Verbindlichkeiten aufkommen. Unter großer Spannung wird sodann

Herzog Ludwig Wilhelm von Bayern als Zeuge
aufgerufen. Zeuge Herzog Ludwig Wilhelm hat zweimal für Leutnant Miße Bürgschaft geleistet und sagt darüber aus: Im zweiten Drittel des Monats März 1906 kam Leutnant Miße zu mir und bat mich, einen Schuldschein über 35.000 M. zu unterschreiben. Ich weigerte mich anfangs, aber Miße sagte dann, ich würde keine Unannehmlichkeiten haben und auch nicht zur Zahlung herangezogen werden.

Als Sicherheit gab er mir an: 1. daß sein Vater sehr vermögend sei, 2. daß sein Onkel sehr reich sei und er eine reiche Erbschaft antreten würde, und 3. daß er vor einer reichen Heirat stünde. Einen Wechsel hätte ich nicht unterschrieben, weil ich mit Wechseln nicht zu tun haben will. Miße sagte mir, ich würde höchstens einen Schuldschein ausstellen; das habe ich denn auch getan. Herzog Ludwig erzählt dann weiter die Ergebnisse in ähnlicher Weise, wie es der Angeklagte getan hat. — Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Ott richtet an den Herzog die Frage, ob er den Schuldschein auch unterschrieben hätte, wenn der Angeklagte nicht die Angaben von seinem reichen Verwandten gemacht hätte. Der Herzog erwidert, er habe natürlich nur Bürgschaft geleistet unter der Bedingung, daß er niemals wegen dieser Angelegenheit irgend welche Unannehmlichkeiten haben würde.

Zeuge Leutnant Vogel-Ingolstadt bestätigt, daß der Angeklagte mit seinen reichen Verwandten prunkte, und daß er die Absicht hatte, eine vermögende Dame in München zu heiraten. Ob das Heiratsprojekt sich bereits zerlegt habe, als Miße den Herzog um die Bürgschaft anging, konnte er nicht sagen. — Zeuge Rechts-

anwalt Damm-München wurde von dem Angeklagten mit der Rangierung der Vermögensverhältnisse betraut. Er führt aus, daß die Bürgschaft des Herzogs nicht auf eine bestimmte Summe lautete, sondern allgemein in blanco gegeben war. Ueber die Vermögensverhältnisse des Onkels des Angeklagten sagt Zeuge, daß auf die Familie des Angeklagten etwa 2 bis 300.000 M. entfallen werden. Außerdem hat der Vater des Angeklagten auf dem Bureau des Zeugen schriftlich niedergelegt, daß die Familie Miße auf die Erbschaft des alten Onkels zu Gunsten des geschiedenen Herzogs Ludwig Verzicht leisten wolle. Zeuge machte dem Angeklagten auch darauf aufmerksam, daß eventuell ein strafrechtliches Verfahren gegen ihn eingeleitet werden könne. Der Angeklagte sagte aber immer, daß er sich seiner Schuld bewußt sei und nicht die Absicht gehabt habe, jemand zu betrügen. Der alte Onkel des Angeklagten sei übrigens ein Weizhals, von dem, so lange er lebe, nichts zu bekommen wäre. — Zeuge Konkursverwalter Baummeister-Dieuze hat die Konkursmasse des Angeklagten verwaltet. Zum ersten Termin waren 121.000 Mark angemeldet, er habe noch einen zweiten Termin angelegt, der Angeklagte habe aber sämtliche Forderungen bestritten. Es wären Wechsel dabei, für die er gar nicht aufzukommen hätte.

Darauf tritt die Mittagspause ein. In der Nachmittags Sitzung werden zunächst die Verwandten des Angeklagten als Zeugen vernommen. Darauf wird die Beweisaufnahme geschlossen. Es erhält das Wort der

Vertreter der Anklage
Kriegsgerichtsrat Ott: Es handelt sich hier um einen einfachen Betrugsfall, wie er alle Tage die deutschen Gerichte beschäftigt, und die öffentliche Meinung wird nicht auf ihre Rechnung kommen. Trotzdem muß ich erwähnen, daß von einer Seite, die leicht zu erraten ist, versucht worden ist, den Gerichtshof mit unlauteren Mitteln zu beeinflussen. Es sind nämlich parteiische Zeitungsberichte ausgeschnitten und aufgelegt dem Gericht zugesandt worden. Bei der großen Macht, die die Presse hat, halte ich mich für verpflichtet, zu erklären, daß nur das, was in der heutigen Hauptverhandlung zur Sprache gekommen ist, Gegenstand der Beweisaufnahme sein kann.

Zum Schluß beantragt der Anklagevertreter, den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren 4 Monaten zu verurteilen.

Der Verteidiger
Rechtsanwalt Gaud bemerkt einleitend, daß die in Münchener Blättern angelegten Versuche, den Angeklagten zu entlasten, so plump seien, daß wohl kein vernünftiger Mensch annehmen könne, daß sie auf den Angeklagten zurückzuführen seien. In längeren Ausführungen sucht sodann der Verteidiger nachzuweisen, daß von einem Betrüge keine Rede sein könne, da er mit Sicherheit auf die Erbschaft rechnete. Der Verteidiger beantragt schließlich die Freisprechung seines Klienten.

Darauf zieht sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Während der Beratung zündet sich der Angeklagte im Sitzungssaale eine Zigarette an.

Das Urteil.
Nach halbstündiger Beratung verkündet der Verhandlungsführer, Kriegsgerichtsrat Menschel, folgendes Urteil: Der Angeklagte wird vom Vergessen des verübten Betruges freigesprochen, dagegen wegen Betruges und wegen Verletzung der Sorgfalt zu einer Gefängnisstrafe von fünfzehn Tagen und zur Dienstentlassung verurteilt.

Bei der Strafmessung wurde davon ausgegangen, daß der Angeklagte noch sehr jung und unerfahren ist, und daß er in ganz außerordentlich leichtsinniger Weise gewirtschaftet habe. Die Jugend und Unerfahrenheit des Angeklagten müsse als strafmildernd angesehen werden, als strafschärfend läme aber die Höhe der Summe in Betracht. Eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen erschien wegen des Betruges für angemessen, wegen Verletzung der Sorgfalt wurde auf drei Tage Stubenarrest erkannt. Die Strafe wurde auf 16 Tage Gefängnis zusammengezogen. Da außerdem bei Verurteilung wegen Betruges Degradation zulässig sei, wurde auf Dienstentlassung erkannt. Die Untersuchungshaft wurde nicht angerechnet.

Witterungsübersicht vom 17. August 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in °C	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in °C
Swinemünde	758	W	2 mäßig	18	18	Osaramba	757	W	2 mäßig	16	16
Hamburg	758	SW	3 halb st.	15	15	Petersburg	763	SO	1 mäßig	18	18
Berlin	759	W	1 mäßig	17	17	Sibirien	762	W	4 heftig	14	14
Frankfurt a. M.	761	SW	3 bedekt	14	14	Adelby	763	W	1 mäßig	12	12
München	762	W	4 bedekt	15	15	Paris	763	SW	2 bedekt	13	13
Wien	763	W	3 Regen	17	17						

Wetterprognose für Sonnabend, den 18. August 1906.
Etwas kühler, vorwiegend trübe mit Regenschauern und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 18. August. Elbe bei Wulffig — 0,29 Meter, bei Dresden — 1,75 Meter, bei Regensburg — 0,89 Meter. — Uckeritz bei Strausfurt — 1,25 Meter. — Oder bei Rathbor — 0,94 Meter, bei Breslau Oberpegel — 4,84 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,54 Meter, bei Frankfurt — 0,84 Meter. — Rheingel bei Draheimünde — 2,46 Meter. — Warthe bei Gosen — 0,00 Meter.

Heute
Schluss
JANDORF'S
Woche 90 Woche
Extra-Verkauf von ausserordentlich billigen Artikeln in allen Abteilungen
Soweit Vorrat. — Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt. — Die Ausgabe der Rabatmarken bleibt bestehen.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
IV. Berliner Reichstagswahlkreis
Nachruf!
Am Donnerstag, den 9. August
1906, fand unser Genosse, der
Arbeiter
Hermann Hennig
im Fronten des Kapitalismus
bei der Explosion der Eisenmann-
schen Spreitfabrik seinen jähen Tod.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am
15. August auf dem Karlsruh-
Kirchhof in Wilmersberg statt.
202/10
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 15. d. Mts. verstarb unser
Mitglied, der Tischler
Max Schulz
Gleimstraße 9.
Am 14. d. Mts. verstarb unser
Mitglied, der Schankwirt
Heinrich Klein
Gaussestraße 48.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung des Genossen
Schulz findet am Sonntag, nach-
mittags 4 Uhr von der Halle des
Friedenskirchhofes in Nordend,
die Beerdigung des Genossen
Klein findet gleichfalls Sonntag-
nachmittags 4 Uhr von der Halle
des Gnadenkirchhofes, Barchu-
straße, aus statt. 202/10
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Töpfer
Deutschlands.
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß die Beerdigung des Kollegen
Max Schulz
nicht, wie in der gestrigen Annonce
stand, am Sonntag, den 19. Aug.,
nachm. 3 Uhr, vom Kranken-
haus Friedrichshain, sondern
nachmittags 4 Uhr von der
Leichenhalle des Kirchhofes der
Leichengemeinde in Nieder-
Schönhausen-Nordend aus statt-
findet.
Um rege Beteiligung ersucht
nochmals
201/10
Der Vorstand.

Am 15. d. Mts., nachmittags
1 1/2 Uhr, verstarb nach kurzem
Leiden mein innigstgeliebter Mann,
unser Vater, der Vergolder
Reinhold Pott
im 48. Lebensjahre.
Dies zeigen hierdurch an
Josephine Pott
und Kinder.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 19. August, nach-
mittags 4 Uhr, vom Trauerhause,
Dunderstr. 8, aus nach dem
Gethsemane-Kirchhof, Nordend,
statt. 201/22

Zentral-Kranken- und Sterbe-
Kasse der Tischler
u. anderer gewerblicher Arbeiter.
Verwaltung Berlin D.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied,
früherer Revisor u. Beirathsmann
Karl Winterscheidt
gestorben ist.
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, nachmittags 5 Uhr, vom
Krankenhaus Noabit, Birken-
straße, aus nach dem neuen Jo-
hannes-Friedhof in Ploegensee statt.
Um recht rege Beteiligung der
Mitglieder ersucht
184/16 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der
Steinarbeiter.
Berlin I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Steinmetz
Karl Winterscheidt
am 15. August verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, den 19. August, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Noabiter Krankenhauses
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
180/1 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und guten Vaters
sagen wir allen Verwandten, Freun-
den und Bekannten, insbesondere dem
Herrn Edel, dem Herrn Obermeister
und allen Herrn Kollegen von der
Firma Lüben u. Busch unseren herz-
lichsten Dank.
Johanna Symmank
nebst Sohn und Schwestern.

Die Verlobung mit dem Restau-
rateur Herrn Hermann Jahn,
Rüdersdorferstr. 11, erkläre ich hier-
mit von meiner Seite für auf-
gehoben. 201/32
Martha Kurzke.

Zentralverband deutscher
Brauereiarbeiter.
Zweigverein Berlin.
Section I. (Brauere).
Am 10. August cr. starb ganz
plötzlich unser langjähriges Mit-
glied, der Kollege
Georg Eisele
(Spanbauer Bergbrauerei).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am
16. August in Rönchen statt.
42/1 Die Ortsverwaltung.

Am 15. August, nachmittags
1 1/2 Uhr, verschied nach kurzem
Kranklager unter braver Mit-
arbeiter, der Vergolder
Reinhold Pott
im 48. Lebensjahre.
Wir verlieren in ihm einen der
besten und rechtlichsten Kol-
legen, dessen Andenken wir stets
in Ehren halten.
Das Personal der Firma
Alb. Zander.

Verband der im Vergolder-
gewerbe beschäftigten Arbeiter
u. Arbeiterinnen Deutschlands
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Am 16. August verstarb unser
Verbandskollege
Reinhold Pott.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Son-
ntag, den 19. August, nachmittags
4 Uhr, vom Trauerhause Dunder-
straße 8 nach dem Gethsemane-
Kirchhof in Nordend statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
226/13
Der Vorstand.

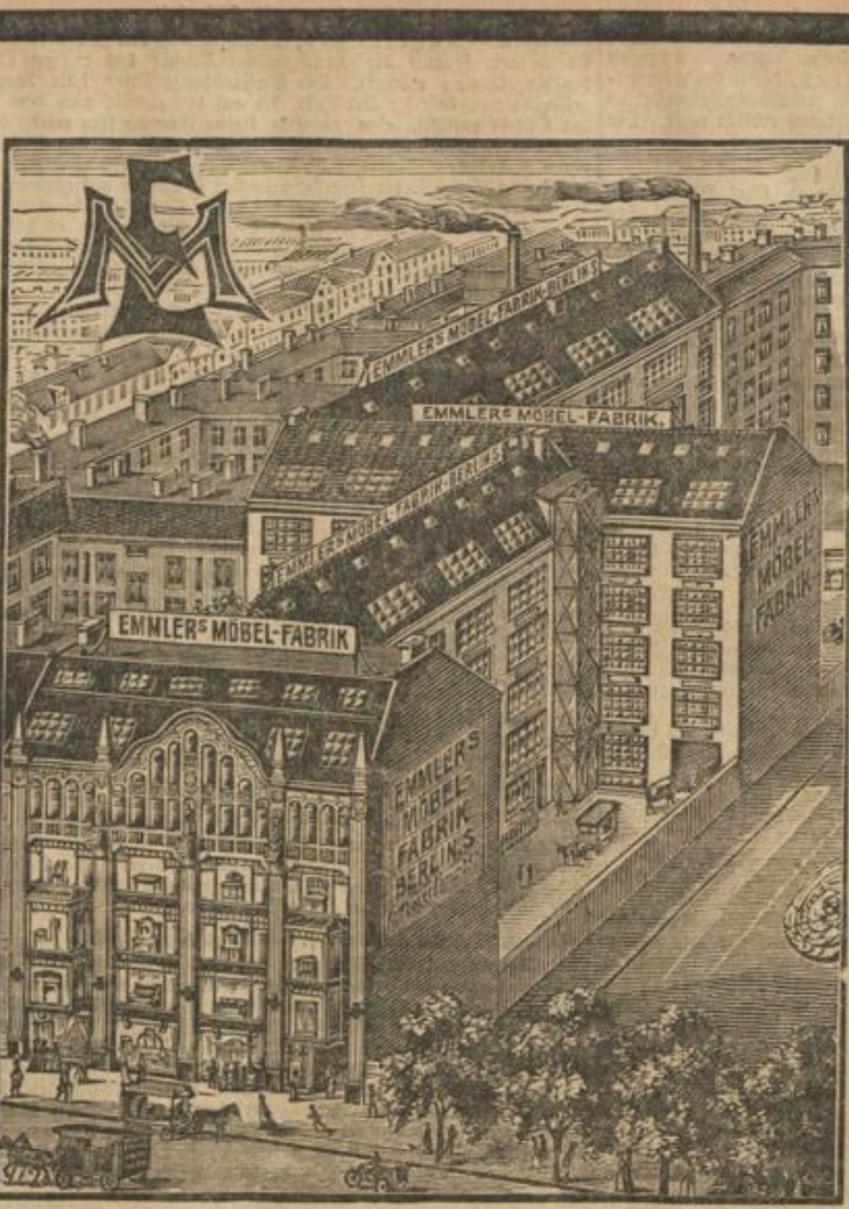
Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Nachruf.
Am Freitag, den 10. August,
verstarb plötzlich unser Mitglied
Wilhelm Kurz
im Alter von 56 Jahren an Ge-
hirnschlag.
Ehre seinem Andenken!
146/17
Der Vorstand.

Allen Verwandten, Kollegen und
Genossen die traurige Nachricht,
daß mein lieber, herzlichgeliebter
Mann, Vater und Schwieger-
vater, der Restaurateur
Karl Neye
nach kurzem Leiden im 46. Lebens-
jahre sanft entschlafen ist.
Dies zeigen hiermit schmerz-
lich an
Die trauernde Witwe
nebst Sohn.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 19. August, nach-
mittags 6 1/2 Uhr, von der Halle
des Lullsen-Kirchhofes am Herten-
brunner Weg aus statt. 201/42

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert
elegante fertige Herrenmoden
Bestellungen nach Maß, tadellose
Ausführung i. eigener Werkstatt.
Spezial-Geschäft für
Herren-Bekleidung.
Kein Waren-Kreditkauf.
J. Kurzberg.
An der Jannowitzbrücke 1. 1.
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Arbeiter-
Berufs-Kleidung.
Trikotagen
Herren-Artikel
Jetzt
Brunnenstraße 158,
zweites Haus von d. Anflamerstr.
Gelber Laden.

Borussia-Theater u. Festsäle
Abd.: **J. Leschkowski**
Ackerstr. 6/7. Teleph.: Amt III, 2974.
4 elegante Festsäle, 150, 300,
800 Personen fassend, mit Bühnen,
für Hochzeiten, Vereinsfestlichkeiten,
Versammlungen bestens empfohlen.
Jeden Mittwoch **Großer Ball.**
und Sonntag: **Tanzschule S. Weber.**
Vorlang neuer Kurle jeden Monat.
Tägliche Musikvorhänge 10-2 Uhr.



EMMLER'S
Möbel-Fabrik
mit elektr. Betrieb
S. Kottbuser Damm 25-26.

ERÖFFNUNG
Sonntag d. 18. August
Vorm. 9 Uhr.

Ständige Ausstellung von ca.
150 Musterzimmern
in 7 Etagen
complett aufgestellt.
5000 qm. Lager- und Fabrikräume.

Jeder Arbeiter,
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die Lederhose Herkules tragen.
Wein-Verlauf. Sehr starkes Leder in
prächtigen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Knop-
nähte. Halbstarke Blot-Laschen.
Große Hüften umfamt. Die Hose
bei Annahme von **4 M. 50**
6 Stück 26 M.
Nachtleder-Hose Karle Gam-
brinn. Futterlette . . . 5 M. 50
Gefüttert. Wandler-Jacke 14,50, 8,75
Schblaue Monteur-Jacke 1 M. 90
Schblaue Monteur-Hose . . . 1 M. 50
Schblaue Monteur-Jacke,
prima Körper-Gewebe . . . 2 M. 50
Schblaue Monteur-Hose,
prima Körper-Gewebe . . . 2 M. 10
Weiße Reiser-Jacke 3,50, 2 M. 75
Hombler-Jacke, Zwilling . . . 4 M. 50
Waler-Mittel . . . 3, 2,50, 2 M. 25
Mechaniker-Mittel (Draht) 3, 2 M. 40
Weiße Leder-Jacke, Zwilling
7,50, 3 M. 75
Weiße Lederhosen . . . 4,50, 2 M. 90
Aeseltreiner-Anzüge, blau,
nach Maß . . . 5 M. 50
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Gaussestr. 24/25. Bräunerstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Das 29. Haupt-Preisbuch 1906 wird
kostenlos und portofrei zugelandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die
Hüftweite und die Schrittlänge, bei
Jacken und Mänteln die Brustweite
anzugeben. 1722*
— Versand von 20 M. an franko. —

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert
elegante fertige (2008L)*
Herren-Garderobe
— Ersatz für Maß. —
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidmeister,
Große Frankfurterstraße 37, II.
Eingang Straußberger Platz.*

Nathan Wand
129 Stalherstr. 129.
Die schönsten 20102*
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu
totale Spezial
Monats-Garderobe
von Kavaliere getragene Sachen,
fast neu, für jede Figur passend,
speziell Bauchanzüge sind in
großer Auswahl stets zu flammend
billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalherstr. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Wahnbach-Ufer 3, per 1,10, zwei
Wohnung, 21 u. 22,50 M., Etog. I.*
Waldenweg 12, II. Wohn. Fr. 170/14, I.

Berolina
Verein. Mineralwasserfabriken,
G. m. b. H.
Berlin S. 59
Haybach-Ufer No. 9.
Spezialität:
Bero-Sekt
feinstes alkoholfreies
Erfrischungs-Getränk.
Gen.-Vertret.: 1938L.*
Aachener Kaiserbrunnen.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41.
Spezialarzt für 137/13*
Haut- und Nervenleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Greift zu!
Kolossal billig!
Monats-Anzüge, Abonne-
ments-Anzüge, Anzüge, Ersatz
für Maß.
Alles auch für torpulenten
Figuren! Getrag. Kleidungs-
stücke von Kavaliere,
Reisend, aus den feinsten
Berkstädter Berlin, teils
von Stoff, teils von
Strassenbahn-Vergütung!
Bitte achten!
Zentral-Keller, Berlin,
35 Neanderstr. 35
3311 v. Stab. Jannowitzbr.

Verbandstag der Schneider.

Berlin, 17. August.

Die heutige Sitzung begann mit der Behandlung des Punktes: Agitation und Organisation in der Herrenkonfektionsbranche. Hierzu sprach zunächst die Vertreter der größten Konfektionsbezirke. Sie beleuchteten die Verhältnisse in ihren Bezirken und erörterten die Frage, in welcher Weise die Agitation unter den Konfektionsarbeitern am erfolgreichsten betrieben werden könne.

In der ausgedehnten Debatte wurde unter anderem auch die Frage der Einführung von Betriebswerkstätten eingehend erörtert. Nach dem Beschluß des vorigen Verbandstages steht die Forderung der Einführung von Betriebswerkstätten in der Maß- und Lagerkonfektion an erster Stelle. — In der heutigen Debatte traten dagegen einzelne Redner auf, welche meinten, diese Forderung könne einstweilen noch nicht durchgeführt werden, man solle deshalb zunächst die Einführung fester Lohnsätze fordern.

S a b a t h vertat dagegen die Ansicht, daß die Großkonfektion, wenn sie auch in Deutschland verhältnismäßig geringen Absatz habe, im Ausland ein so größeres Absatzgebiet beherrsche. Die Gewinnung der Arbeiter der Lagerkonfektion sei deshalb noch wie vor sehr wichtig.

Im übrigen wurden in der Debatte verschiedene Anträge erörtert, welche weitere Anstellung von Gauleitern, Aenderung der Bezugsabteilung bezw. Schaffung neuer Agitationsbezirke und dergleichen mehr bezweckten. Alle diese Anträge wurden dem Vorstand zur Veranschaulichung überwiesen, ebenso ein Antrag, welcher eine umfassende Agitation in allen Konfektionszentren für notwendig erachtet und den Hauptvorstand beauftragt, wegen dieser Angelegenheit mit den Ortsverwaltungen in steter Fühlung zu bleiben.

Angenommen wurde ein Antrag, welcher besagt, daß für Gesellen, welche beim Zwischenmeister beschäftigt sind, die Forderung aufgestellt wird: Festsetzung eines Maximalarbeitstages und Minimallohnes, sowie Abschaffung von Vor- und Logis.

Außer einigen unwesentlichen Anträgen wurde noch die folgende Resolution angenommen: „Der Verbandstag fordert von den Konsumvereinen, daß sie mehr als bisher geschehen, den in der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses aufgestellten Forderungen entsprechen.“

Der nächste Punkt der Tagesordnung lautet: Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Damenkonfektion und Damenschneiderei.

Der Referent K n o o p. Berlin schilderte in eingehender Weise an der Hand eines reichhaltigen Materials die Verhältnisse, welche in der genannten Branche herrschen. Aus den Ausführungen des Referenten und anderer Redner ging hervor, daß die Damenschneiderei in keinem Zweige so ausgebeutet ist, wie in der Damenkonfektion. In Berlin kommen durchschnittlich 40 000 Heimarbeiterinnen dieser Branche in Frage.

In Erwägung, daß sich nach eingehenden Untersuchungen die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Damenkonfektion in den letzten Jahren immer mehr verschlechtert hat, was in erster Linie auf die widersinnige Produktionsform, welche die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Branche einem rüd-

sichtslosen Zwischenunternehmertum ausliefert, zurückzuführen ist; in fernerer Erwägung, daß die bisher erlassenen Bundesratsverordnungen teils durch die unzureichende Kontrolle der Landeszentralbehörden, teils durch die unzureichende Kontrolle vollständig wirkungslos geblieben sind, hält der Verbandstag die unermüdete Schaffung eines durchgreifenden Heimarbeiter-schutzes für dringend notwendig.

Der Verbandstag ist sich aber auch darüber klar, daß erst dann an eine wirkliche Verbesserung der Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Konfektionsindustrie gedacht werden kann, wenn das parasitäre Zwischenmeisterstystem beseitigt und die Erziehung gesunder Betriebswerkstätten durch die unmittelbaren Unternehmer erfolgt ist. Deshalb fordert der Verbandstag nachdrücklich folgendes:

- 1. Einführung und Unterhaltung von Betriebswerkstätten, derart, daß die beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in unmittelbarem Arbeitsverhältnis zu dem wirklichen Unternehmer stehen.
2. Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 9 Stunden.
3. Einführung von Wochen- resp. Zeittagen.
4. Ueberstunden und Sonntagsarbeit sollen nur in ganz bringenden Fällen zulässig sein und müssen dann mit entsprechendem Aufschlag bezahlt werden.
5. Sämtliche Arbeitsgeräte und Furnituren sind vom Arbeitgeber zu liefern.

Zur Ueberwachung der Einhaltung dieser Forderungen sind örtliche Kommissionen einzusetzen. Zur Regelung des Arbeitsverhältnisses ist ein einheitlicher Arbeitsvertrag einzuführen.

Um dieses zu erreichen, ist es Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen in der Damenkonfektion, sich dem Verbandsangehörigen und tatkräftig an der Durchführung dieser Forderungen mitzuwirken, denn nur aus eigener Kraft kann erst eine menschenwürdige Existenz errungen werden.

Ferner wurde folgender Antrag angenommen: „Um die Agitation unter den Arbeiterinnen aller Zweige unseres Berufes erfolgreicher betreiben zu können, beauftragt der Verbandstag den Vorstand, die Mitgliebschaften anzuweisen, ihm geeignete Kolleginnen vorzuschlagen, die zu Agitatoren herangebildet werden können. Der Vorstand wird ermächtigt, befähigten Kollegen und Kolleginnen die Mittel zur Teilnahme an den von der Generalkommission eingerichteten Unterrichtskursen zur Verfügung zu stellen.“

Ueber den gegenwärtigen Stand des gesetzlichen Heimarbeiter-schutzes

referierte K ä m i n g. Berlin. Der Redner unterzog die zurzeit geltenden Schutzbestimmungen einer kritischen Beleuchtung und empfahl die nachstehende Resolution, welche ohne Debatte einstimmig angenommen wurde:

„Angesichts der elenden Zustände, die sich in der Hausindustrie herausgebildet haben, wie sie namentlich durch den Konfektionsarbeiterstreik im Jahre 1896, durch den Heimarbeiter-schutzkongreß vom 7. bis 9. März 1904 in Berlin und der Heimarbeiter-Ausstellung im Januar-Februar 1906 in Berlin zutage getreten sind, hält der Verbandstag des Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands die bestehenden Bestimmungen der Gewerbeordnung, des Arbeiterschutzgesetzes und die demgemäß vom Bundesrat erlassenen Verordnungen für gänzlich unzureichend und fordert von den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches die sofortige Schaffung eines durchgreifenden Heimarbeiter-schutz-Gesetzes, gemäß des von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dem Reichstage unterbreiteten Entwurfes.“

Soziales.

Ein Anstellungsvertrag.

Bei einem Teile der Handlungsgehilfen steht ein geradezu lächerliches „Standesbewußtsein“ der wirksamen Vertretung ihrer Interessen hindern entgegen. Ganz besonders ist diese Spezies der Erhabenen bei den deutschen Verbänden zu finden. Sie betrachten es direkt als Beleidigung, wenn man sie zu den Arbeitern rechnet, sie wollen mehr sein. In solcher Ueberhebung berechtigt die soziale Lage der Handlungsgehilfen durchaus nicht, wie folgender Auszug aus einem Anstellungsvertrag für Handlungsgehilfen sinnesfälliger illustriert.

Der Vater des kulturgeschichtlichen Dokumentes, das wir dem Organ des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen Leipzig entnehmen, ist die „Dressener Kaufmannschaft“. Zur Stärkung des Standesbewußtseins verpflichtet sich der Gehilfe, die Geschäftsangelegenheiten des Prinzipals zu besorgen und zu fördern. Auch verpflichtet er sich zur Verschwiegenheit aller geschäftlichen Vorfälle, zur Pünktlichkeit und Freundschaft gegen Prinzipal, seine Angestellten und die Kundenschaft. Belehrende und Volontäre des Geschäfts sind nach den Vorschriften des Prinzipals so zu unterweisen, daß die nach § 76 des Handelsgesetzbuches dem Prinzipal auferlegte Verpflichtung als erfüllt anzusehen ist.

Kraft seiner wirtschaftlichen Macht dekretiert der Unternehmer: die Verpflichtung, die das Gesetz mir auferlegt, schiebe ich auf meine Lohnsklaven ab. Und der Herr kann den Sklaven jederzeit in Anspruch nehmen. Eine Arbeitszeit ist festgesetzt, aber sie kann nach Belieben der Firma (!) innerhalb der gesetzlichen Grenzen verlängert werden, ohne daß dafür eine besondere Vergütung beansprucht werden darf.

Als wichtige Gründe, die den Prinzipal zur Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigen, gelten außer den in § 72 des Handelsgesetzbuches genannten insbesondere noch folgende:

wenn sich der Gehilfe einem unsittlichen Lebenswandel hingibt oder wenn er eine vom Prinzipal verlangte ärztliche Untersuchung durch den von diesem bezeichneten Arzt nicht gestattet oder wenn er vor der Anstellung den Prinzipal in den Angaben über sein Vorleben getäuscht hat; oder wenn er fortgesetzt unpünktlich und nachlässig in der Erfüllung seiner Pflichten ist und nach einer dreimaligen Verwarnung in dieser Beziehung wieder etwas sich zuschulden kommen läßt. Geschenke irgend welcher Art darf der Handlungsgehilfe weder von Lieferanten noch von Kunden in irgend welcher Form annehmen. Zuwiderhandlung begründet das Recht sofortiger Entlassung.

Daß der Handlungsgehilfe Reisen zu besorgen, so soll er während der Dauer einer Erkrankung oder wegen sonstiger, vom Prinzipal angeordneter Reisepausen kein Recht haben, außer dem Gehalt noch Vorteile in Gestalt von entgangener Provision und entgangener Reisepausen zu beanspruchen. Während der Reisepausen hat der Handlungsgehilfe in anderer angemessener Weise Dienste zu leisten.

Herr K darf auch außer der Geschäftszeit keine Nebenbeschäftigung gegen oder ohne Entgelt haben, welche seine geistigen oder körperlichen Kräfte in erheblicher Weise in Anspruch nimmt, da die Zeit außer dem Geschäft in der Hauptsache der Ruhe und Erholung dienen soll.

Die Sklaverei wäre ja auch nicht vollständig, wenn der Herr nicht das Recht hätte, über jede Lebensform des Sklaven in Geschäftsinteresse zu befinden. Weiter wird bestimmt:

Nach Beendigung des Dienstverhältnisses darf Herr K keine Tätigkeit für fremde Rechnung beginnen, wodurch der Firma H. während der nächsten . . . Jahre ein Schaden erwachsen könnte. Ein Engagement bei einer Konkurrenzfirma am Platze oder die

Etablierung einer solchen innerhalb der nächsten . . . Jahre ist bei einer Konventionalstrafe von Mark . . . unzulässig.

Katastrophal darf auch kein Handlungsgehilfe krank werden, das bildet der Profit nicht, und damit auch die minimale gesetzliche Vorsorge illusorisch wird, bestimmen die — Herren:

Die Firma kann im Falle der Erkrankung des Gehilfen dessen Gehalt um die Hälfte desjenigen Betrages kürzen, der der Dauer der Krankheit entspricht.

Dauert die Krankheit des Handlungsgehilfen länger als sechs Wochen, so erlischt mit deren Ablauf der Anstellungsvertrag und insbesondere die Pflicht des Prinzipals zur Gewährung des Gehalts und der sonstigen Bezüge.

Nach Pflichten der Unternehmer und Rechten der Angestellten braucht man nicht mehr zu fragen, dafür müssen die letzteren sich aber auch noch einer Hausordnung unterwerfen, die nach demselben Schema wie der Anstellungsvertrag zugeschnitten ist. Also doppelte — Gesindeordnung!

Ein Fortschritt in Sachsen. Die königlich sächsische Eisenbahn-Generaldirektion hat eine Veränderung in den Arbeitsverhältnissen durch eine Verordnung herbeigeführt, die eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit für die in den Eisenbahn-Betriebswerkstätten beschäftigten Arbeiter darstellt. Vom Montag, den 20. August, ab tritt an Stelle des zehnstündigen der neunstündigen Arbeitstag. Zu Aussicht gestellt ist, daß auch die Lohnverhältnisse in Zukunft eine Besserung erfahren.

Schuldig, rechtslos, dem Verderben geweiht ist nach preussischen Befehlen der Landarbeiter und das Gesinde. So überschrieben wir eine Schilderung in der Kammer des „Vorwärts“ vom 14. August über das Schicksal einer Landarbeiterfamilie, in das sie geraten war, weil die Tochter eines Gläubigers den Dienst, in dem sie keine menschenwürdige Schicksale erhielt, verlassen hatte. Das Mädchen erhielt, wie die „Königsberger Volksztg.“ berichtet, nun anfangs dieser Woche vom Amt zu Schwandorf eine Verfügung, worin es aufgefordert wird, sich sofort im Amtslokale zu stellen und die gegen sie festgesetzten weiteren Strafen anzutreten, widrigenfalls ihnen zwangsweise Vorführung unverzüglich erfolgen wird.

Öffentlich verhindert der Landrat, an den sich das Mädchen beschwerend gewandt hat, die zwangsweise Einspernung in die unvorschriftsmäßige, zu menschlichem Aufenthalt ungeeignete „Dorf-Kuise“.

Verlockendes Angebot.

Wie hoch eine Berufsgenossenschaft die Arbeiterkraft einschätzt, läßt folgendes Inserat ahnen: Für das Bureau einer größeren Berufsgenossenschaft in Berlin werden zum Dienstantritt am 24. September er. 11 Kanzleibeamte (Kenntnis der Schreibmaschine erwünscht) und acht Bureaubeamte für den Registratur- und Expeditionsdienst gesucht. An Bezügen werden den ersteren Beamten je 60,00 M. pro Monat, den letzteren dagegen je 3,00 M. Tagelohn pro Arbeitstag (achtstündige Dienstzeit von 8—4 Uhr) gewährt. Offerten mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind unter Chiffre „K. 208“ bei Dauter u. Co., G. m. b. H., Berlin W. 8., einzureichen.

Bei solchen Angeboten versteht man auch die Lamentationen über die hohen Löhne und die Begehrtheit der Arbeiter. Es fehlt nur noch die Forderung des Nachweises, daß die Beamten schon erfolgreich in der Rentenversicherung tätig waren.

Aus Industrie und Handel.

Kohlemarkt.

Ueber die Ursachen der Kohlennot werden fast jeden Tag einige neue unwiderlegliche Tatsachen — erfunden. Bald soll die Faulheit der Bergarbeiter das Schicksal sein, dann Arbeitermangel usw. Die famosste Erklärung ist aber folgende. Es wird argumentiert: der bekannte Konstruktionsfehler im Kohlenhandelsvertrag erlaubt den Hüttenzweigen, eine beliebige Menge ihres Förderungsquantums an die zugehörigen Hüttenwerke abzustufen. Infolge der überaus flotten Beschäftigung in der Hüttenindustrie, deren Bedarf enorm gestiegen ist, bleiben die Hüttenzweigen mit ihrer Pflichtmenge an das Syndikat weit im Rückstande. Wären die Hüttenzweigen gehalten ihre Beteiligung an das Syndikat voll zu liefern, dann könnte dieses allen Anforderungen genügen. — Uns will nicht einleuchten, daß mit der letzteren Voraussetzung der Kohlenmangel behoben sei, es würde nur eine Verschiebung eintreten. Liefern die Hüttenzweigen eine größere Menge an das Syndikat ab, dann fehlt ihnen das entsprechende Quantum für die zugehörigen Hüttenwerke und sie treten mit Ansprüchen an den Markt hervor. Die reinen Werke würden vielleicht etwas reichlicher versorgt, aber der Kohlenmangel allgemein wäre damit nicht im geringsten abgemindert. Hätte das Kohlen-Syndikat nicht ein wohl zu verstehendes Interesse daran, das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage künstlich zu beeinflussen, für einen wirklichen Kohlenmangel wenigstens den Anschein zu erwecken, dann würde es den Export etwas weniger scharf forcieren. Das Syndikat und der Stahlverband befolgen in dieser Beziehung die gleiche Politik. Die Verbraucher von Halbzeug klagen darüber, daß sie nicht genügend Material erhalten können, während große Mengen im Auslande abgesetzt werden, genau so geht es beim Kohlen-Syndikat. Nach den Zusammenstellungen des statistischen Amtes wurden in der Zeit vom 1. bis 10. August 2 889 356 Doppelzentner Steinkohlen eingeführt, die Ausfuhr aber belief sich auf 6 088 700 Doppelzentner. Im Lande lebhafteste Klage über Kohlenmangel und dabei forcierte Ausfuhr.

Preissteigerungen. In einem Artikel „Zur Geschäftslage der Eisengiecherei“ in der „N. Ztg.“ heißt es:

Die allgemeinen Erhöhungen der Erzeugnispreise sind durch die bisherigen Preisaufbesserungen nur zu einem Teile erst ausgeglichen worden; es kann daher keinen Zweifel unterliegen, daß der Herbst weitere Preissteigerungen bringen wird.“

Die Verbraucher behaupten, die bisherigen Preisaufbesserungen hätten die Verteuerung der Rohmaterialien noch nicht ausgeglichen — und die Rohproduzenten erklären, gestiegene Löhne und die Preisaufbesserungen für Fertigerzeugnisse rechtfertigten weitere Preisaufschläge. So geht's fort — bis der Klaps kommt. Die sächsischen Kohlenwerke haben jetzt beschlossen, die Preise für Steinkohlen — Hausbrand — um 6 M. und für Bricketts um 10 M. pro Doppelzentner zu steigern. Die erhöhten Preise treten am 1. September resp. 1. Oktober in Kraft. Wie die „N. S. Ztg.“ meldet, haben 24 Lederfabriken in Walmeth einen Preisaufschlag von 10 M. pro Zentner Leder beschlossen.

Fleischkonsum in Großstädten. Daß der Fleischkonsum noch immer in der Abnahme begriffen ist, dafür sprechen eine Reihe von Belegen. Wir möchten hier auf die Verbrauchsstatistik der Stadt Dresden hinweisen, die für Mai 1906 im Vergleich mit Mai 1905 folgende Ziffern gibt. Es stellte sich der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung im Monat Mai in Kilogramm:

Table with 3 columns: Meat type, 1905, 1906. Rows include Rindfleisch, Kalbfleisch, Schaf- und Ziegenfleisch, Schweinefleisch, Pferdefleisch, Wildpret und Geflügel, Fische und Krebse, and Geführte Fleischpräparate usw. Total: 6,49 in 1905, 4,76 in 1906.

Der Gesamtsumme ist also pro Kopf und Monat im Mai dieses Jahres um 780 Gramm oder um beinahe 1 1/2 Pfund geringer gewesen als im Mai 1905. Zugewonnen hat allein der Konsum von Pferdefleisch und zwar steigt dieser absolut von 17 850 auf 18 300 Kilogramm oder um 450 Kilogramm.

Rückgang des amerikanischen Fleischexportes. Im Juli wurden nur 1 039 852 Pfund Fleischkonzerne aus Chicago ausgeführt gegen 5 232 797 im Juli 1905. Der Verlust beträgt 440 000 Dollar. Die Ausfuhr in den ersten sieben Monaten 1906 betrug nur 28 788 778 Pfund, was gegenüber der gleichen Zeit des Jahres 1905 eine Verminderung von über 15 Millionen Pfund und einen Verlust von 1 422 000 Dollar bedeutet.

Gerichts-Zeitung.

Die vergnügte Milchzentrale
oder
Junkerrecht über Reichsrecht.

Eine bäuerliche Untergenossenschaft der Milchzentrale hatte den Genossenschaftsregister-Richter des Amtsgerichts Berlin-Mitte darauf aufmerksam gemacht, daß die Milchzentrale in der vom Gesetz vorgeschriebenen letztjährigen Bekanntmachung die Anteile und Gaste...

zummen aller mit dem Ende des letzten Geschäftsjahres ausgeschiedenen Genossen nicht in Abzug gebracht habe, so daß die Veröffentlichung die wirkliche finanzielle Lage der Genossenschaft nicht erkennen lasse. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß das Reichsgericht auf Grund seiner nach § 29 des Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit ausnahmsweise zur Wahrung der Einheit in der Rechtsprechung eintretenden Zuständigkeit ein solches Verfahren im Gegensatz zum Kammergericht als geschwätzlich bezeichnet und die Einleitung des Zwangsberichtigungsverfahrens gegen die verantwortlichen Vorstandsmitglieder zum Schutze der allgemeinen Interessen für geboten erachtet habe. Die Milchzentrale gab die Tatsache zu, weigerte sich jedoch, ihre Bekanntmachung in Gemäßheit der Reichsgerichtsentscheidung abzuändern. Auch der Registerrichter lehnte das Einschreiten gegen die Vorstandsmitglieder der Milchzentrale mit der Begründung ab, daß das Gericht sich von seinem ablehnenden Standpunkte auch nicht durch die mit den bisherigen Entscheidungen des Kammergerichts im Widerspruch stehende Reichsgerichtsentscheidung abbringen lasse. Auf die nun erfolgte Beschwerde der Untergenossenschaft sprach das Landgericht aus, daß das Amtsgericht die vitiole Bekanntmachung, so wie sie zum Genossenschaftsregister eingereicht ist, beanstanden und auf deren Richtigstellung hätte hinzuwirken und...

die Anregung der Beschwerdeführerin hätte ohne Bedenken dazu dienen müssen, den Registerrichter zum Einschreiten zu veranlassen. Das Landgericht selbst aber sei durch die Stellung behindert, an Stelle des Registerrichters in Gemäßheit der übereinstimmenden Gründe der reichsgerichtlichen Entscheidung gegen die Vorstandsmitglieder einzuschreiten. Auch die durch Rechtsanwält Dr. Platau namens der Untergenossenschaft bewirkte Anrufung des Kammergerichts blieb ohne Erfolg. Das Kammergericht erklärte, daß der einzelne Genosse Dritten gegenüber, insbesondere bei Gericht, nicht befugt ist, irgend welche Rechte in bezug auf die Angelegenheiten der Genossenschaft auszuüben. Dies könnten vielmehr nur die sachgemäßen Organe der Genossenschaft. Ein bloßes Interesse an der Änderung einer Entscheidung, wie es aus den Ausführungen der Beschwerdeführerin entnommen werden könnte, genügt nicht. Zu einer Beschwerdebefähigung im öffentlichen Interesse, etwa um eine ordnungsgemäße Ausführung der gesetzlichen Vorschriften im Interesse des Publikums herbeizuführen, sei die Genossin nicht berechtigt. Die Korrektur der hiernach zweifellos dem Gesetz widersprechenden Bekanntmachungen konnte somit von den Interessenten nicht erreicht werden, weil sich die vom Gesetzgeber zur Wahrung der Rechtseinheit eingeführte indirekte Einflussnahme des Reichsgerichts auf die einzelstaatliche Gerichtspraxis nicht ausreichend erwies.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 18. August.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Opernhaus. Cavalleria rusticana (Gouverneur). — Coppelia.
Schauspielhaus. Romeo und Julia.
Neues Opernhaus. Francesca Bredoli.
Sessing. Nora.
Anfang 8 Uhr.
Berliner. Scherlock Holmes.
Schiller O. (Ballner-Theater.)
Morsby-Oper. Der Waffenschied.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater.) Das Nachtlager von Granada.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Westen. Die lustige Witwe.
Central. Der Kaktusbinder.
Trianon. Die Frau ohne Fächeln.
Schauspielhaus. Spagnolische.
Kleines. Mimensiege. Diplomatie in der Ehe. Das Trottoir roulant.
Carl Weiß. Abels.
Metropol. Auf im Metropol.
Apollo. Berlin im Omnibus. Das neue Bild. Spezialitäten.
Wintergarten. Tactajaba. Spezialität.
Vossage. Wally Prager. Spezialität.
Weichhalten. Stellmet Sönger.
Urania. Tantenstrache 18/19.
Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.
Sternwarte. Simonsdenk. 57/58.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Sonnabend und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Mimensiege. Diplomatie in der Ehe.
Das Trottoir roulant.
Sonntag: Mimensiege. Diplomatie in der Ehe. Das Trottoir roulant.

Neues kgl. Opernhaus
(Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonnabend, den 18. August: Sonder-Vorstellung: Fledermaus mit Konzerteinlage. Mitwirkende: L. Godowski, Signorina Pravosti, Dr. Ludwig Willner.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper.
Heute abend 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag: Hoffmanns Erzählungen.
Montag: volkstümlichen Preisen: Don Pasquale.

Zentral-Theater.
(Operette). 8 Uhr:
Kaktusbinder. Operette in 3 Akten.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage (Anf. 8 Uhr):
Die Höhle des Löwen.
Schwan in 3 Akten u. M. Hennequin und P. Wiland.
Boston Chöre: Rich. Alexander.

Apollo-Theater
10 Uhr: Noxität! 10 Uhr:
Großer andauernder Heiterkeits-Erfolg!
Berlin im Omnibus.
Im zweiten Bilde:
Der Omnibus-Trip.
Vorher: Gute Spezialitäten!
10 7/2 Uhr: Garten-Konzert.
Anfang 8 Uhr.

10 Uhr: Noxität! 10 Uhr:
Großer andauernder Heiterkeits-Erfolg!
Berlin im Omnibus.
Im zweiten Bilde:
Der Omnibus-Trip.
Vorher: Gute Spezialitäten!
10 7/2 Uhr: Garten-Konzert.
Anfang 8 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Täglich im Theater 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuv.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:

Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Einst. 1 Mk., u. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Spagnolische.

Deutsch-Amerikanisches
THEATER, Köpenickerstr. 67-68.
DONNERSTAG, 23. Aug., abends 8 Uhr:
PREMIERE
Gastspiel Adolf Philipp
Im wilden Westen.
4 heitere Bilder m. Ges. v. A. Philipp.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Die Frau ohne Fächeln.
Anfang 8 Uhr.

Carl Weiß-Theater.
Mr. Franzfurterstr. 132.
Am Theater: Täglich 8 Uhr:
Gastspiel des Herrn Fritz Kidaisch:
Adele.
Im Garten: Gänzlich neues Spezialitäten-Programm.
Anfang 5 Uhr.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr
Das
glänzende
Eröffnungs-Programm.
14 erstklassige Spezialitäten!

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Die neue Herrin.
Lebensbild von Kaiser.
Dazu die erstklassigen Spezialitäten.
Anf. 6 Uhr. Kasse: 6 Uhr. Voll.
Bei schlechtem Wetter: Vorstell. im Saale.

Bernhard Rose-Theater
Gelehrtenstr., Badstraße 58.
Täglich:
Berlin's bestes Spezialitätenprogramm.
Paul Coradini La Matschische
Marguerite Gilton Müller-Römer
Brothers Cabanis Steffen Bros
Neiß Troupe Piacentia

Das unruhige Haus
Burlasque Original-Pantomime.
Anfang 4 1/2 Uhr. Öffnung 2 Uhr.
Im Saale: Großer Ball.
Entree 30 Pf., nun 50 Pf.

WINTER GARTEN
7 6 5

Heute
Eröffnungs-
Vorstellung

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.)
Morsby-Oper.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Populäre Vorst. bei halben Preisen:
Der Waffenschied.
Romanisch-komische Oper in 3 Akten
von H. Loring.
Sonntag, nachm. 3 Uhr,
bei halben Preisen: Der Freischütz.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Vötel:
Der Troubadour.

Castans Panoptikum
Friedrichstraße 165.
Dreyfus - Esterhazy
Oberst Picquard 1389L*
Schreckenkammer - Hennig

Landes-Ausstellungspark.
Neu erbaut: Festsäle, Café u. Konditorei, gedeckte
Gartenhallen, Fontaine lumineuse.
Dejeuners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.
Diners von 3,50 Mark, Soupers von 4 Mark an.
Täglich: Doppel-Konzert.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Wegen kolossaler Nachfrage bis 30. August prolongiert.
Täglich:
sowie 4 neugeborene werden im Publikum herumgeführt.

16 Löwen
Die größte Sensation u. beste Gruppe der Welt: Im Salon des Löwenbändigers.
Ein Dompteur, eine Tänzerin im Löwenkäfig und eine Domptesse mit noch nie gesehenen Tricks. 11 Uhr abends: Fütterung sämtlicher Bestien aus den Händen des Dompteurs.
The Carl Damman-Familie, Amerikas beliebteste Akrobaten,
sind das neue beste Programm Berlins.
Kaffeeküche, Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. — Entree 30 Pf. — Vorzugskarten sind gültig.

Max Kliems Sommer-Theater.
Hasenheide 13-15. Artistiche Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater
und Spezialitätenvorstellung
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: die beliebteste Kinderfeier. — Jeden Donnerstag: Gilte-Tag.

Schloß Weißensee
„Zum Sternecker“.
Inhaber C. Koch.
Sonntag nur kurze Zeit.

Ausstellung Afrika
Futaneger-Karawane. Dorf mit 53 Eingeborenen. Pferde, Kamel, usw.; spannende Vorführungen ihrer heimatlichen Gebräuche. Täglich mehrere Vorstellungen. Sonntag vormittag 11 1/2 Uhr: erste Vorstellung, nachm. 4 1/2 Uhr: die zweite usw.
Großes Militär-Konzert.
Spezialitäten-Vorstellung. Künstler ersten Ranges.
Eintritt 50 Pf., Kinder 15 Pf., 1922L*

Wo? machen wir diesen Sommer unsere Landpartien hier?
Nach Pichelwälder zum alten Freund.
Partien bis 1500 Personen haben bei schönem Wetter bequem Platz.
Es ladet ganz ergebenst ein
Remisierender Ebdand: 814. Küche stets in altbekannter Güte.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Klohn Dolly ist da!
Tagelions Ballet-Ensemble.
Das Regade musikalischer Witz.
Das Bild des Vaters.
Vollständ. in 2 Akten.
Anf. 4 1/2 Uhr. Lang. Entree 30 Pf.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten bezw.
in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Freilanz.

Schweizer Garten
Am Königsplatz — Am Friedrichshagen.
Täglich:
Theater-Vorstellung,
Spezialitäten u. Ball.
Berlin arm und reich.
Vollständ. mit Gesang in 2 Akten.
Der mysteriöse Wunder-Globus.
(Das Rätsel aller Rätsel).
Der Antipode auf lebender Brücke.
Die 5 Jaksons, Akrobaten.
Clothilde u. Bertram.
Trio Schlaraffia.
Wochentags: Damentanz frei.
Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.

Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 (Behm- u. Vellermannstr.)
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Das neue August-Programm!
Monte Christo, The Barret, Henry Sago, Verona de Fonseca, Verwandelung-Schauspiel in 3 Akten:
„Auf fremder Erde“.
Gr. Ausstattungsgestalt mit Gesang u. Tanz in 3 Bildern von Hugo Schulz.
Frei. Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest.
Frei. Donnerstag: Gr. Brill-Festwerk.
Volksbelustigungen aller Art.
Die Kaffeetische ist v. 1 Uhr an geöffnet.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner
Sänger
Anfang
Wochentags
8, Sonntags
7 Uhr.

Gstbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdigerstr. 17
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.

Sanssouci. Kottbusser
Sonntag, Montag, Donnerstag,
und Sonnabend:
Hoffmanns Nord. Sänger
und Tanztruppen.
Neu: Der Sängling.
(Glänzendes Soloprogramm).
Entree 30 Pf., nun 50 Pf.
Sonnt. Beg. 5, Wochent. 8 U.
Im Vorgart.: Freikonzert.

Gustav Behrens
Theater,
Berlin O.,
Frankfurter
Allee 85.
Sonnabend, den 18. August:
Eröffnung
der Winter-Saison
mit einem erstklassigen, glänzenden
Programm. 1922
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 5 Uhr.

Für 84 Pfg. eine fein vergoldete Herren-doppeltasche, 45 Zentimeter lang, mit hochselnem Anhänger, Prachtstück.
Für 84 Pfg. eine extra 120 Zentimeter lange, fein vergoldete Damen-Dasch-Brette mit feinem, perlendeligen Schieber.
Für 94 Pfg. ein feines Herren-portemonnaie mit 4 Fächern, gutem Leder, hellbraun.
Für 75 Pfg. eine feine Kämmer-artikel, Werkzeuge, Waffen, Dolch, Uhren, Ketten, Ringe, Broschen, Parfümerien, Rüst- und Lederwaren, Hülsen, Schirme, Stiele usw. an Jedermann umsonst.
Für 94 Pfg. neuestes Opernglas, aus alt französischer, Lupo, Defoglas zu benutzen.
Für 1,50 Mk. ein hochselnes Kaffeezettel, aus bestem englischen Stahl geschmiedet, 5 Jahre Garantie, fertig zum Gebrauch.
Für 3,50 Mk. ein prima Haarshneidemaschine mit feinem Stahl, rasch und leicht nicht, nicht verstellbarem Ausschleudermantel. Jedermann kann mit dieser Maschine Haare schneiden.
Versand gegen Nachnahme. Umtausch in 14 Tagen, wenn nicht gefällt.
Pracht-Katalog, größte Auswahl in Stahlwaren, Haushaltungs-artikel, Werkzeuge, Waffen, Dolch, Uhren, Ketten, Ringe, Broschen, Parfümerien, Rüst- und Lederwaren, Hülsen, Schirme, Stiele usw. an Jedermann umsonst.
Kirberg & Co. in Foche bei Solingen No. 38.
Kleinstes Versandhaus des Solinger Industriebezirks.

Rur noch 12 Tage
Rur noch 12 Tage

1. Deutsch-Amerikanischer
Cirkus
von Norton B. Smith
Memelerstraße
am Comeniusplatz.
Heute Sonnabend, 18. Aug.,
abends 8 Uhr:
Großer Novitäten-Abend.
Programmwechsel! Neue Debüt!
u. a.: La Matchleche, Kam-Hill, die Königin der Manege.
Sonntag, 19. August: Zwei Vorstellungen 4 und 8 Uhr.
Nat. Behrens, Director.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Millards, Dumorch.
Borussia-Sextett.
Sand's Sportakt.
„Der grüne Teufel“
große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Welt-Ausstellungs-
Biograph-(St. Louis)
Theater lebender
Photographien mit
abwechselndem
Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Film-
Fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Gustav Behrens
Theater,
Berlin O.,
Frankfurter
Allee 85.
Sonnabend, den 18. August:
Eröffnung
der Winter-Saison
mit einem erstklassigen, glänzenden
Programm. 1922
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 5 Uhr.

Gustav Behrens
Theater,
Berlin O.,
Frankfurter
Allee 85.
Sonnabend, den 18. August:
Eröffnung
der Winter-Saison
mit einem erstklassigen, glänzenden
Programm. 1922
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 5 Uhr.

Für 84 Pfg. eine fein vergoldete Herren-doppeltasche, 45 Zentimeter lang, mit hochselnem Anhänger, Prachtstück.
Für 84 Pfg. eine extra 120 Zentimeter lange, fein vergoldete Damen-Dasch-Brette mit feinem, perlendeligen Schieber.
Für 94 Pfg. ein feines Herren-portemonnaie mit 4 Fächern, gutem Leder, hellbraun.
Für 75 Pfg. eine feine Kämmer-artikel, Werkzeuge, Waffen, Dolch, Uhren, Ketten, Ringe, Broschen, Parfümerien, Rüst- und Lederwaren, Hülsen, Schirme, Stiele usw. an Jedermann umsonst.
Für 94 Pfg. neuestes Opernglas, aus alt französischer, Lupo, Defoglas zu benutzen.
Für 1,50 Mk. ein hochselnes Kaffeezettel, aus bestem englischen Stahl geschmiedet, 5 Jahre Garantie, fertig zum Gebrauch.
Für 3,50 Mk. ein prima Haarshneidemaschine mit feinem Stahl, rasch und leicht nicht, nicht verstellbarem Ausschleudermantel. Jedermann kann mit dieser Maschine Haare schneiden.
Versand gegen Nachnahme. Umtausch in 14 Tagen, wenn nicht gefällt.
Pracht-Katalog, größte Auswahl in Stahlwaren, Haushaltungs-artikel, Werkzeuge, Waffen, Dolch, Uhren, Ketten, Ringe, Broschen, Parfümerien, Rüst- und Lederwaren, Hülsen, Schirme, Stiele usw. an Jedermann umsonst.
Kirberg & Co. in Foche bei Solingen No. 38.
Kleinstes Versandhaus des Solinger Industriebezirks.

Prüfen ≡ Ueberzeugen ≡ Kaufen

95 Pf. 1.95 M. 2.95 M.

SCHLUSS

unserer berühmten Serien-Tage Sonnabend, d. 25. Abends 9 Uhr.

Durch weitere grosse Massenankäufe geben wir dem kaufenden Publikum noch bis Sonnabend, den 25. Gelegenheit, seinen Bedarf in streng reellen Waren zu fabelhaft billigen Preisen zu decken.

Serie I: 95 Pf.

- 12 div. Schreibhefte, 1 Aufgabenbuch, 1 Oktavheft, 6 Bleistifte, 3 Schulfederhalter, 30 Schreibfedern, zusammen 95 Pf.
- Schultornister für Knaben und Mädchen 95 Pf.
- 8 Stück extra feine Blumen-Seife . . . 95 Pf.
- 6 Stück echte Speiseteller, tief oder flach 95 Pf.
- 1 Kaffeekanne, echt dekoriert 95 Pf.
- 1 Sauciere mit Bratenplatte 95 Pf.
- 1 Brotkorb mit breitem Nickelrand . . . 95 Pf.
- 6 Paar dekorierte Tee- oder Kaffeetassen 95 Pf.
- 1 Küchenrahmen und 1 Putzkasten . . . 95 Pf.
- 1 Satz Salattieren, 6teilig 95 Pf.
- 1 Waschservice, weiss, 4teilig 95 Pf.
- 1 Kaffeeservice, elegant dek., 1 Person 95 Pf.
- 1 Summigürtel mit Stahlpoints Prima 95 Pf.
- 1 Miedercorsett und 1 Paar Strumpfbänder mit Schleifen 95 Pf.
- 3 Paar Herren-Socken Prima 95 Pf.
- 3 Paar Damen-Ringelstrümpfe 95 Pf.
- 1 Herren-Normal-Hemd 95 Pf.
- 2 Kinder-Normal-Trikots 95 Pf.
- 3 Tüdel-Schürzen 95 Pf.
- 1 Träger-Reform-Schürze 95 Pf.
- 3 Kinder-Hänger-Schürzen 95 Pf.
- 3 Mtr. Tennis-Flanell für Blusen 95 Pf.
- 2 1/2 Mtr. Schotten, für Blusen u. Kleider 95 Pf.
- 2 1/2 Mtr. Sammet-Velour, moderna Muster 95 Pf.

Serie II: 1.95 M.

- 1 Schulmappe, Plüsch od. Seehund imit. 1.95 M.
- 1 Tafel, 1 Karton Griffel u. 1 Schwamm 1.95 M.
- 1 eleg. Photographie-Album 1.95 M.
- 1 eleg. braune Handtasche, 33 cm . . . 1.95 M.
- 1 brauner Handkoffer 1.95 M.
- 1 Paar Herren-Lederpantoffel 1.95 M.
- 1 Paar Damen-Lacktuchschuhe 1.95 M.
- 1 Paar Kinder-Schnürstiefel, 18-23 . . . 1.95 M.
- 1 reinseid. Herren-Cachenez, extra gross 1.95 M.
- 1 Gloria-Herren-Regenschirm m. Futteral 1.95 M.
- 1 elegante Herren-Weste 1.95 M.
- 1 Herren-Filzhut, weiche u. steife Façon 1.95 M.
- 1 elegantes Damen-Fantasie-Hemd . . . 1.95 M.
- 1 eleg. Kniebeinkleid m. Valenciennespitze 1.95 M.
- 1 weisser Einsegnungsrock mit Stickerei 1.95 M.
- 1 Bettlaken, Leinen oder Dowlas, I. Qualität 1.95 M.
- 1 eleganter Kostüm-Faltenrock 1.95 M.
- 1 eleg. weisse Stickerei-Bluse m. 3/4 Aermel 1.95 M.
- 1 Flanell-Damen-Bluse, eleg. Ausführ. 1.95 M.
- 1 Handschuh-Kragen-od. Taschentuchkast. m. Seldenbezug handgestickt 1.95 M.
- 1 gestickte Küchentischdecke 1.95 M.
- 1 Fenster Gardinen 2 Shawls, weiss u. creme Reliefs 1.95 M.
- 1 Store, 3 Mtr. lang, weis oder creme 1.95 M.
- Tischdecken, Fantasie-Gewebe, moderne Muster 1.95 M.
- Fellbettvorleger oder Axminster . . . 1.95 M.

Serie III: 2.95 M.

- 1 grosser Deckbettbezug, Hemdentuch oder Linnen 2.95 M.
- 1 eleg. Batisthemd u. Beinkleid mit Valenciennespitzen 2.95 M.
- 1 Damen-Unterrock, weiss, rosa, hellblau, mit Valenciennespitze 2.95 M.
- 1 Fantasie-Damenhemd und Kniebeinkleid mit Stickerei 2.95 M.
- 1 reinseid. Damen-Bluse mit Valenciennes-Einsatz 2.95 M.
- 1 reinwoll. Kinderkleid, ganz gefüttert 2.95 M.
- 1 Kinder-Golf-Capes m. farb. Capuchon 2.95 M.
- 1 Knaben-Schulanzug aus modernem gutem Stoff 2.95 M.
- 1 engl. Kostüm-Faltenrock, moderne Farben 2.95 M.
- 1 Paar Buxkin-Herren-Hosen 2.95 M.
- 1 Herren-Haar-Filzhut, engl. Façon . . . 2.95 M.
- 1 halbseidener Regenschirm m. eleganter Krücke und Futteral 2.95 M.
- 1 Herren-Oberhemd m. Piqué-Einsatz . . 2.95 M.
- 1 eleg. Herren-Weste, Fantasiegewebe 2.95 M.
- 1 Damen-Unterrock m. Volant u. Spitze 2.95 M.
- 1 Damen-Kleiderschürze m. Aermel . . . 2.95 M.
- 1 Robe 8 Mtr. Velour-Flanell, nenosto Muster 2.95 M.
- 1 Robe 8 Mtr. Kleider-Barchend, waschecht 2.95 M.
- 1 Robe 6 Mtr. Hauskleiderstoff 2.95 M.
- 1 Robe 5 Mtr. schwarz gemustert Mohaircrêpe 2.95 M.
- 1 Robe 5 Mtr. schwarz-weiss karierte Wolstoffe 2.95 M.
- 1 hocheleg. seid. Handtäschchen mit reicher Perlenstickerei 2.95 M.
- 1 elegante weisse Federboa 2.95 M.
- 1 eleg. Tischdecke, schwere Qualität . . 2.95 M.
- 1 Reise- oder Schlafdecke in diversen Farben-Mustern 2.95 M.

1 Transport exotischer Ziervögel: Reiskinken oder Tigerfinken 95 Pf.

12 Stck. Weingläser 1.95 M. best Crisall. verschiedene Façons

Zwergpapageien 2.95 M. anzulernende

- 6 Wischtücher, Panama, 60 x 60 95 Pf.
- 6 Küchenhandtücher, grau Jacquard . . 95 Pf.
- 3 Stubenhandtücher, weiss Drell 95 Pf.
- 3 Mtr. Hemdentlanell 95 Pf.
- 3 Mtr. Damast-Handtuchstoff 95 Pf.
- 2 1/2 Meter Rock-Velour 95 Pf.
- 1 Barchend-Bettuch 95 Pf.
- Rouleaux-Damast, 130 br., div. Farben . 95 Pf.
- 2 1/2 Mtr. Vitrage, weiss u. creme 95 Pf.
- 2 1/2 Mtr. Möbelkattun, gr. Musterauswahl 95 Pf.
- 1 eleganter Stickerei-Kragen 95 Pf.
- 1 complete Kamm-Garnitur, 6teilig . . . 95 Pf.
- 3 Paar Damen-Pantoffel 95 Pf.
- 2 Damenkragen m. durchgeh. Stickerei 95 Pf.
- Rein woll. Seiden-Kaschmir, 110 cm br. 95 Pf.
- Rein wollene englische Blousenflanelle 95 Pf.
- Grenadine, schwarz weiss, 110 cm . . . 95 Pf.
- Kinderkleidchen, modern gearbeitet . . 95 Pf.
- 1 weisse Batist-Damenbluse 95 Pf.
- 1 Damen-Achselechluss- oder Prisenhemd 95 Pf.
- 1 Barchend-Nachtjacke mit Spitze . . . 95 Pf.
- 1 Damen-Beinkleid mit Stickerei oder Languetten . 95 Pf.
- 1 buntes Herrenhemd 95 Pf.
- 3 Rein seidene Taffet-Binder 95 Pf.
- 1 Weiss Garnitur, Kragen, Manschetten, Serviteur . 95 Pf.

- 1 Sophaschoner, in allen Farben 1.95 M.
- 1a Alpaca Unterrock m. Volant u. Spitze 1.95 M.
- 1 Frack-Corsett u. 1 Paar Strumpfhalter 1.95 M.
- 1 schw. u. 1 weisse Ref.-Schul-Schürze 1.95 M.
- 1 Sporthemd für Herren, Ia. Qualität 1.95 M.
- 3 Mtr. Woll-Schotten, doppelt breit . . . 1.95 M.
- 3 Mtr. Velour-Flanell, Ia. Qual., elegante Muster 1.95 M.
- 1 elegant garnierter Damenhut 1.95 M.
- 2 1/2 Eider-Molton für Unterröcke und Matinées 1.95 M.
- 1 Waffel-Bettdecke, weiss, bordeaux od. grün 1.95 M.
- 3 1/2 Mtr. Damast u. Dimiti für 2 Kopfkissen 1.95 M.
- 1/2 Dtz. Jacquard-Servietten 1.95 M.
- 6 Mtr. Bettkattun oder Züchen 1.95 M.
- 6 St. Vorratstonnen, complott, eckige Form 1.95 M.
- 1 extra grosse Zimmerpalme 1.95 M.
- 1 extra grosse Waschschißel mit Krug 1.95 M.
- 1 Kuchenteiler mit 6 dek. Dessert-Tellern 1.95 M.
- 1 Paar a Herren-Hosen 1.95 M.
- Blusenstreifen, neue Dessins, 2 1/2 Mtr. 1.95 M.
- 3 Mtr. kariertes Wollstoff, dopp. breit 1.95 M.
- Kostüm-Stoffe, 130 cm breit Mtr. 1.95 M.
- 1 Gloria-Damen-Regenschirm mit eleg. Stick 1.95 M.
- 1 Dtz. Batist-Taschentücher mit Buchstaben 1.95 M.
- 1 elegant garniertes Kopfkissen 1.95 M.
- 1 Knaben- und Burschen-Stoffhose . . . 1.95 M.

- 4 Mtr. Louisiana-Tuch, Deckbettbreite 2.95 M.
- 4 Mtr. Bett-Inlett, Deckbettbr., rot od. gestreift 2.95 M.
- 1 Waffelbettdecke, extra schwer, moderna Muster 2.95 M.
- 1 reinlein. Damast-Tischtuch mit Durchbruch-Bordüre 2.95 M.
- 1 Kaffeegedeck mit 6 Servietten 2.95 M.
- 1/2 Dtz. Drell-Handtücher, extra schwer, gas. u. geb. 2.95 M.
- 1/2 Dtz. reinlein. Servietten, Ia. Qualität 2.95 M.
- 12 Stück echte Krystall-Weingläser . . 2.95 M.
- 1 gr. Küchenkonsole mit 6 Vorratstonnen 2.95 M.
- 6 Paar Solinger Messer und Gabeln . . . 2.95 M.
- 1 Waschservice, rot Fond, extra gross 2.95 M.
- 1 elegantes Kaffeeservice für 6 Personen 2.95 M.
- 1 Plättisen mit 2 Bolzen 2.95 M.
- 1 Paar Herren-Leder-Hausschuhe 2.95 M.
- 1 Paar Damen-Tanz-Spangenschuhe u. 1 Flasche Lack 2.95 M.
- 1 Paar Damen-Leder-Spangenschuhe, rot oder schwarz 2.95 M.
- 1 brauner Handkoffer, extra gross . . . 2.95 M.
- 1 braune Reisetasche, 42 cm gross . . . 2.95 M.
- 1 Moirée - Selden - Krawattenkasten, handgestickt 2.95 M.
- 1 Kongress-Wäschebeutel, gestickt . . . 2.95 M.
- 4 Mtr. Ia Läufer-Linoleum, moderna Muster 2.95 M.
- 1 eleg. Wollbluse, moderne Ausführung 2.95 M.
- 1 Dtz. reinlein. Taschentücher, gestümt 2.95 M.
- 3 Rolltücher mit Bordüre 2.95 M.
- 6 1/2 Mtr. Treppen-Läufer 2.95 M.

Warenhaus Jacob Gebrüder Nachflg.
 Charlottenburg, Wilmersdorfer Strasse 55-56, Ecke Pestalozzistrasse

Wir bringen ausser den aufgeführten Artikeln noch eine Menge anderer Waren in den Serien-Verkauf, die wir wegen Platzmangel nicht auführen können.

Sämtliche Serien-Artikel sind in unseren 32 Schaufenstern und Schaukästen ausgestellt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau: Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9070.

Sonntag, 19. August, vormittags 10 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Rohrleger u. Helfer Berlins u. Umg. im Gewerkschaftshause, Saal 4, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Naurenbrecher über: „Die moderne Arbeiterbewegung und ihre Entwicklung.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Wir erwarten, daß die Kollegen die Versammlung pünktlich und zahlreich besuchen. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß diejenigen Betriebe, wo kein Vertrauensmann ist, in dieser Versammlung anzumelden sind.

Montag, den 20. August 1900, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause (großer Saal), Engel-Ufer 15:

Allgem. Klempner-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Pawlowitsch. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ersuchen wir die Kollegen um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

Montag, den 20. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 5) Engel-Ufer 15:

Allgemeine Versammlung der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, sowie aller in den mechanischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Eugen Brückner über: Rechte und Pflichten aus dem Krankenversicherungsgesetz. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Achtung! Metallarbeiter. Achtung!

Montag, 20. August, abends 8 1/2 Uhr, in Fritz Hoppe's Festsaal, Rixdorf, Hermannstr. 49:

Bezirks-Versammlung für Rixdorf und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Die Geschichte der englischen Gewerkschaften. Referent: Kollege Willy Ramsbrock. 2. Diskussion. 3. Bericht der Bezirksleitung und Remonstration. 4. Diskussion. 5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Kolleginnen und Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung muß ein jeder zur Stelle sein. Niemand darf fehlen.

Montag, den 20. August, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Lange in Königs-Wusterhausen, Berliner Str. 31:

Mitglieder-Versammlung für Königs-Wusterhausen und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Vergolder! Achtung!

Filliale Berlin.

Montag, den 20. August, abends präzis 8 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandanten-Straße 20, großer Saal:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1900. 2. Die Kölner General-Versammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes und unser Uebertritt zum 1. Oktober d. Referent: Genosse Staufe. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, in dieser Versammlung pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Gleichzeitig werden die Kollegen ersucht, dafür zu sorgen, daß jede Werkstatt zu der am Donnerstag, den 6. September d. abends 8 Uhr, bei Merkowski, Andreasstr. 26, stattfindenden Vertrauensmännerkonferenz vertreten ist. D. O.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter. Zweigverein Berlin, Sektion I. (Brauereiarbeiter.)

Geschäftsstelle: Berlin C. 54, Lindenstraße 10 I.

Sonntag, 19. August, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht vom Verbandstage. 2. Abrechnung vom 2. Quartal 1900. 3. Sonstige Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 42/2. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen notwendig. Der Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl. (Zweigverein Berlin und Umgegend.)

Sektion der Rohrdecken-Arbeiter.

Sonntag, den 19. August, vormittags 10 Uhr, bei Merkowski, Andreasstr. 26:

Gruppen-Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Das Erscheinen sämtlicher im Verleue tätigen Kollegen erwartet. Der Zweigvereins-Vorstand. B. U.: W. Krihow.

Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfiehlt:

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen, auch für torpente Herren passend.

Dieses sind von seinen Kavaliereu und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garberode tragen. 5352* Fahrgeld wird vergütet. * Bitte auf Hausnummer zu achten.

Kolonie Röntgenhöhe, Stat. Buch-Niedergel., gesunde hohe Lage, Landparzellen noch billig. [Karte p. 12,50 M. an. Gröste Zukunft. Näher Nähe v. Terrain Strahend. Berlin-Buch in Licht. Wohnort nachm. Sonn. tagtäglich a. d. Terrain. Hohenberg, Ramlerstr. 38. * Von der Reise zurück 20072 Dr. M. Cohn, Lutherstr. 7/8.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 19. August, nachmittags 4 Uhr, bei Voigt, Ritterstraße 75:

Fortsetzung der General-Versammlung vom 15. Juli.

Tages-Ordnung: Kassenbericht. Bericht der Revisoren. Bericht der Gewerkschaftskommission-Abrechnung von der Dampferpartie. Wahl eines Vergütungskomitees. Wahl des zweiten Vorsitzenden. Die Ortsverwaltung.

130/10

Kaufe bei Blitz

Herren- und Knaben-Konfektion.

Die gesamten Restbestände der Sommerwaren, darunter die elegantesten Herren-Sommerpaletots kommen zu jedem annehmbaren Preise zum Verkauf.

Herren-Anzüge, Kavalier . . von 6 90 M. an
Burschen-Anzüge, hochlegant von 4 35 M. an
Kinder-Anzüge, Tip-Top . . von 1 95 M. an
Herren-Hosen, Maß-Ersatz . . von 1 80 M. an

um für die in Unmengen angekauften Wintersachen genügend Platz zu bekommen. 136/6*

Achtung! 3 Geschäfte **Blitz** 3 Geschäfte Achtung!

137 Große Frankfurterstr. 137 zwischen Koppen- u. Fruchtstr. Chonés Industrie-Palast
80 Chaussee-Straße 80
9 Rosenthaler Straße 9 Ecke August-Straße.

Verkäufe.

Männungs-Ausverkauf! Gardinen, Stores, 10 Proz. Rabatt. Fenster 1,15, 1,65, 1,85, 2,45, 2,95, 3,55, 4,75, 5,75 ufm. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, nahe Koppenstraße.
Tüchleindecken 2,15, 2,25, 2,45, 2,95, 3,25, 3,35, 4,50 ufm. Vorziehgardinen, weiß, creme, rot und goldfarbig in allen Preislagen 10 Proz. Rabatt. Weihenbergs Teppichhaus.
Männungs-Ausverkauf! Möbel, Stoffe, Abbeplische und Reste für ganze Bezüge 15 Proz. Rabatt.
Tapisserien und Perle-Teppiche, 2 Meter lang 3,85; 2,35 Meter lang 5,90. 17318*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 17
Teppiche! (lederbaste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Godecher Markt 4, Bahnhofs-Börse. 206/14*
Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 23, Stallgerstraße 40. 10632*
Geschäftsbreibrad, ähert habil. 50,00. Holz, Blumenstraße 36 B. *
Gerrenfahrbrad, Damenfahrbrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 B. 17108*
Teppiche mit Farbenlehren-Fabrik, niebelte Grobe Frankfurterstraße 9, parterre. 71
Gothornahme Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Stoffen gefertigt wurden, 18 bis 38,00. Herrenhosen 7-12,00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Versandhaus, Bagerstraße 63, 1 Trepp.
Kleiderpinde 20 Mark, Kommode 21, Bettsofa 20, furniertes Kleiderpenderstisch, modern 40, Säulenschrank 54, Garderobenschrank 38, Schlafsofa 21, Kuchentisch 27, Schlafsofa 38, Kuschelbettstelle, englische Schlafzimmern, Küchenmöbel. Auch Teilzahlung. Transport frei. Wallstraße 81. 148/13*
Monatsanzüge, Sommerüberzieher von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garberode aus erster Bezugsquelle. Schneidermeister Paul Rühlentel. Am Rosenholzerstraße 10. Kein Laden. Habe keine Ähnen. 267/13*

Nähmaschinen. Zahl bis 15,00, wer Teilzahlung faul oder nachweilt. Sämtliche Systeme. Dranter, Alsterstraße 90. 738*
Brautleute! Nur Grünweg 81. * Spindel, Spiegel, Solas, bessere Stoffen, reelle Ratgeber, enorm viele Auswahl vollständiger Wohnungs-Einrichtungen, bekannt billig! Hermann Dwinatzki. 17158*
Kundentischerei, langjährig, gut gehend, wegen anderer Unternehmungen billig Königgräberstraße 59. 602B
Kampengelicht. Ausverkauf von Öllampen, Tisch-, Küchenlampen, Rasenlampen, Balken, Brenner, Glöden, verschiedene. Auch Geschäftserwerb im ganzen. Otto Neues (früher Lang), Stallgerstraße 10. Sonntag geschlossen. 712
Teppiche, Gardinen, Diwandeken, Solastoffe, Steppdecken, Läuferstoffe, Polstermöbeln, Brautwäsche, spitzenbillige Gelegenheiten Potsdamerstraße 100, Rißler. 17458*
Eine Partie-Restaurant verkauft E. Horn, Schönberg, Hagenstraße 72. 7104*
Halbrenner 30,00, tadellos, nie wieder gebotene Gelegenheit, verkauft Horn, Große Frankfurterstraße 124.
Zehs Fuß-Drehstuhl, billig. Reimann, Brühlstraße 43. 598B
Grüntranchgeschäft wegen Krankheit zu verkaufen, 500,00. Kaufkraft Goldenerstraße 69, Bäderel. 799

Rixdorf, Bruns Hofstraße, Knebelstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettfuß (600 Personen). Sonntags PaL. 7118*
Küchenmöbel reichlich billig Köpplitz, Friedenstraße 97. 601B
Fahrschulfführer, gründliche theoretische, praktische Ausbildung, monatliche Abendkurse. Technikum Elektra, Reanderstraße. 5925
Wohnungen.
Müllerstraße 25, Wedding, 6* gute Wohnungen 18 Mark. 6276*
Billige Wohnungen, große und kleine, sofort am 1. Oktober 1900, Dudenauerstraße 37 beim Wirt. *
Zude und Küche, 21 und 22 W., Seestraße 68 H. Näheres beim Wirt.
Kaden, Wohnung, Garten, auch als Wohnung, 1. Oktober vermiebar. 20 Mark. Seit 3 Jahren Kolonialwaren, Schank, Ledite, Groß-Widderstraße-Dk. Karlsruherstraße 20. 5906
Schlafstellen.
Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle gesucht. Frau Jacoben, Kolbergerstraße 26, III. *
Mietsgesuche.
Gerr sucht zum 1. September kleines möbliertes Zimmer, Schlafstelle allein. Nähe Reichplatz. Preisofferten 100, Expedition Preisenstraße 31. 5955
Möbliertes Zimmer suchen per 1. September zwei Köhler Nähe Kaiser Friedrichplatz. Offerten unter L. K. 512 Postamt 59. 7111

Steinholzfahrbodenleger, (eib-klüdig, sofort gesucht. Deutsche Steinholzwerte Charlottenburg, Rantstraße 38a. 17498*
Miefenleger verlangt Richard Schäfer, Berlin, Kurbalstraße 4. *
Kaufmann für Kaufmanns-fabrik gesucht. H. Herm. Schulte, Ritterstraße 49. 149/2*
Geldschrankfahrer sucht Brandes, Alexandrinenstraße 118. 5865*
Tüchtigen Dreher auf Gas- und elektrische Kronen verlangt Lampenfabrik Köpenickerstraße 149. 5990
Tüchtigen Schloffer auf Drahtkasten verlangt Karl Schmidt, Kaiserstraße 31. 5915
Potenfrauen finden ähert lohnende Beschäftigung Schiffbauerdamm 1. 149/1*
Tüchtige Potenfrauen für Abendtouren bei hohem Lohn sofort verlangt. Berliner Intelligenzblatt, Lindenstraße 26 (Laden). 6006*
Jadettmannschlo verlangt Kumbi, Bodstraße 42. 781
Mamfeld auf einfache Kinder-jadette verlangt Anton Raackel, Kaffianen-Allee 74. 5956*
Potenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung. Schöneberg, Feuerstraße 12. 148/15*
Potenfrauen finden ähert lohnende Beschäftigung Torauerstraße 20. 148/15*

Achtung! Klavierarbeiter!

In der Pianofabrik von Bell & Co., Andreasstr. 32, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. 141/16* Zugung ist fernzuhalten. Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Deutsch. Buchbinderverband

(Zahlreiche Firmen). Folgende Firmen sind, weil Einstellungen nach dem abgeschlossenen Vertrage nicht erfolgt sind, bis auf weiteres gesperrt: Xaver Külle, Reichenbergerstraße 36. Fleck Nachf., Althofstr. 67. Ad. Wittenburg, Wilhelmstraße 16. F. O. Agthe, Wilhelmstr. 119/20. Ad. Schoß, Postamtstraße 19 und Dehnenstraße 14. Sartonsabrik Ad. Lesser, Krautstraße, für Kartonarbeiter, u. für Galanteriearbeiter die Firma Aloys Suk, Reanderstr. 4. Vor Arbeitsaufnahme in den Verbandsbetrieben, auch durch den paritätischen Facharbeitsnachweis ist Information auf dem Bureau, Engel-ufer 15 II, Zimmer 21, einzuholen. 24/12 Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Die Holzbearbeitungsfabrik Nadge, Palisadenstr. 77/78 und Rummelsburg, Wilhelmstrand, ist für Maschinenarbeiter sowie Hilfsarbeiter gesperrt! Sämtliche Arbeiter befinden sich im Auslande. Vorstand der Handels- und Transportarbeiter-Verband der Maschinenarbeiter.

Achtung! Gummiarbeiter.

Die Vereinigten Berlin-Frankfurter Gummiwaren-Fabriken, Wäbelerstraße und Gr. Lichterfelde, sind wegen Streit 64/18 gesperrt. Zugung ist streng fernzuhalten.

Achtung! Schildermaler!

Bei der Firma Otto Grund u. Co., Wasserstraße 3, und bei der Firma Paul Voigt, Neue Königstraße 42, sind Differenzen ausgebrochen, mithin bis auf weiteres gesperrt. 266/20* Zugung ist fernzuhalten! Die Verwaltung.

Verschiedenes.

Gndrich, Volkshumorist. Auch Gesellschaft. Feinstraße 1a. 799
Volkshumorist Balza. Auch Gesellschaft. Montefeststraße 41. 799
Zamelher, Volkshumorist. Auch Gesellschaft. Steinhilberstraße 57. 799
Varentanwall Bessel, Gitschinerstraße 94a. 2675*
Wandtheater. Brinzenstraße 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 16672*
Wittnabfälle, alte Goldschmied, Silber, Bruchgut, Gebisse, alte Uhren, Schmuck, Brillanten, Tressen, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle, auch Goldschmiede, Wangelstraße 4, Telefon 4, 6958. *
Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Hagenbergerstraße 9. 148/11*
Gandwäscherer, Frau Händschke, Rixdorf, Gartenstraße 9a, wäscht schonend Wasen, Leibwäsche, 4 Handtücher, Laßenerstraße 10. Abholung Montags. 5935
Inseratenteil beantragt: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Näherin auf Arbeitssuchen oder Mittelschenden sucht Arbeit. Gefällige Anträge unter B. 2 an die Expedition des „Vorwärts“. 5945
Blinder Studisrichter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und juristisch geleitet. A. Wäber, Wladstraße 27. 1465B
Stellenangebote.
Automobilführer! Jedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur ausgebildet. Günstigste Erfolge. Lehrpläne kostenlos. Automobilklub Berlin, Spidenerstraße 11/12.

Partei - Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend. Am Dienstag, den 21. August finden in Berlin die Versammlungen statt, welche sich mit der Provinzialkonferenz und dem Kanauer Parteitag beschäftigen.

Wir bitten Partei und Gewerkschaften, für diesen Tag keinerlei andere Veranstaltungen zu treffen.

Der Zentralvorstand.

Nieder-Schönhausen. Der Wahlverein veranstaltet heute bei Mitz (Schwarzer Adler) in der Blankenburgerstraße als Sommerbergung einen Sommerball.

Tempelhof. Dienstag, den 21. August. Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins bei Müller, Berlinerstr. 41-42. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Störmer über: „Der Vater Staat und seine Kinder.“

Die Handzettelverbreitung zu dieser Versammlung findet Sonntag, früh 8 Uhr, von den bekannten Lokalen aus statt.

Der Vorstand.

Wichtig! Parteigenossen von Karlshorst. Der Bezirk Karlshorst (Wahlverein Friedrichsfelde) feiert am Sonnabend, den 18. August, im Lokale des Herrn E. Grün, Prinz Adalbertstraße, Restaurant „Fürstentum“, sein erstes Stiftungsfest.

Billets a Person 40 Pfg. sind beim Genossen W. Richter, Tiedow-Allee 53, Zigarrenhandlung, zu haben.

Johanniethal. Am Dienstag, den 21. August, hält der Wahlverein eine allgemeine Versammlung ab im Lokale von Senftleben, Friedrichstr. 48.

Berliner Nachrichten.

Zum Lokalboykott.

Um sich für Versammlungszwecke Säle zu sichern, ist unsere Partei vielfach genötigt, harte Kämpfe zu führen. Unsere Genossen, vor allem die in den Vororten, sind genötigt, gegen die Saalhaber, die ihre Säle zur Abhaltung sozialdemokratischer Versammlungen verweigern, das Mittel des Boykotts anzuwenden.

Solches Beginnen istredt natürlich die Arbeiter keineswegs. Mit Zähigkeit werden sie ihr Ziel verfolgen, bis sie im Kampfe obgefiegt haben. Bange machen gilt da nicht!

Die Verhängung des Boykotts durch Parteiorganisationen über saalverweigernde Gastwirte unterscheidet sich sogar sehr vorteilhaft von dem Lokalboykott, den die Militärbehörde verhängt.

Nach in anderer Beziehung ist die Zusammenstellung der Liste charakteristisch. Das durch und durch verfeuchte sozialdemokratische Berlin rangiert seiner Bevölkerungszahl nach mit der Zahl der verbotenen Lokale erheblich hinter unserer Nachbarstadt Charlottenburg.

Was soll überhaupt der von der Militärbehörde verhängte Lokalboykott überhaupt für einen Sinn haben. Die Soldaten etwa vor dem Verkehr mit Sozialdemokraten zu bewahren? Das ist doch in Ernst nicht anzunehmen, denn

ein solcher Verkehr ist gar nicht zu vermeiden; es sei denn, man hebt nur noch Gutsbesitzeröhne zu Soldaten aus. In Wirklichkeit hat dieser Boykott in der Tat nur den einen Zweck, Geschäftsleute zu schädigen, und deshalb unterscheidet er sich auch sehr wesentlich von dem Lokalboykott der Arbeiter und unserer Partei.

Im dritten Berliner Landtagswahlkreise haben aus Anlaß der Erziehung für den verstorbenen Abgeordneten Dr. Jüdic in 460 Urwahlbezirken Neuwahlen stattgefunden.

Von den Leistungen des scheidenden Schutzmannes — der bekanntlich so ziemlich alles verstehen und alles wissen muß, was man von einem modernen Menschen erwarten darf — haben wir bisher eine nicht geringe Meinung gehabt.

Zu dem Streit zwischen dem Magistrat der Stadt Berlin und der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft über den Bau einer Hoch- und Untergrundbahnlinie Alexanderplatz-Schönhauser Allee ist bekanntlich von den Parteien das Schiedsgerichtverfahren beantragt worden.

Nachtrag zum Fernsprechverzeichnis. Zu dem Verzeichnis der Teilnehmer an den Fernsprechungen in Berlin und Umgegend zum April dieses Jahres hat die Oberpostdirektion einen Nachtrag zur Verteilung an die Teilnehmer hergestellt.

Eine Konnenplage droht den märkischen Wäldern. Aus verschiedenen Teilen der Mark laufen die besonders für den Forstmann besorgnisserregenden Mitteilungen ein, daß die Konnen, ein Nachschmetterling, in den Nadelwäldern so zahlreich auftreten, daß eine schwere Beschädigung der Forstbestände eintritt.

Verharmunden. Am vergangenen Montag verstand der vierzehnjährige Polierlehrling Willi Gehring aus der Reuen Bahnhofstr. 30. sich entfernter Morgens aus der elterlichen Wohnung, um wie gewöhnlich seine Arbeitsstätte aufzusuchen.

Die sinkende Septenfabrik. Man schreibt uns: Jwar wohne ich nicht in unmittelbarer Nähe des Viehhofes, meine Wohnung ist vielmehr in der Luftlinie reichlich einen Kilometer südlich vom Viehhofe entfernt, und doch macht sich der Gestank, welcher der Septenfabrik entströmt, hier und in noch weiterer Entfernung zeitweise so stark bemerkbar, daß man sich der Uebelkeit nicht erwehren kann.

der fürchterliche Gestank trotz Verbrennungs- und Erfassungsvorrichtung ungehindert weiter lebt, oder aber — was wahrscheinlicher ist — daß man überhaupt noch nicht ernsthaft an die Beseitigung der üblen Ausdünstungen gedacht hat.

Ein folgenschwerer Hirschschlag. Großes Unheil wurde gestern nachmittag durch ein Pferd, das vom Hirschschlag getroffen worden war, angerichtet. Das Tier zog die Droschke Nr. 3183 den Kurfürstendammler entlang und wurde in der Nähe der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche plötzlich vom Hirschschlag befallen.

Verstümmelt. Schwere Folgen hatte ein Erdbeinsturz, der sich gestern nachmittag auf dem Grundstück Dörfelstraße 14 ereignete. Dort werden zurzeit große Ausschachtungsarbeiten für die Grundmauern eines Neubaus vorgenommen.

Im wissenschaftlichen Theater der Krania wird der mit zahlreichen farbigen Bildern nach eigenen Aufnahmen des Verfassers ausgestattete Vortrag „Der jüngste Ausbruch des Vesuv“ noch am Sonntag, Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag zur Darstellung gelangen.

Gesperrt. Die Gitschinerstraße von der Alexandrinen- bis Brandenburgstraße wird behufs Asphaltierung vom 20. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Wegen einer Benzinexplosion wurde gestern nachmittag um 5 Uhr der 7. Zug nach der Drogerie J. Jacob, Kleine Andreasstraße 11, gerufen. Dem jämmerlichen Eingreifen der Wehr ist es zu danken, daß die Flammen bald gelöscht werden konnten.

Vorort - Nachrichten.

Rixdorf.

Die veränderte Wahlbezirkseinteilung in Rixdorf ist für unsere Parteiorganisation von derart erheblicher Wichtigkeit, daß wir uns entschlossen haben, dieselbe im ganze Umfang zu veröffentlichen, möchten aber die Genossen bitten, sich diese Nummer für die später erfolgenden Wahlen gut aufzubewahren.

A. III. Wählerabteilung. (20 Bezirke.)

- 1. Bezirk. Friedelstraße von 18-46, Hoberstraße von 24-63, Kollbuscher Damm von 73-103, Lenaustraße, Knobachauer von 1-22, Pfäfersstraße von 1-12 und 67-82, Schindlerstraße, Straße Nr. 10.
2. Bezirk. Friedelstraße von 1-17 und 47-61, Hermannsplatz, Hoberstraße von 1-23 und 63-84, Kaiser Friedelstraße von 1-12 und 240-248, Kollbuscher Damm von 62-72, Reuterplatz, Reuterstraße von 18 bis 77, Reuterstraße von 1-9 und 209-217.
3. Bezirk. Kaiser Friedelstraße von 13-15 und 236-239, Silberstraße, Kantstraße, Knobachauer von 23-45, Kantenstraße, Panierstraße, Pfäfersstraße von 13-25 und 52-66, Reuterstraße von 10-16 und 201-208.
4. Bezirk. Donaustraße von 1-23 u. 111-131, Faldastraße, Garzerstraße von 1-3 und 115-119, Panierstraße, Kaiser Friedelstraße von 16 bis 37 und 213-235, Adolfsches Ufer von 66-74, Lohmühlenplatz, Lohmühlenstraße, Knobachauer von 45-66, Pfäfersstraße von 26-51, Müllstraße, Teufelstraße, Weichselstraße, Weiserstraße von 17-41 und 181-200, Wiedenauer.
5. Bezirk. Donaustraße von 34-38 und 99-110, Bouchéstraße, Eberstraße, Garzerstraße von 14-25 und 96-103, Kaiser Friedelstraße von 38 bis 55 und 195-212, Adolfsches Ufer von 50-65, Raubstraße, Schanbaustraße, Schönstedtstraße, Weigandauer von 1-16, Weiserstraße von 42-58 und 164-180, Wildenbruchstraße.
6. Bezirk. Reichelsdorferstraße, Donaustraße von 35-98, Ellenstraße, Garzerstraße, Rixdorfstraße, Garzerstraße von 26-95, Heidebergerstraße, Jankstraße, Kaiser Friedelstraße von 56-66 und 161-191, Adolfsches Ufer von 18-49, Richardstraße von 1-25 und 98-120, Straße Nr. 13a, 14, Weigandauer von 17-35, Weiserstraße von 59-90 und 132-163, Wildenbruchplatz.
7. Bezirk. Bergstraße von 1-26 und 140-163, Kopfsstraße von 1-12 und 62-72, Lessingstraße von 1-12 und 33-43, Mittelweg, Prinz Garzerstraße von 1-19 und 70-87, Straße Nr. 204, 207b, Wilmannsbergerstraße, Hieserstraße von 1-18 und 67-85, Steinwegstraße von 1-19 und 136-146.
8. Bezirk. Bergstraße von 27-42 und 127-139, Goethestraße, Hohenbergplatz, Rixdorfstraße von 1-9 und 35-50, Kofenstraße, Schönweiderstraße.
9. Bezirk. Pöhlischstraße, Cammerstraße, Drogeriestraße, Gärtnerstraße, Herzbergstraße, Herzbergplatz, Johann Duppstraße, Kaiser Friedelstraße von

